

Donnerstag, 29. September 1983 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 227 - 39.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Todesstreifen bleibt: 1500 von etwa 50 000 Selbstschußanlagen des Typs SM-70 sind an der 430 Kilometer langen Demarkationslinie der „DDR" zum Bundesgebiet bisher abgebaut worden. Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen, sprach im Gespräch mit der WELT allerdings die Hoffnung aus, daß es „nicht bei diesem einmaligen Akt bleibt".

Bundesgrenzschutz: Innenminister Zimmermann will die Leistungsfähigkeit des Bundesgrenzschutzes stärken. Vor dem BGS-Verbandstag versicherte er, daß nicht daran gedacht sei, den Polizeicharakter des Grenzschutzes zu ändern.

Japan mahnt Europa: Japans Außenminister Abe weist die Europäer am Rande der UN-Vollversammlung darauf hin, daß weniger Sicherheit in Asien nicht mehr Sicherheit für Europa bedeute.

Prekäre Ruhe: Das Waffenstillstandsabkommen in Libanon hielt, von kleineren Schießereien abgesehen, auch gestern.

Kampagne gegen Walesa: Mit einem von dem Arbeiterführer als Fälschung bezeichneten Tonband wollte der staatliche polnische Rundfunk den Eindruck erwekken, als habe der Solidarnosc-Führer ein Millionen-Dollar-Konto *im Ausland.* (S. 1)

Annäherung USA – China? Die US-Regierung erhofft sich vom Besuch Präsident Reagans in Peking im April nächsten Jahres und von den Gesprächen mit Ministerpräsident Zhao Ziyang in Washington zu Jahresbeginn ein Ende der Abkühlung im Verhältnis zu China. (S. 6)

Griechenland: Die sozialistische *Regierung zieht die griechischen* Truppen aus den gemeinsamen NATO-Manövern im Mittelmeer ab. Grund: Die NATO habe im Streit zwischen Athen und Ankara die Partei der Türkei ergriffen.

Bush schreibt SPD: In einem Ant*wortbrief an 57 SPD-Abgeordnete* versichert der US-Vizepräsident, daß sein Land bei den Genfer Verhandlungen über Begrenzung der Mittelstreckenwaffen alles tun werde, um zu einer Lösung zu gelangen.

Heute: Rechtspolitische Debatte im Bundestag; aktuelle Stunde zur Stahlsituation. – Außenminister Genscher spricht vor UN-Vollversammlung. – Premierministerin Thatcher bei Präsident Reagan. – Wiener Verhandlungen über Truppenabbau in Mitteleuropa gehen in die 31. Runde. – Protestdemonstration der IG Metall in Bonn gegen Stahl- und Werf*tenpolitik.*

ZITAT DES TAGES



» Der Zugang zu den neuen Medien sollte allen – auch privaten – Anbietern unter gleichen Bedingungen offenstehen. «

Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn vor dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger.

FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Regan zu IWF-Kredit: Die USA werden sich nicht an dem beabsichtigten Sechs-Milliarden-Dollar-Kredit westeuropäischer und saudischer Banken für den IWF beteiligen, erklärt Finanzminister Regan am Rande der IWF-Jahreskonferenz.

Stoltenberg: Der Bundesfinanzminister spricht sich bei der IWF-Jahrestagung gegen „große Entwürfe und mitreißende Vorschläge für Schuldennachlässe" an die Dritte Welt aus. Seine Politik findet überwiegend Zustimmung. (S. 11)

Fertigungstechnik: Mit 530 Millionen DM will die Bundesregierung die Einführung von computergesteuerten Planungs- und Fertigungstechniken in den Jahren 1984 bis 1987 unterstützen.

Steuerentlastung: Die Spitzenverbände der Wirtschaft unterstützen im Bundestagshearing die Zielsetzung des Steuerentlastungsgesetzes 1984.

Philips: Die deutschen Philips-Unternehmen haben ihren Umsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr (30. April) um drei Prozent auf 6,262 Milliarden DM gesteigert. Jahresüberschuß 66,5 Millionen gegen Fehlbetrag von 38,7 Millionen DM im Vorjahr. (S. 13)

Börse: An der Aktienbörse konnten sich die Kurse überwiegend behaupten. WELT-Aktienindex 139,0 (139,3). Am Rentenmarkt hielten die Zinssenkungstendenzen an. *Dollar-Mittelkurs* 2,6382 (2,6528) Mark. Goldpreis je Feinunze 413,60 (412,25) Dollar.

KULTUR

Volkskunde: Die Volkskunde-Forschung will sich mit der Themenstellung „Großstadt – Aspekte empirischer Kulturforschung" ihres Kongresses in Berlin vom „ländlichen Image" befreien. Die Tagung geht Freitag zu Ende.

Max Reinhardt: Im Deutschen Theatermuseum in München wurde ein „Welttheater Reinhardt" – eine umfangreiche Foto-Ausstellung – zu Ehren des 1943 gestorbenen Regisseurs und Theaterleiters eröffnet.

SPORT

Boxen: Für eine Kampfbörse von 150 Millionen Dollar ist der amerikanische Schwergewichts-Weltmeister Larry Holmes bereit, seinen Titel gegen den Südafrikaner Gerry Coetzee in dessen Heimatland zu verteidigen.

Radsport: Für die Rekordgage von 3,2 Millionen Mark im Jahr startet der französische Ex-Weltmeister Bernard Hinault 1984. Hinault unterschrieb einen Vertrag bei dem französischen Industriellen Bernard Tapie.

AUS ALLER WELT

Tornado abgestürzt: In England ist erstmals ein Kampfflugzeug vom deutsch-britisch-italienischen Typ „*Tornado*" *abgestürzt.* Einer der beiden Piloten konnte geborgen werden. Beide hatten sich mit dem Schleudersitz gerettet. Die britische Luftwaffe soll 365 Tornados erhalten.

Ehrenbürger: Die drei überlebenden „Beatles" sollen Ehrenbürger ihrer Heimatstadt Liverpool werden. *Der vierte,* John Lennon, kam 1980 ums Leben. (S. 18)

Wetter: Nur im Norden wolkig; sonst Fortdauer des freundlichen Frühherbstwetters.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bonn: Hinweis für totalen Abbau der Todesautomaten. Skepsis bei BGS

Windelen zur WELT: Wir nehmen „DDR" beim Wort / Was sagte Honecker zu?

ms./hrk. **Bonn**

Die Bundesregierung hat die Erwartung geäußert, daß die „DDR" in absehbarer Zeit alle Selbstschußanlagen an der Demarkationslinie entfernt. Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), sagte gestern in ei*nem WELT-Gespräch, es gebe* Erkenntnisse darüber, daß in jüngster Zeit mit dem Abbau dieser unmenschlichen Anlagen begonnen worden sei. Bonn erwarte, daß es „nicht bei diesem einmaligen Akt bleibt".

Auf die Frage, ob es entsprechende Zusicherungen von SED-Generalsekretär Erich Honecker über die Ent*fernung aller Tötungsmaschinen ge*be, antwortete Windelen: „Es gibt Ankündigungen dieser Art, und wir nehmen die DDR beim Wort." Regierungssprecher Peter Boenisch sagte, die Bundesregierung habe Hinweise dafür, daß alle Todesautomaten abgebaut werden sollten. Die Bundesregierung, so der Staatssekretär, würde es begrüßen, „wenn es so käme". Eine weitergehende Erklärung wollte Boenisch nicht abgeben.

Über die Absicht Ost-Berlins, Selbstschußanlagen zu demontieren, hatte SED-Chef Honecker den Berliner Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker am 15. September informiert. Dem Vernehmen nach hat Honecker dabei jedoch nicht eindeutig vom Abbau aller Selbstschußanlagen gesprochen, *sondern sinngemäß formuliert:* „Da bauen wir was ab." Das Thema hatte von Weizsäcker in eindringlichen Worten zur Sprache gebracht.

SEITE 2:
Die Raison der kleinen Schritte
SEITE 3:
Todesstreifen von Lübeck bis Hof

Der Regierende Bürgermeister war am vergangenen Dienstag vom bayerischen Ministerpräsidenten Strauß angerufen worden. Strauß gab Weizsäcker detaillierte Informationen über den Abbau von Todesautomaten weiter, die er offenbar von dem „DDR"-Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski erhalten hatte. Golodkowski war Gesprächspartner des bayerischen Regierungschefs bei der Anbahnung des Milliarden-Kredits an Ost-Berlin.

Ein totaler Abbau der Todesautomaten wäre nach den Worten Minister Windelens ein Zeichen zu einer „besseren Nachbarschaft". Zugleich sagte Windelen aber auch, man müsse davon ausgehen, daß auch bei einer Entfernung der SM-70 die innerdeutsche Grenze „weiter undurch*dringlich bleibt*".

Das Bundesinnenministerium gab, gestützt auf Schätzungen des Bundesgrenzschutzes, die Zahl der inzwischen abgebauten Selbstschußapparate mit etwa 1500 an. Insgesamt gebe es davon auf einem 430 Kilometer langen Grenzstück rund 50 000, erklärte das Bundesinnenministerium der WELT. Es gebe keine Erkenntnisse darüber, daß *„DDR"-Soldaten ab*montierte SM-70 an einem weiter rückwärts aufgebauten Metallgitterzaun wieder anbrächten. Bundesinnenminister Zimmermann sprach von einem „bedeutsamen Akt". Aber, so fügt er hinzu, „wir wissen nicht, ob das eine einmalige Aktion oder nur ein Anfang ist".

Seit Strauß bei Honecker gewesen sei, habe er, Zimmermann, aber ge-

● **Fortsetzung Seite 10**

Japan: SS 20 sind weltweite Drohung

Außenminister Abe für globale Lösung / Genscher warnt vor Ost-West-Vereisung

BERNT CONRAD, **New York**

Der japanische Außenminister Shintaro Abe hat am Rande der UNO-Vollversammlung mahnend darauf hingewiesen, daß weniger Sicherheit in Asien nicht zu mehr Sicherheit in Europa führen könne. Bei einem Gespräch mit den Außenministern der Bundesrepublik, Griechen*lands und Frankreichs in New York* betonte Abe die weltweite Bedrohung durch die sowjetischen SS-20-Raketen und das Interesse Tokios an einer globalen Lösung der Probleme.

Abo äußerte keine Kritik an den neuen amerikanischen Vorschlägen für die Genfer Raketenverhandlungen (INF), die zwar weiterhin globale Obergrenzen für Mittelstrecken-Raketen in Ost und West vorsehen, faktisch aber nur für Europa und nicht für Asien auf eine amerikanisch-sowjetische Parität hinauslaufen. Abe lobte sogar die USA, die sich weigerten, Verlagerungen von SS-20-Raketen aus Europa nach Asien zuzulassen. Doch seine nachdrückliche Erwähnung der unter Beteiligung Japans verabschiedeten Sicherheitserklärung des Weltwirtschaftsgipfels von Williamsburg mit ihrem globalen Ansatz sollte offensichtlich an die Notwendigkeit erinnern, in Genf auch die Sicherheitsinteressen Asiens zu berücksichtigen.

Bundesaußenminister Genscher war sich in New York mit seinen EG-Amtskollegen in der Absicht einig, alles zu tun, um das Ost-West-Klima *im Interesse eines Genfer Verhand*lungserfolges – trotz der Belastung durch den Abschuß einer südkoreanischen Verkehrsmaschine – nicht vereisen zu lassen. Gestärkt durch Reagans flexible UNO-Rede, appellierte Genscher in Einzelgesprächen an die Außenminister Bulgariens, Ungarns und Polens, die westlichen INF-Angebote ernst zu nehmen und konstruktiv darauf zu antworten. Dabei gewann er den Eindruck, daß sich der Osten ungeachtet erster negativer Stellungnahmen noch nicht endgültig festgelegt habe.

Der sowjetische UNO-Botschafter Trojanowski erwiderte auf Genschers Frage, ob Außenminister Andrej Gromyko nicht vielleicht nächste Woche doch noch nach New York kommen werde, lächelnd: „Zu 99,5 Prozent nicht." Als der FDP-Chef hellhörig nachfragte, was das bedeute, fügte der Russe allerdings hinzu: „Ich hätte hundert Prozent sagen sollen."

Genscher beriet gestern mit US-Außenminister George Shultz darüber, auf welche Weise möglichst bald ein Treffen Shultz–Gromyko nachgeholt werden könnte. Er plä*dierte auch noch einmal für eine* Begegnung des US-Präsidenten Reagan mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Andropow.

∗

AP, **Canton/Ohio**

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat die USA und die UdSSR aufgefordert, auf die Aufstellung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa zu verzichten und die schon stationierten Raketen wieder abzubauen. In Canton im US-Staat Ohio, wo ihm vom Walsh College die Ehrendoktorwürde verliehen wurde, sagte Brandt am Dienstag, nur durch Beendigung des Wettrüstens, das auch in den Entwicklungsländern ein erschreckendes Ausmaß erreicht habe, könne die gemeinsame Krise überwunden werden.

Kohl sucht Einigung in Medienpolitik

Der Kanzler vor den Zeitungsverlegern: Vielfalt darf nicht Zersplitterung sein

GERNOT FACIUS, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl wird, buchstäblich in letzter Minute, einen Versuch unternehmen, die Bundesländer doch noch zu einer Verständigung in der Medienpolitik zu bewegen. Schon morgen soll in Bonn ein erstes Gespräch geführt werden, das diesem Ziel dienen wird. Auf der Jahresversammlung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) griff Kohl gestern die Warnungen vor einer „medienpolitischen Kleinstaaterei" direkt auf und kündigte an: „Die Bundesregierung wird nicht abwartend beiseite stehen, sondern richtungsweisend auf ein gemeinsames Konzept drängen."

An der Frage der Zulassung privater Rundfunkanstalten war der medienpolitische Konsens zwischen unionsregierten und SPD-geführten Ländern im Frühjahr dieses Jahres zerbrochen. Der Kanzler begrüßte zwar im Namen der Bundesregierung die Initiative einiger Länder, „neue Organisations- und Beteiligungsformen für Hörfunk und Fernsehen zu schaffen", setzte aber die eindringliche Mahnung hinzu: „Bei der Entwicklung der Infrastruktur neuer Medien darf föderale Vielfalt nicht Zersplitterung zur Folge haben. Unser kooperativer Föderalismus steht vor einer Bewährungsprobe." Er sprach sich im übrigen für einen fairen Wettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Programmanbietern aus. „Unsere Medienordnung muß Zeichen für eine freiheitliche Gesellschaft sein." Kohl bekannte sich vor den Zeitungsverlegern zu ordnungspolitischen Grundsätzen auch in der Medienpolitik. Die Rahmenbedingungen müßten einheitlich sein – „auch im Interesse von Planungs- und Investitionssicherheit für die Wirtschaft".

Der Zugang zu den sogenannten neuen Medien sollte nach den Worten des Kanzlers allen unter gleichen Bedingungen offenstehen. „Das gilt gerade auch für den Medienzugang auf regionaler und kommunaler Ebene. Ich weiß um die Sorge mancher Verleger kleinerer Regionalzeitungen. Zeitungen sollten sich an neuen Medien in ihrem Verbreitungsgebiet beteiligen können. Die Beteiligungsfirmen sollten die Lage der Presse vor Ort berücksichtigen."

Differenziert äußerte sich Kohl über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er soll zwar erhalten bleiben, aber das Rundfunk-Monopol „hat seine Berechtigung verloren". Es sollte auch nicht zu einseitiger Kritik an neuen Medien und privaten Nutzungsformen mißbraucht werden. Der Kanzler: „Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind der Allgemeinheit verpflichtet, sie sind nicht legitimiert, ihr Monopol zur Wahrung ihrer eigenen Interessen einzusetzen."

Der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, Alfred Neven Dumont, warnte davor, der Presse den chancengleichen Zugang zu den elektronischen Medien zu verwehren und somit Zeitungen zu „Medien minderen Rechts zu degradieren".

Fernseh-Kampagne gegen Walesa

Gefälschtes Band über „Devisengeschäfte" des Arbeiterführers / Glemp: Wortbruch

dpa/AFP, **Warschau**

Mit der Ausstrahlung von angeblichen Tonband-Aufzeichnungen eines Gesprächs zwischen Lech Walesa und seinem Bruder Stanislaw erreichte die Kampagne des polnischen Fernsehens gegen den Arbeiterführer am Dienstagabend einen neuen Höhepunkt. Der mit ordinären Schimpfworten gespickte Text sollte den Eindruck erwecken, Walesa habe mit seinem Bruder über eine möglichst gewinnbringende Anlage von einer Million Dollar (rund 2,64 Millionen Mark) beraten, die er aus westlichen Preisverleihungen im Ausland besitze und für sich und seine Familie sichern wolle – am besten auf der päpstlichen Bank.

Dies ist das dritte Mal seit Walesas Freilassung aus der Internierung im November 1982, daß „Aufzeichnungen" seiner angeblichen Äußerungen während der Haft in Arlamowo gegen den Arbeiterführer verwendet werden. Für die Warschauer Presse ist Walesa, der heute 40 Jahre alt wird, inzwischen nur noch der „Yankee aus Danzig", der die Taschen voller Dollar habe. Zu der Fernsehsendung erklärte Walesa, sein Bruder habe bereits früher klargestellt, daß er diese Bandaufzeichnungen nicht gemacht habe. Was ihn selbst betreffe, so wolle er keine Polemik zu diesem Thema beginnen.

Nach dem Text der Bandaufnahme soll Lech Walesa seinen Bruder auch aufgefordert haben, in den Westen zu gehen. Gleichzeitig habe er ihm Anweisungen für die Verwaltung des „Familienbesitzes" gegeben. Wie der Fernsehkommentator erklärte, wurde das Gespräch von Stanislaw Walesa heimlich aufgenommen, als er Lech während seiner Internierungszeit in Arlamowo an der sowjetischen Grenze besuchte. Beim Verlassen des Internierungslagers sei Stanislaw das Band abgenommen worden. Einige Passagen könne man nicht veröffentlichen, betonte der Sprecher. Lech Walesa habe sich nämlich sehr unfein über Papst Johannes Paul II., die katholische Kirche Polens und General Wojciech Jaruzelski geäußert.

Der polnische Primas, Kardinal Glemp, hat der politischen Führung des Landes Wortbruch vorgeworfen, *weil sie entgegen vorheriger Verspre*chen die Kruzifixe aus öffentlichen Gebäuden, Schulen und Betrieben entfernen lasse. Kardinal Glemp äußerte jedoch die Hoffnung, daß diese Kampagne bald wieder eingestellt werde.

DER KOMMENTAR

Bekannte Methode

CARL GUSTAF STRÖHM

Es gehört zu den Grundregeln des Leninismus, den einmal als gefährlich erkannten Gegner entweder physisch oder moralisch „auszuschalten"; zu „liquidieren", wie es im Jargon der Stalin-Zeit hieß. Nach dieser Methode geht das polnische Jaruzelski-Regime gegen Lech Walesa, den Vorsitzenden der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", vor.

Walesa ist zu prominent und zu sehr weltbekannt, als daß man ihn einfach hinter Gefängnismauern verschwinden lassen könnte, wie das mit Jacek Kuron und Adam Michnik, den intellektuellen Wortführern des „Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung", geschehen ist. Also wird versucht, den populären Gewerkschaftsführer moralisch „fertigzumachen". Nachdem man Walesa vor einiger Zeit amouröse Affären anhängte, soll er nun auch als korrupter und geldgieriger Geschäftemacher „entlarvt" werden.

So präsentierte das Warschauer Fernsehen zur besten Sendezeit ein angeblich von Walesas Bruder Stanislaw geliefertes Tonband, in welchem der Gewerkschaftsvorsitzende von einer Million Dollar spricht, die er bei einer vatikanischen Bank *deponiert haben soll.* Der Warschauer Fernsehsprecher erklärte, einige Passagen des Tonbandes könnten nicht gesendet werden, weil Walesa hier – man beachte die Reihenfolge – „Papst Johannes Paul II., die katholische Kirche Polens und General Jaruzelski" auf unflätigste Weise beschimpft habe.

Das angebliche Walesa-Tonband wurde während der Internierung aufgenommen. Walesas Bruder *hat inzwischen* dementiert, daß er die Aufzeichnung gemacht hat. Es wäre auch seltsam, wenn die polnische Geheimpolizei jemanden mit einem Tonband zum inhaftierten Walesa gelassen hätte. Angesichts der bekannten Praktiken liegt es allerdings nahe, daß die Geheimpolizei selber geheime Tonbandaufzeichnungen gefertigt hat. So etwas gehört schließlich im Ostblock zur „Routine". Tonbänder lassen sich überdies schneiden und manipulieren – selbst Amateure kennen diese Möglichkeiten.

Der Versuch, einen Menschen mit den oben beschriebenen Methoden zu erledigen, verrät allerdings einiges über den Charakter der Urheber. Da steht der Geist der Moskauer Stalin-Schauprozesse, des unsagbaren Anklägers Wyschinskij Pate. Solange das Warschauer Regime derart menschenverachtend vorgeht, kann *von Vertrauen zu* Jaruzelskis „Normalisierung" keine Rede sein.

Gromyko: USA blockieren Verhandlungen

DW. **Moskau**

Nur wenige Tage nach den neuen Abrüstungsvorschlägen des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan (WELT v. 27. September) hat Moskau den Vereinigten Staaten vorgeworfen, durch unakzeptable Forderungen die Abrüstungsverhandlungen zu blockieren. Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko nutzte den Besuch seines Prager Amtskollegen Bohuslav Chnoupek in Moskau zu einer offenbar vor allem für die westliche Öffentlichkeit bestimmten Erklärung, deren Grundzüge in den sowjetischen Medien bereits unmittelbar nach der Initiative Reagans *deutlich geworden waren.*

Gromyko: „Warum wenden sich die USA und ihre NATO-Verbündeten vom Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit ab, indem sie einseitige, von vornherein für die andere Seite nicht akzeptable Vorschläge unterbreiten? Dies kann lediglich bedeuten, daß sie die Absicht haben, die Verhandlungen auch in Zukunft zu blockieren und einer Vereinbarung zu entgehen."

Gleichzeitig droht der sowjetische Außenminister für den Fall einer westlichen Nachrüstung beim Scheitern der Verhandlungen über den Abbau nuklearer Mittelstreckenwaffen in Genf mit einer erneuten Vorrüstung der UdSSR: „Wenn versucht wird, das in der Zone Europa entstandene Gleichgewicht in bezug auf nukleare Mittelstreckenwaffen zu stören, werden sich die Staaten des Warschauer Paktes genötigt sehen, zum Schutz ihrer Sicherheit und zur Bewahrung einer militärischen Parität Gegenmaßnahmen zu ergreifen."

Bush: Äußerste Anstrengungen in Genf

DW./AFP/dpa, **Bonn/Moskau**

Der amerikanische Vizepräsident George Bush hat den festen Willen der Vereinigten Staaten betont, bei den Genfer Raketenverhandlungen (INF) „äußerste Anstrengungen" zu unternehmen, um zu einem erfolgreichen Abschluß zu kommen. Dies versicherte Bush in einer Antwort auf ein Schreiben von 57 SPD-Bundestagsabgeordneten, das diese gleichlautend am 11. Juli an den amerikanischen Kongreß und an den Obersten Sowjet gerichtet hatten.

In einem gestern von den SPD-Abgeordneten Lieselott Blunck und Gerd Weisskirchen veröffentlichten *Antwortschreiben betont Bush* zugleich, sollte eine Vereinbarung in Genf nicht erreicht werden, bliebe es entscheidend wichtig, die Nachrüstung gemäß dem NATO-Doppelbeschluß von 1979 auszuführen.

Der sowjetische Staatschef Andropow hatte in einem Schreiben am 20. September dem Aufruf der SPD-Parlamentarier zugestimmt, alle Kernwaffenpotentiale einzufrieren und die Zahl der sowjetischen SS-20-Raketen zu verringern, falls die NATO auf die Nachrüstung verzichten sollte. Darüber hinaus hatte Andropow vorgeschlagen, auf alle Nachrüstungsmaßnahmen und die Tests neuer Waffen zu verzichten.

Gestern wollte Andropow auf die Abrüstungsvorschläge US-Präsident Reagans antworten. In Moskau wurde bekannt, daß die sowjetische Nachrichtenagentur Tass eine Stellungnahme Andropows vorbereite. Darin solle insbesondere die „Friedensgefährdung", die die Erklärung Reagans bedeute, betont werden.

Leitet Moskau Gas für das Inland nach Westeuropa um?

Pipeline von Sibirien noch nicht einsatzbereit

AFP/DW. **Moskau**

Die Sowjetunion wird im kommenden Jahr – wie vorgesehen – die Lieferungen von 30 Milliarden Kubikmeter Erdgas jährlich an mehrere westeuropäische Länder aufnehmen. Das Gas wird jedoch vermutlich noch nicht durch die Fernleitung Sibirien-Westeuropa, sondern durch Leitungen gepumpt werden, die für die Binnenversorgung gebaut worden sind.

Die Fertigstellung dieser Binnenfernleitungen ermöglichte es dem sowjetischen Minister für den Bau von Gas- und Erdölanlagen, Boris Schtscherbina, zu erklären, Moskau sei in der Lage, ab sofort Erdgas zu liefern.

Der Bau der Ferngasleitung Sibirien–Europa wurde am 25. Juli abgeschlossen. Sie ist mit 4451 Kilometern die längste Pipeline der Welt.

Nach den Angaben von westlichen Experten wird die Ferngasleitung erst in etwa zweieinhalb Jahren in der Lage sein, die vorgesehene Höchstleistung zu erreichen. Die 41 vorgesehenen Druckstationen sind noch längst nicht fertiggestellt. Daher kann die Leitung nicht in Betrieb genommen werden. Der Methantransport wird darum nur möglich, wenn die vorhandenen Druckstationen benachbarter Erdgasleitungen für die Binnenversorgung benutzt werden können.

Westliche Fachleute schließen auch die Möglichkeit nicht aus, daß gewisse Erdgasquantitäten, die eigentlich für die sowjetischen Verbraucher bestimmt sind, einfach „abgezweigt" werden könnten, um in der ersten Zeit die eingegangenen Lieferverpflichtungen zu erfüllen. Moskau hat Verträge über insgesamt rund 30 Milliarden Kubikmeter jährlich für 25 Jahre mit der Bundesrepublik Deutschland (11,2 Mrd. Kubikmeter), Frankreich, der Schweiz, Österreich sowie Italien abgeschlossen.

Moskau möchte möglichst schnell die vorgesehenen Gesamtquantitäten exportieren, um jährlich rund 4,5 Milliarden Dollar dafür einzunehmen. Diese Deviseneinnahmen werden die Kosten für die im Westen gekauften Großröhren und Ausrüstungsgüter weit übersteigen. (Rund 3,25 Milliarden Dollar, die innerhalb von acht Jahren bezahlt werden müssen.)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein gewisses Gespür

Von Peter Gillies

Weniger Arbeit, aber mehr Geld. Um diese Vision ranken sich derzeit viele Hoffnungen. Eine lautet, damit könne man die Arbeitslosigkeit verringern.

Nun mag im Arbeitsleben vieles wünschbar sein, vor allem dessen Verkürzung. Kernfrage ist jedoch, ob es auch finanzierbar ist, finanzierbar in dem Sinne, daß bestehende Arbeitsplätze rentabel, neue möglich und die Sozialsysteme stabil bleiben. Die Kosten einer Arbeitszeitverkürzung zu verdrängen, gefährdet jedoch alle drei Ziele.

Wer Jobs sichern und neue schaffen will, darf vor allem eines nicht tun: die Arbeitskosten erhöhen. Solange jemand nur 35 Stunden arbeiten, aber für 40 Stunden Lohn beziehen will, destabilisiert er den Arbeitsmarkt. Trickreiche Rechnungen, daß 35-Stunden-Woche oder Frührente nichts kosten, täuschen.

Im Gewerkschaftslager, dessen Funktionäre sich derzeit beim Siebenstundentag heiß reden, gibt es jedoch auch Anzeichen von Vernunft. Man läßt ahnen, daß bezahlte Freizeit eben auch ein Kostenfaktor ist.

Die IG Metall weiß das natürlich. Sie hat zwischen 1956 und 1966 die Arbeitszeit tariflich von 48 auf 40 Stunden drücken können. Dabei ließ sie sich rund 18,6 Prozent an Lohnerhöhungen für die Arbeitszeitverkürzung anrechnen. Interessant war der Abschluß für 1967: Lohnerhöhung 1,9 Prozent, zusätzlich 3,1 Prozent für eine Arbeitsverkürzung von eineinviertel Stunden.

Zu begrüßen ist, daß sich der propagandistische Qualm zu verziehen beginnt. Eine Verkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich ist unrealistisch. Wenn die entsprechenden Wachstumsspielräume erarbeitet werden, mag die Arbeitszeit auch künftig schrittweise weiter verkürzt werden. Freilich stellt sich die Alternative zwischen Lohnerhöhung und kürzerer Arbeitszeit schärfer als früher. Wenn die Gewerkschaften ihre Verbalschärfe abmildern, reagieren sie auf die Meinungsbildung der Arbeitnehmerschaft. Diese weiß oder spürt: Forcierte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich bedeutet Arbeitsplatzvernichtung.

Armes Hamburg

Von Herbert Schütte

Klaus von Dohnanyi war bewegt. Als er vor den Parteitagsdelegierten zur Werftenkrise Stellung nahm, sprach er vom „kleinen, tapferen Hamburg". Die Tugend der Tapferkeit – sonst bei SPD-Parteitagen kaum erwähnt – wollte der Erste Bürgermeister offenbar den von Massenentlassung betroffenen Arbeiter der HDW zuerkennen. Dohnanyi hätte lieber vom kleinen, ratlosen Hamburg sprechen sollen. Denn war es nicht Ratlosigkeit, die den Kurs des Regierungslagers in dieser Frage bestimmt hat?

Zuerst erklärte die SPD ihre Sympathie für die Werftbesetzung und veranstaltete eine Kirmes, um die Besetzer zu unterstützen. Vor der Bürgerschaft lobte der Bürgermeister dann das Verantwortungsbewußtsein der Werftbelegschaft, weil sie die Besetzung abgeblasen habe. Zwei Tage später beim Parteitag folgt schließlich die Drohgebärde: In einer Resolution bewerteten Klaus von Dohnanyi und seine Genossen die Werftbesetzung als „völlig neue Qualität" im Kampf der Arbeitnehmer, als Beginn möglicher noch härterer Auseinandersetzungen.

Der Stadtstaat ist in der Tat klein – so klein, daß sein oberster Repräsentant überall an die harte Wand der Realitäten stößt. Ratlosigkeit muß ihn auch überkommen, wenn er einen zweiten Beschluß der Delegierten überdenkt: Hamburg solle sich zur atomwaffenfreien Zone erklären. Gewiß – er selbst hatte gegen diesen Beschluß nachdrücklich Bedenken erhoben. Doch die Mehrheit – wenn auch nur von zwei Stimmen – entschied gegen Dohnanyi.

Nun stehen Senat und SPD-Fraktion vor einem innerparteilichen Scherbenhaufen. Mühsam, nach wochenlangem Gerangel zwischen den Flügeln, hatte die Regierungsfraktion einen Antrag der Grün-Alternativen für ein atomwaffenfreies Hamburg abgelehnt. Doch damit endete die Gemeinsamkeit. Die Fraktionslinke legte einen eigenen Antrag für Atomwaffenfreiheit vor. Die Rechte – im Verein mit der CDU – brachte ihn im Parlament zu Fall. Das geschah erst vor drei Wochen. Und nun soll er erneut auf die Tagesordnung.

Arme, ratlose Rathaus-Regierung – wann kommt sie dazu, sich um die ureigensten hamburgischen Angelegenheiten zu kümmern? Armer Bürgermeister, der dies alles ertragen muß!

Kulturkampf

Von Heinz Barth

Es muß nachdenklich stimmen, daß in zwei katholischen Ländern Europas, die noch nicht allzulange vom Sozialismus regiert werden, fast gleichzeitig Konflikte zwischen Kirche und Staat ausgebrochen sind. Spaniens Bischöfe, die unter dem Pontifikat Pauls VI. für die Liberalisierung des Franco-Regimes auf die Kanzeln gestiegen waren, haben jetzt plötzlich den Erziehungsminister des sozialistischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez zu einer Kraftprobe herausgefordert.

Nichts anderes ist es in Frankreich, wo ein so fortschrittlicher Kirchenfürst wie Kardinal Lustiger, der Erzbischof von Paris, mit Verve Erziehungsminister Savary attackiert, der den katholischen Privatschulen den Schutz des Gesetzes von 1967 entziehen will, das in der Ära de Gaulle beschlossen worden war.

In Spanien hat sich die Regierung an einer Stelle des Katechismus vergriffen, die besonders geeignet war, beim Klerus allergische Reaktionen zu erzeugen. Es geht dabei um das Problem der Abtreibung, das seit Jahren die Gemüter der Spanier erregt. Schlimmer aber ist noch, daß die Regierungszensur aus den Schulbüchern Passagen der Rede strich, die der Papst bei seinem Spanienbesuch gegen die „Vernichtung unschuldigen Lebens" gehalten hatte.

Die Sozialisten können sich darauf berufen, daß die Cortes seither die Abtreibung mit großer Mehrheit legalisiert hat. Aber für die Mentalität vieler Spanier sind Gesetze in einem Konflikt wie diesem nicht unbedingt das letzte Wort. Noch immer haben andere Gesetze, die der katholischen Morallehre, für sie ein größeres Gewicht als Paragraphen. Das wird auch Felipe Gonzalez, ein gemäßigter und pragmatischer Sozialist, zu bedenken haben, wenn er sich neben seinen unzähligen sozialen und wirtschaftlichen Problemen nicht auch noch einen höchst überflüssigen Kulturkampf mit der Kirche aufladen will.

Die Situation, in der sich der jüngst in Spanien und Frankreich zur Macht gelangte Sozialismus befindet, weist verblüffende Ähnlichkeiten auf. Der Boden knistert unter den Füßen des Sozialismus beiderseits der Pyrenäen.



Näher mein Volk zu Dir

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Raison der kleinen Schritte

Von Herbert Kremp

Es gibt Schritte in die richtige Richtung. Das neue Wort steht für die reinliche Quantifizierung des ost-westlichen Weltkonflikts. Wenn ein Jumbo hingerichtet wird, handelt es sich logischerweise um einen Schritt in die falsche Richtung. Bezichtigen die Sowjets den amerikanischen Präsidenten himmelschreiender Lügen, kaum hat dieser einen selbstlosen Abrüstungskompromiß formuliert, geht der Schritt wohl auch in die falsche Richtung. In die richtige Richtung geht er erneut, wenn Ost-Berlin die Kinder von sieben bis 14 (früher 15) von der Maut befreit und Todesautomaten vom vorderen Metallgitterzaun abbaut.

Früher sprachen die politischen Semanten einfach von kleinen oder großen Schritten, die Richtung spielte damals keine Rolle. Heute unterscheidet man wenigstens zwischen den Zielen, was einen unbestreitbaren Fortschritt darstellt. Qualität kommt in die Quantität. Die deutsche Politik will etwas. Zum Beispiel Frieden mit möglichst wenig Pershing 2. Dem kann man nicht widersprechen, wenn die Sowjets dem Schritt in die richtige Richtung folgen. Wenn stationiert werden muß, da die Sowjets das richtige Ziel der Null-Lösung meiden wie der Teufel das Weihwasser, dann soll es wenigstens in der deutsch-deutschen Beziehung keine Rückschritte (sie gehen immer in die falsche Richtung) geben. Das ist Milliarden wert, die keine Blüten sind. Dafür gibt es dann Gegenleistungen, von denen zur Zeit die Rede ist.

Gegenleistungen – das ist ein sehr fordernder Begriff und daher für eine Politik der Schritte in die richtige Richtung nicht so recht geeignet. Deshalb spricht man in der deutschen Politik neuerdings von „Vertrauen gegen Vertrauen". Dieser Begriff stammt aus der Sprache der menschlichen Beziehungen. Sie sind für die Politik gemeinhin wenig relevant, aber warum soll es sie nicht geben? Die Todesautomaten, die vor 13 Jahren an die Sperren geheftet wurden, gelten als Symbole für die Unmenschlichkeit in den Beziehungen. Sie sind Honeckers Superlativ. Sie sind derart anstößig, daß sie sogar den Weiterfluß des schnöden Geldes behindern könnten. Die monetäre Beziehung zu den erfolgreich wirtschaftenden Deutschen ist für Honecker aber zur „ersten Priorität", zu einem fast lebensnotwendigen Schritt geworden. Er braucht nämlich dringend Geld für Zins und Tilgung.

Wenn er von der falschen Richtung der Todesautomaten in die richtige ihres Abbaus wechselt, entsteht im Westen sofort der Eindruck, es bewege sich etwas. Man soll das nicht gering achten. Nur – es ändert sich damit nichts an der Qualität der Grenze, an der Effizienz ihrer Sicherungen, am grundlegenden Charakterzug der Unmenschlichkeit. Trotz einer möglichen quantitativen Bewegung – das kommunistische System selbst ist nicht beweglich. Es kann sich qualitativ verändern, ohne daran zu verenden. Hier gilt das Bild vom Tigerritt: man kommt auf das Tier drauf, aber nicht mehr runter. Auch der Erfolgszwang, in den sich deutsche Politiker mit der Finanzierung des schlechten Wirtschaftens der anderen begeben haben, bringt uns nicht von der richtigen Erkenntnis der Natur des leninistischen Systems ab.

Es ist für den freien und wohlständigen Menschen nicht einfach, sich dieses System vorzustellen und bei dieser Vorstellung zu bleiben. Das konsequente Denken ist so unbequem, daß sich immer wieder die Versuchung anschleicht, es könne auf dem Wege eines geheimnisvollen Mutationssprungs am Ende doch einen Sozialismus „mit menschlichem Gesicht" geben. Was sich damit ändert, ist aber lediglich unser Bewußtsein, nicht das Sein. Dies immer wieder an den Fakten zu erklären gehört zur ersten Führungsaufgabe konservativer Politiker. Wenn Honecker die Todesautomaten abbaut, eine für sein System typische Erfindung, und ein paar hundert Meter weiter hinten wieder aufbaut oder durch etwas gleich Wirksames ersetzt, dann bleibt er in seinem System. Er gleicht dem Mann, der von einhundert Folterwerkzeugen eines weglegt, die eiserne Jungfrau aber auf jeden Fall behält.



Die Einfädler: „DDR"-Staatsratsvorsitzender Honecker und Besucher Strauß FOTO: AP

Bedeuten also die Schritte in die richtige Richtung gar nichts? Doch, sie bedeuten etwas, es gibt kein Nihil in der Politik. Es kommt nur darauf an, die Befreiung der Kinder vom Zwangsumtausch und später die Befreiung auch der Rentner, das Herummontieren an den Grenzsicherungsanlagen und das freundlichere Gesicht am Kontrollpunkt qualitativ einzuordnen. Da ändert sich nichts am System, sondern da hat sich eine Interessenlage geändert. Das System – das ist der martialische Aufmarsch der Betriebskampfgruppen in Ost-Berlin vom vergangenen Sonntag, das Sich-Festhalten an den Maschinenpistolen und die peitschende Rede Honeckers. Das Interesse – das ist der freundliche, warmhändige Empfang für die Pilgerscharen westdeutscher Politiker im Luther-Jahr.

Worin das Interesse in der Sache besteht? Zunächst und wohl zuerst im Geldbedarf. Es versteht jeder, daß die von uns einen ganzen Apfelgarten wollen. Das höhere Interesse besteht jedoch in der Erzeugung einer „Atmosphäre". Honecker ist ein wichtiger Agent Andropows in dessen leidenschaftlichem Kampf gegen die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts in Europa. Er kann gar nichts anderes sein und tut deshalb Schritte in die richtige Richtung. Der Eindruck soll entstehen, es gehe in Deutschland besser und leichter, solange und sofern keine Raketen in der Bundesrepublik stationiert werden. Das ist ein Reiz, der kitzeln soll. Führen die kleinen Schritte nicht zum Erfolg, wie Moskau ihn sich wünscht, dann gibt es Tritte in die richtige Richtung.

IM GESPRÄCH Günter Schmölders

Nie im Elfenbeinturm

Von Peter Philipps



Wider die Soziolschnorrer: Professor Schmölders FOTO: GERT BACHERT

„Beschäftigungs- statt Konjunkturpolitik betreiben zu wollen mag gut gemeint sein, ist jedoch blanker Dilettantismus." Um klare und griffige Sprache ist Günter Schmölders nie verlegen gewesen. Und sein Horror vor den Propagandisten und Volksbeglückern, die alles für „machbar" halten, wenn der Staat nur den richtigen Rezepten folgt, hat sich früh ausgeprägt. Denn schon während seiner ersten wissenschaftlichen Arbeit (1930) sah er am Beispiel der „Prohibition in USA" die Grenzen der Machbarkeit für den Staat.

80 Jahre alt wird der emeritierte Ordinarius für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Köln heute. Seine Arbeiten über die Geld-, Finanz- und Steuerpolitik haben nicht nur im wissenschaftlichen Bereich tiefe und bleibende Spuren hinterlassen, seine brillanten Formulierungen sind nicht nur in überfüllten Hörsälen auf fruchtbaren Boden gefallen. Denn Günter Schmölders ist zeit seines Lebens kein Gelehrter im Elfenbeinturm gewesen. Seit 1940 war er zwar ordentlicher Professor für Finanzwissenschaft an der Uni Köln, doch seine Arbeiten und Vorträge schlugen sich in greifbaren Ergebnissen nieder. So ist die Einführung der Mehrwertsteuer in großem Maße auch sein Verdienst, die immer wiederkehrenden Ansätze zu Steuerreformen erhielten durch ihn wichtige Impulse. Dabei sind wir von seinem Ziel der „organischen Steuerreform", dem harmonischen Nebeneinander von Steuer- und Wirtschaftssystem, auch heute noch meilenweit entfernt.

„Stoppt den Staat, er wird zu teuer", lautete einmal ein Ausspruch Schmölders. Und ein anderer: „Wenn die Bürger das Steuersystem durchschauten, wären sie längst zu Revolutionären geworden." Seine Warnungen vor einer Überforderung der finanzpolitischen Instrumente sind Legion, als Präsidiumsmitglied des Steuerzahlerbundes hat er immer wieder den Finger an die Wunde gelegt.

Aber er hat sich auch nie gescheut, die andere Seite des Kontos zu betrachten: Wortschöpfungen wie „Sozialschnorrer", „Subventionslöwe" und „Antibürger" sind daraus entstanden – stetes Ärgernis für die so charakterisierten Bürger, aber auch für die ertappten Politiker.

Schmölders stammt aus einer alten Akademikerfamilie – und schien doch anfangs aus der Art zu schlagen. Denn während seiner Schulzeit (das Abitur schaffte er nach eigenen Erzählungen nur, weil das Fach Sport zum Ausgleich für schlechte Noten in anderen Hauptfächern inzwischen zugelassen war) machte er nebenbei eine Schreinerlehre. Anschließend kam ein Volontariat beim Kohlenhändler. Erst dann begann die wissenschaftliche Karriere. Für den heute in München Lebenden folgt aus dem eigenen Lebensweg der „Nutzen der Beharrlichkeit", weshalb sich die Verkünder von Patentrezepten auch weiterhin auf Schmölders' Argumente einzurichten haben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt merkt zur 35-Stunden-Woche an:

In der Vergangenheit haben sich die Gewerkschaften weit mehr um die Interessen der Arbeitsplatzbesitzer als der Arbeitslosen gekümmert. Vielleicht hat sich dies geändert. Auf jeden Fall wäre es äußerst schädlich, wenn beide Seiten mit den Scheuklappen einer beinahe schon dogmatischen Haltung in die Gespräche gingen. Fest steht, daß die heutige Regelung kein Tabu sein kann, fest steht aber auch, daß dabei die Kostenargumente nicht vom Tisch zu wischen sind.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es zum behaupteten Abbau der Todesautomaten:

Im deutsch-deutschen Verhältnis zeichnen sich Entwicklungen ab, die noch vor wenigen Monaten als pure Illusion bezeichnet worden wären. Mit der Aufhebung des Mindestumtausches für Kinder wurde ein kleiner, noch unzureichender Fortschritt erzielt. Die rechtliche Absicherung der Familienzusammenführung eröffnet positive Perspektiven. Der angekündigte Abbau der Selbstschußautomaten aber deutet – wenn er überall verwirklicht wird – einen Wandel an, der das stärkste Hoffnungszeichen seit Jahren darstellt. Nicht, daß die DDR damit etwa ein Staat wird, der Freizügigkeit gewährt. Mauern, Minen und Schießbefehl werden weiterhin die Unmenschlichkeit der deutsch-deutschen Grenze kennzeichnen. Aber zum ersten Mal würde sich eine bedrückende Entwicklung umkehren: todbringende Sicherungen würden ab- statt aufgebaut. Gewiß hat die DDR das Überwachungssystem im Hinterland so perfekt ausgebaut, daß Menschen kaum noch bis zur Grenze gelangen. Dennoch wäre die Beseitigung dieser Todesautomaten ein Fortschritt. Denn sie sind die grausamsten, teuflischsten Erfindungen zur Sicherung einer Grenze, unwürdig eines zivilisierten Staates. Sie haben überdies Symbolcharakter für das Regime gewonnen. Dies mag auch der tiefere Grund dafür sein, daß Ost-Berlin sich jetzt offenbar von dieser Belastung seines Ansehens befreien will.

DIE PRESSE

Das Wiener Blatt schreibt unter dem Titel „Reagan wie Realpolitik":

Was wirklich im Gange ist und in der nächsten Zeit seinem Höhepunkt zustrebt, ist ein Nervenkrieg, in dem sich die Sowjets zunächst stets als Meister erwiesen haben. Sie kompensieren damit ihre Unterlegenheit in der technisch-wirtschaftlichen Gesamtausstattung. Ein bengalisches Feuerwerk aus Kriegsangst und Friedensillusionen ist auf die Empfindlichkeit der westlichen Seele abgestellt, auf die Naivität unserer frustrierten Jugend, Bequemlichkeit vieler Älterer und die geschichtsblinde Rivalität demokratischer Parteien, die sich billig auseinander dividieren lassen ... Reagan und sein Stab haben es bisher verstanden, die zwei so widersprüchlichen Aufgaben, da für den innenpolitischen Konsum an der Heimatfront, dort für die weltpolitische Verantwortung in der Bewährungsprobe mit Moskau, einigermaßen auszutarieren.

Wenn die Rüstungskontrolleure den Militärs davonlaufen

Der Westen kann nicht endlos nachgeben, denn schon der Doppelbeschluß war ein Kompromiß-Angebot / Von Rüdiger Moniac

Es muß nicht viel bedeuten, wenn Moskaus Sprachrohre nach der New Yorker Rede des amerikanischen Präsidenten zur neuen westlichen Initiative für die Genfer Mittelstreckenverhandlungen nun die Tonlage gegen Reagan gar in die persönliche Verunglimpfung verschärfen. Denn die Sowjetunion hat bislang immer deutlich zwischen öffentlicher Propaganda gegen den Doppelbeschluß der NATO und seiner vertraulichen Behandlung am grünen Tisch in Genf unterschieden.

In der Öffentlichkeit jedenfalls setzt sich der Eindruck fest, Moskau bleibe wie bisher auch schon bei der Taktik, seine Hoffnung auf die propagandistische Unterstützung der innenpolitischen Gegner einer möglichen Stationierung vor allem in unserem Lande zu konzentrieren. Daß dies wegen der Standfestigkeit der Regierungen in Bonn, Rom und London, die in der ersten Phase den Stationierungsbeschluß zu realisieren haben, ein Trugschluß bleiben wird, scheint sich im Kreml als Erkenntnis allmählich zu verdichten. Aber so beweglich ist wohl die sowjetische Führung nicht, die Taktik gegen die NATO schnell zu wechseln und eventuell noch in den wenigen Wochen vor dem Beginn der westlichen Nachrüstung einen Vertrag zu ihrer Begrenzung anzusteuern.

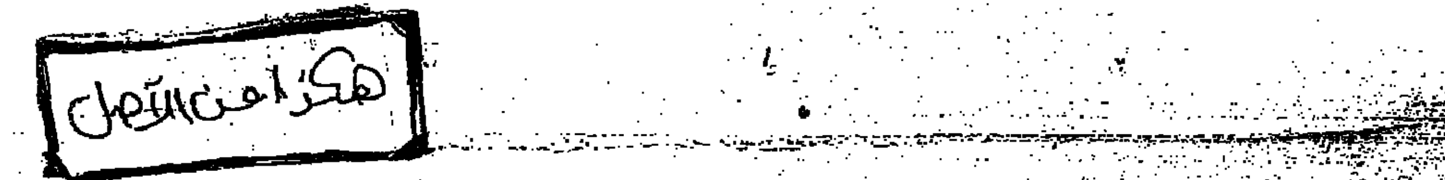
Die Tatsache, daß die Sowjetunion trotz der von Reagan in der INF-Frage gezeigten „Flexibilität" öffentlich nicht geneigt scheint, mit einer ähnlich kompromißbereiten Antwort zu reagieren, verdeutlicht im Grunde den in der NATO für die Veränderung der amerikanischen Verhandlungsposition Verantwortlichen, daß ihre Vorstellung von den Mittelstreckenverhandlungen bei einem derartigen Gegenüber wie der Sowjetunion keinen Erfolg verspricht. Moskau konsumiert jedes westliche Entgegenkommen sogleich und verändert die eigene Position indessen nicht. Trotzdem meinen westliche Diplomaten, sie müßten daraus keine Lehren ziehen.

Eine müßte lauten, den Wunsch nach immer weiterem Entgegenkommen gegenüber Moskau endlich zu zügeln. Denn schon der NATO-Doppelbeschluß als solcher war in dem Kontingent der Nachrüstung, das nach einem eventuellen Scheitern von Verhandlungen zur Stationierung vorgesehen ist, ein Kompromiß zwischen militärstrategischen Notwendigkeiten und rüstungskontrollpolitischen Hoffnungen. Deutlicher gesagt: 572 Sprengköpfe auf Marschflugkörpern und ballistischen Raketen machen schon ein recht kleines Arsenal aus, das der Strategie der Abschreckung gerade eben wieder den nötigen Grad an Glaubwürdigkeit zurückgeben würde. Von den westlichen Regierungsexperten, die den Doppelbeschluß heute unermüdlich als den Beginn einer neuen Ära von Rüstungskontrollpolitik feiern, wird gern übersehen, daß Fachleute der Militärstrategie in den NATO-Gremien schon vor dem Doppelbeschluß eine Modernisierung des in Westeuropa lagernden amerikanischen Nuklearpotentials gefordert hatten.

Die atomare Schadensandrohung gegen die Sowjetunion, die vor zehn und mehr Jahren im strategischen Kontext der NATO dieselbe war wie heute, um Moskau vom Gebrauch militärischer Macht gegen Westeuropa abzuhalten, ließ sich seinerzeit noch mit Flugzeugen wie der F-111 und der Vulcan bewerkstelligen. In dem Maße aber, in dem die Luftverteidigung sowjetischen Territoriums besser und wirksamer wurde, verloren die westlichen Flugzeuge ihre sichere Eindringfähigkeit. Allein dieser Zusammenhang bewog zu Beginn der siebziger Jahre die westlichen Militärs und Sicherheitspolitiker, Ausschau zu halten nach neuen Trägern, damit die atomare Schadensandrohung gegenüber der Sowjetunion wieder glaubhafter würde. Sie fanden das Mittel in einer Vergrößerung der Reichweite der Pershing-Raketen und in dem unbemannten Kleinflugzeug, das heute Marschflugkörper heißt, und mit automatischer Steuerung im extremen Tiefflug sein Ziel anfliegt. Dies alles – und das ist sehr wichtig zur Beurteilung der heutigen Mittelstreckenverhandlungen – wurde in der NATO unabhängig von dem sich seit 1976 abzeichnenden Aufwuchs der sowjetischen SS-20-Raketen vorbereitet.

Dann kamen Helmut Schmidt und andere westliche Politiker auf die Idee, die längst als notwendig betrachtete Modernisierung des westlichen Nuklearpotentials militär-strategisch gegen die neue Atombedrohung durch Moskau zu stellen. Diese hoffte man zu bändigen, indem man die westlichen Modernisierungspläne in Rüstungskontrollverhandlungen gegen ein weitgehendes, wenn nicht vollständiges Zurückschneiden der sowjetischen Aufrüstung im Mittelstreckenbereich aufrechnete. Das war der erste „Sündenfall" der westlichen Sicherheitspolitik. Die Bedingungen der Zielsetzung „Rüstungskontrolle und Abrüstung" begannen die Erfordernisse der Verteidigung und Abschreckung zu beherrschen.

Der zweite „Sündenfall" ist nun zu registrieren, denn das westliche Nachrüstungspotential der 572 Sprengköpfe wird nicht mehr gegen das gesamte entsprechende der Sowjetunion gewichtet, sondern nur noch gegen das „mit europäischer Reichweite". In der Logik der Rüstungskontrolle kann es also kleiner werden, so daß die Logik der Abschreckung abermals mit Füßen getreten wird.





Von Lübeck bis Hof zieht sich der Streifen des Todes

54 000 Todesautomaten hat Ost-Berlin an der innerdeutschen Grenze installiert. Ein Teil von ihnen wird zur Zeit abmontiert. Was bleibt, ist ein Sicherungssystem, das eine Flucht weiterhin nahezu unmöglich macht.

Von WERNER KAHL und INGO URBAN

Eine überdimensionale Spinne überzieht das Land östlich von Elbe und Werra mit den Webfäden eines neuen Ostberliner Propagandanetzes. In Massenauflage wirft die SED-Führung jetzt eine Broschüre mit der Spinne als Cover-Blickfänger für die publizistische Rechtfertigung von Mauer und Todesstreifen an der 1378,1 Kilometer langen innerdeutschen Grenze auf den Markt.

Nach amtlicher „DDR"-Lesart ist die Flucht von über einer Million ihrer Bürger vor dem 13. August 1961 und seit dem Mauerbau von fast zweihunderttausend Einwohnern über Minenfelder und an den Geschoßtrichtern der Todesautomaten vorbei lediglich das Werk von „Bossen, Gangstern und Kopfgeldjägern" gewesen. Mit Flüchtlingskampagnen hätten sie seit 1945 die Bevölkerung verunsichert, die Flucht mit dem „Etikett menschlicher Tragik" versehen und im „Glanzpapier der Menschenrechtsheuchelei verpackt, feilgeboten".

Es ist nicht der erste Versuch, den Massenexodus aus Deutschland nach Deutschland zu kriminalisieren. Als die Siegermächte im Londoner Protokoll von 1944 die Aufteilung des Deutschen Reiches in Besatzungszonen beschlossen, legten sie die Grenzen zwischen der britischen und amerikanischen Zone zur sowjetischen Zone entsprechend den alten Provinzgrenzen der Länder fest. Die Bewachung der Demarkationslinien übernahmen anfangs die Militärs der Besatzungsmächte. Es ist bekannt, daß Russen Deutsche, die über die „grüne Grenze" zwischen Ost und West wechselten, erschossen haben. Illegale Grenzgänger wurden zwar nach Warnschüssen gestellt und für Stunden und manchmal Tage in den Keller der Kommandantur gesperrt, aber gezielt wurde auf Zivilisten nicht geschossen. Das änderte sich schlagartig, als die Sowjets die Grenzbewachung den „bewaffneten Organen" der 1949 gegründeten „DDR" übertrugen. Systematisch vollzog sich von da an die Abschnürung der Bevölkerung vom Westen.

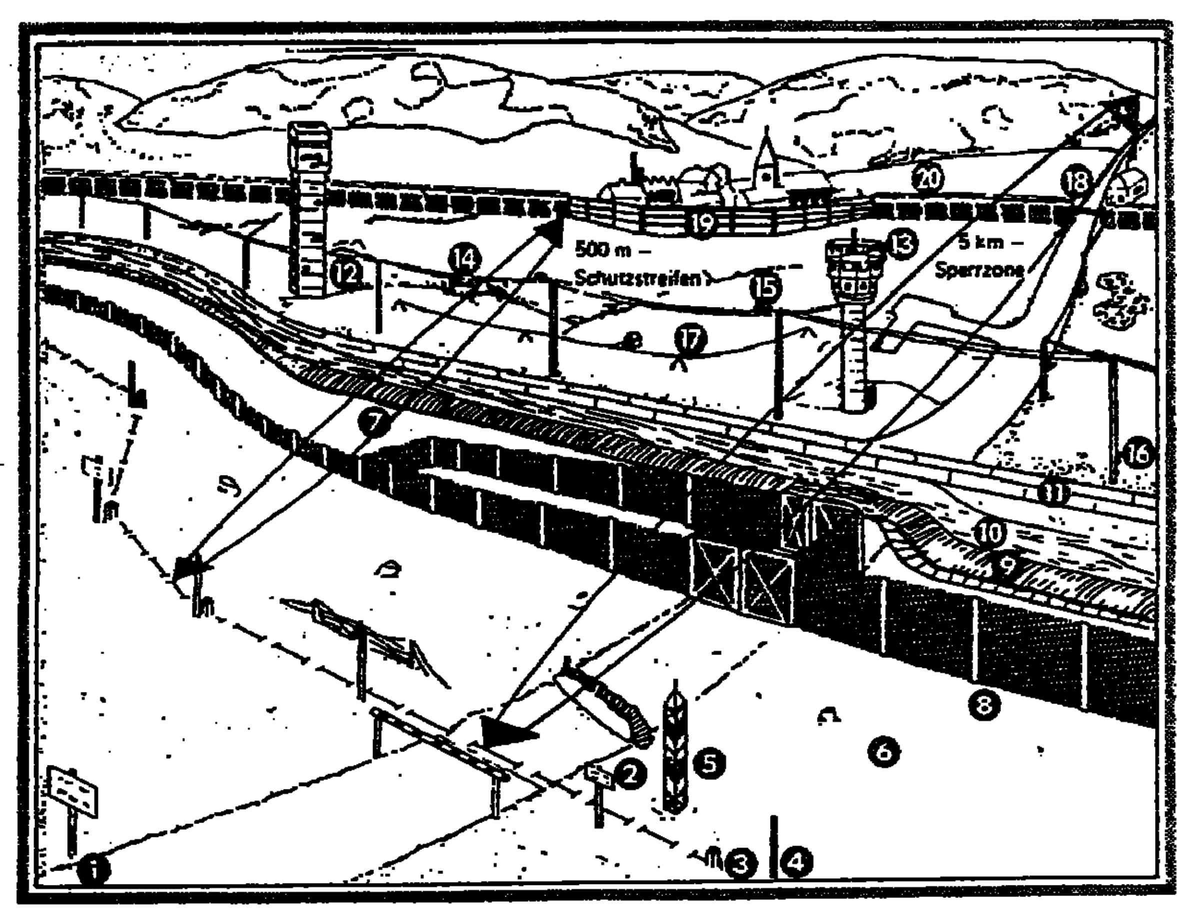
Im „DDR"-Jargon zeichnete sich die Entwicklung an der innerdeutschen Grenze in der Wahl der Bezeichnungen für die Personen, die zwischen Ost und West unterwegs waren, ab. Aus den Grenzgängern der Nachkriegsjahre wurden „Sperrbrecher" und schließlich „Tunnelbauer", die mit Phantasie und Wagemut zu entkommen trachteten.

Seit dem Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961 hat Ost-Berlin entlang der Demarkationslinie von Hof bis zur Lübecker Bucht in den letzten 22 Jahren einen Todesstreifen mit einem tiefgestaffelten Sicherheitssystem geschaffen, das von Jahr zu Jahr auf den neuesten technischen Stand gebracht wurde. um eine Abstimmung der Bewohner der „DDR" gegenüber der Politik der SED mit den Füßen zu verhindern.

Dieses Sicherungs- und Todessystem ist nach dem bisherigen Stand vom 30. Juni dieses Jahres auf einer Länge von 1281,8 Kilometern mit einem schweren Metallgitterzaun, 47,7 Kilometer doppelten Stacheldrahtzaun, 1160,8 Kilometer Schutzstreifenzaun (mit elektrischen Alarmanlagen, die auf Berührung reagieren), mit 190,1 Kilometer Minenfeldern und auf einer Länge von 428,5 Kilometern mit 54 000 Selbstschußgeräten des Typs „SM 70" und des Typs „NS 501" ausgestattet.

Jeder dieser Tötungsautomaten ist mit 110 würfelförmigen scharfkantigen Stahlgeschoßkörpern ausgestattet, die „Dumdum-Charakter" haben. Das bedeutet, daß durch die Explosion bei den Getroffenen meist irreparable Verletzungen entstehen, wie aus vorliegenden Operationsberichten von Ärzten aus der Bundesrepublik Deutschland an Opfern festgestellt wurde. Das Gerät ist nicht nur ein Verstoß gegen gültige von der „DDR" unterzeichnete Menschenrechtskonventionen (UN-Charta der Menschenrechte, Helsinki-Akte), sondern auch gegen das Völkerrecht. Wie die Bundesrepublik Deutschland ist auch die „DDR" Rechtsnachfolger bezüglich der Haager Vereinbarung (Verbot von Dumdum-Geschossen). Ost-Berlin hat sich auch nie von diesem Vertrag von 1899 und 1901 distanziert.

Darüber hinaus wurden auf 29,5 Kilometern Betonsperrmauern errichtet – diese Zahl gilt nur für die unmittelbare Grenznähe, nicht für Betonsperrmauern im rückwärtigen Gebiet – 831,8 Kilometer Kraftfahrzeugsperrgräben, wovon 589,2 Kilometer befestigt sind, 1335,5 Kilometer Kolonnenwege für Sicherungsfahrzeuge der Grenztruppen, wovon 1278,6 Kilometer befestigt sind. Ferner wurden auf einer Länge von 212,6 Kilometern Lichtsperren, auf 84,6 Kilometern Hundelaufanlagen mit insgesamt 1131 Hunden sowie 794 Erdbunker/Unterstände, davon 587 aus Beton, 669 Beobachtungstürme aus Beton, davon 55 aus Holz oder Stahl und 35 Beobachtungsstände errichtet.



Grenzsperranlagen der „DDR": 1. Grenzhinweisschild, 2. Grenzwarnschild, 3. Grenzverlauf mit Grenzsteinen, 4. Grenzhinweispfahl, 5. „DDR"-Markierungssäule (ca. 1,80 m hoch), 6. Unterschiedlich tiefer Geländestreifen (abgeholzt und geräumt), 7. Zweireihiger Metallgitterzaun (ca. 2,40 m hoch, Zwischenraum vermint), 8. Einreihiger Metallgitterzaun (ca. 3,20 m hoch) mit Selbstschußanlagen, 9. Kfz-Sperrgraben (mit Betonplatten befestigt), 10. sechs Meter breiter Spuren-Sicherungsstreifen, 11. Kolonnenweg, 12. Beton-Beobachtungsturm, 13. Beton-Beobachtungsturm mit Führungspunkt, 14. Beton-Beobachtungsbunker, 15. Lichtsperre, 16. Grenzmeldenetz-Kontaktpunkt, 17. Hundelaufanlage, 18. Kontrollpassierpunkt, 19. Betonsperrmauer/Sichtblende (ca. 3,30 m hoch), 20. Schutzstreifen mit elektrischen und akustischen Signalanlagen (schematische Darstellung).
ZEICHNUNG: BUNDESMINISTERIUM DES INNERN

Falls ein Flüchtling dieses Sperrsystem überwunden hat, wurden zur weiteren Fluchtverhinderung unmittelbar hinter dem Metallgitterzaun auf weiten Teilen ein sogenannter Stalinrasen verlegt, der aus zwei bis drei Meter breiten Stahlmatten besteht, die mit 10 bis 20 Zentimeter hohen Stahldornen versehen sind.

Zu diesem Sicherungssystem (siehe Grafik) wurde im Hinterland, ca. 500 Meter von der Demarkationslinie entfernt, mit unterschiedlicher Entfernung eine sogenannte Hinterlandgrenze (Schutzstreifenzaun) errichtet, die bisher aus Stacheldraht bestand, und auf eine Entfernung von 4 bis 5 Kilometern von der Demarkationslinie entfernt eine Sicherungslinie mit elektrischen Alarmanlagen, Stolperdrähten und Fußangeln geschaffen.

Das Sicherungssystem um West-Berlin umfaßt 165,7 Kilometer. Davon sind 110,8 Kilometer aus Betonplattenwänden mit Rohrauflagen oder eingelassenem Rohr mit einer Höhe von 3,5 Metern bis 4,2 Metern ausgebaut. Dazu kommen ähnliche Absicherungssysteme wie entlang der innerdeutschen Grenze.

Seit dem 13. August 1961 (bis 31. 7. 1983) wurden bislang 191 559 Personen als Flüchtlinge registriert, darunter 38 515 sogenannte „Sperrbrecher", die unter Einsatz ihres Lebens die Todesanlagen verletzt oder unverletzt überwanden. Darunter befinden sich 2768 (Stand vom 31. 7. 83) Angehörige der bewaffneten Verbände der „DDR" – größtenteils Angehörige der Grenztruppen. Bei Fluchtversuchen wurden bis zum 30. Juni dieses Jahres von der Arbeitsgemeinschaft 13. August in West-Berlin 182 Todesopfer registriert. Die „zentrale Erfassungsstelle Salzgitter" zählte an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland 109 Tote bei Fluchtvorhaben.

Die Grenze zur Bundesrepublik und der Ring um Berlin (161 Kilometer) werden von der etwa 50 000 Mann starken Grenztruppe, mit deren Bildung bereits am 1. Dezember 1946 durch die sowjetische Militäradministration begonnen worden war, bewacht. Eine Grenzbrigade ist an der Ostseeküste (310 Kilometer) im Einsatz. Kleinere Einheiten sind an den Grenzen zu Polen und zur Tschechoslowakei stationiert.

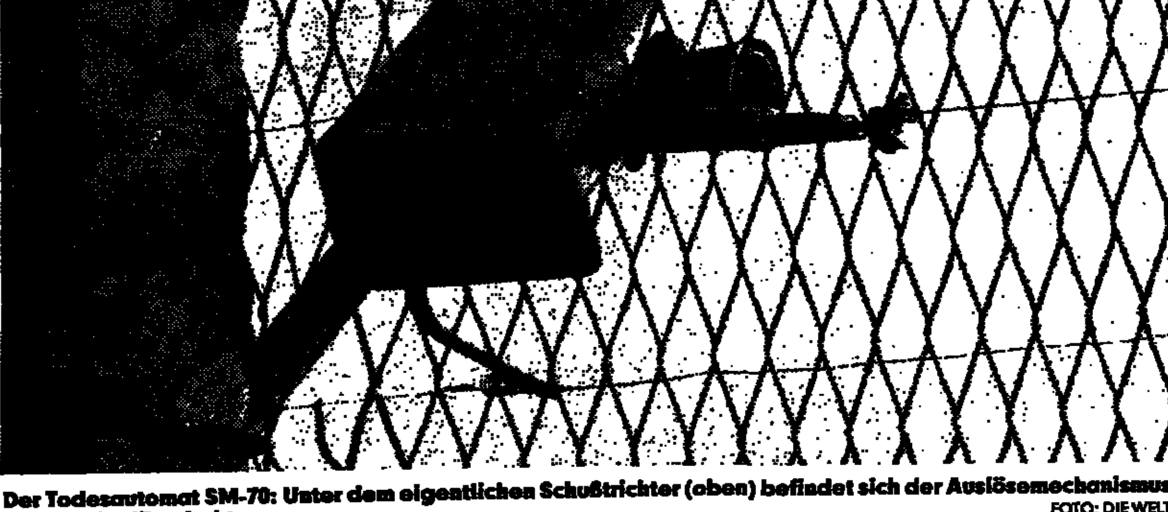
Die in den endvierziger Jahren noch Grenzpolizei benannten Bewacher waren ursprünglich dem Ostberliner Innenministerium, zeitweise dem Ministerium für Staatssicherheit, unterstellt. Nach dem 13. August 1961 wurden die Einheiten in Grenztruppe umbenannt. Die Befehlsgewalt wurde dem Verteidigungsministerium mit Sitz in Strausberg am östlichen Stadtrand von Berlin übergeben. Im Jahre 1974 bekamen die Grenztruppen einen Sonderstatus innerhalb der „Nationalen Volksarmee" (NVA).

Auch Wehrpflichtige werden zum Grenzdienst herangezogen. Die jungen Rekruten werden jedoch einer scharfen Auslese unterworfen und vor jedem Streifeneinsatz zusätzlich überprüft. Die Barriere der psychologischen Auswahl soll die latente Fluchtgefahr auf ein Minimum herabsetzen.

Erste Voraussetzung ist der Nachweis, daß der Grenzposten keine Verwandten ersten, zweiten oder dritten Grades im Westen hat; ferner die Weisung an die Vorgesetzten, die Streifen ständig zu mischen und darauf zu achten, daß zwei Soldaten nicht erneut gemeinsam zur Wache eingeteilt werden. Fluchtversuche von Kameraden, so der Befehl, sind mit Waffengewalt zu verhindern.

Die technisch scheinbar perfektionierten Systeme und Vorkehrungen politischer, ideologischer und psychologischer Art bei den Grenztruppen der „DDR" reichen der Führung in Ost-Berlin immer noch nicht aus. Wie aufgrund von Informationen aus den Forschungsbereichen der Jenaer Zeiss-Werke und der Technischen Universität Dresden bekannt wird, arbeitet man dort seit mehr als fünf Jahren an einem neuen „Sicherungs- und Abwehrsystem", um angebliche Anschläge auf den „antifaschistischen Schutzwall" – so der Sprachgebrauch Ost-Berlins – durch die eigene Bevölkerung zu unterbinden. Mittels eines Lasersystems, welches nur auf den menschlichen Organismus anspricht, sollen zukünftig die Grenzanlagen zur Bundesrepublik Deutschland versehen werden. Ob es sich dabei nur um eine Alarmeinrichtung oder auch um ein Tötungssystem handelt, ist noch nicht bekannt.

Nach wie vor gilt für die Grenzer – mit oder ohne technische Hilfe – der Befehl, „Grenzverletzer aufzuspüren, *festzunehmen oder gegebenenfalls zu* vernichten". Es heißt immer noch: „Treffen mit dem ersten Schuß."



Der Todesautomat SM-70: Unter dem eigentlichen Schußtrichter (oben) befindet sich der Auslösemechanismus mit dem Auslösedraht. FOTO: DIE WELT



Als Berlin Abschied von Reuter nahm

Von WERNER SIKORSKI

Am frühen Abend des 29. September 1953 flog durch Berlin eine Nachricht, die die Stadt erschütterte: Ihr Regierender Bürgermeister Ernst Reuter (SPD) war im Alter von 64 Jahren unerwartet gestorben.

Wenig später standen in Hunderttausenden von Fenstern brennende Kerzen – eine tief anrührende spontane Geste: Sie galt über die Parteien hinweg dem Mann, der zu jedem Weihnachtsfest dazu aufgerufen hatte, mit brennenden Kerzen der noch nicht heimgekehrten Gefangenen und der 17 Millionen im anderen Teil Deutschlands zu gedenken.

Ernst Reuter – dieser Name ist in der geteilten Stadt längst Legende. Sie reicht zurück in die Zeit, da um das Schicksal Berlins gerungen, gefeilscht und gebettelt wurde. Der gebürtige Friese mit dem ungewöhnlichen Lebenslauf war in der russischen Gefangenschaft des Ersten Weltkriegs zum Kommunisten geworden. Lenin, der ihn mit dem Amt eines „Volkskommissars der Wolgadeutschen Republik" betraut hatte, urteilte über ihn: „Ein brillanter Kopf, aber ein wenig zu unabhängig."

Diese Kommissar-Zeit blieb nur eine Episode ebenso wie die kurze Zeit als Generalsekretär der jungen KPD. Unmöglich, sich einen Mann wie Reuter – dickköpfig und immer widerspruchsbereit, eher ein Philosoph als ein Parteitaktiker –, als fügsamen Apparatschik einer Kaderpartei stalinistischen Zuschnitts vorzustellen.

Sein Weg führte ihn 1922 in die SPD. In Berlin war er von 1926 bis 1931 Stadtrat für Verkehr. Der Ausbau der U-Bahn war sein Verdienst. Danach war er bis zum bitteren Ende der Weimarer Republik Oberbürgermeister von Magdeburg. Nach zweimaligem KZ-Aufenthalt fand er in der Türkei politisches Asyl. Dort war er lehrend tätig.

Nichts hielt ihn nach Kriegsende davon ab, in das zerstörte Deutschland heimzukehren. Der SPD-Parteivorstand in Hannover wies ihm den Weg nach Berlin. „Ein Türke als Oberbürgermeister?" fragte ein Berliner SED-Blatt ahnungsvoll.

So kam es. 1947 wurde Reuter zum Oberbürgermeister der damals noch ungeteilten Stadt gewählt. Es kam wie erwartet: Die Sowjets blockierten den Amtsantritt des Mannes, der ihnen ein verhaßter Renegat war. Louise Schröder führte die Geschäfte als amtierender Oberbürgermeister.

Eine politische Ironie für den Mann, dessen ganzes politisches Denken um die Wiedervereinigung kreiste: Sein Amtsantritt wurde erst durch die Spaltung der Stadt möglich.

Um diese Zeit bereitete sich die Gründung der Bundesrepublik vor. Im Gegensatz zum SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher war Reuter von Anfang an für diesen Weg: Wenn überhaupt, dann sei der Kampf um Deutschland nur von einer gesicherten demokratischen Basis aus möglich, argumentierte er.

Im Juni 1948 war Berlin in den Würgegriff der Blockade geraten. Die elf Monate bis zur Niederlage der Sowjets waren geprägt durch die Leitfigur Reuter, den Mann mit der Baskenmütze und dem Krückstock, der wieder und wieder zu Entschlossenheit und Durchhalten aufrief. Aber seine größte Tat war, die anfangs zögernden Amerikaner von der stabilen politischen Moral der Berliner überzeugt und ihnen damit Mut zum Unternehmen Luftbrücke gemacht zu haben.

Unvergeßlich die große Kundgebung am 9. September 1948 vor der Ruine des Reichstags. 350 000 Menschen waren zusammengeströmt. Von hohem, würdigen Pathos, die so oft zitierten Worte Reuters: „Ihr Völker der Welt! Ihr Völker in Amerika, England, Frankreich und Italien! Schaut auf diese Stadt und erkennt, daß Ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben könnt, nicht preisgeben dürft!"

Reuters Hartnäckigkeit setzte sich auch in der Anbindung Berlins an die West-Währung durch. „Wer die Währung hat, hat auch die Macht", entgegnete er alliierten und westdeutschen Bedenken.

360 000 Arbeitslose und Zehntausende von Währungsgeschädigten zählte Berlin 1950. Unermüdlich reiste Reuter zwischen Berlin und Bonn und den Hauptstädten der Westmächte hin und her, um Hilfe zu mobilisieren. Nur quälend langsam konnte das schlimmste Elend abgebaut werden. Intrigen in der Berliner SPD machten dem Mann ohne Hausmacht das Leben und Regieren schwer. In der Bundes-SPD befand sich Reuter in der Gruppe der Atlantiker, zu der Brauer, Kaisen, Weichmann und andere gehörten.

1953 befand er sich zur Zeit des Volksaufstands in der sowjetisch besetzten Zone in Wien. Alle Flugzeuge waren ausgebucht. Seine Bitte um eine US-Militärmaschine wurde abgelehnt: Die Amerikaner befürchteten vom Erscheinen Reuters auf der aufgewühlten Szene des 17. Juni eine politische Explosion mit unabsehbaren Folgen. Ein viertel Jahr später war Reuter tot.



Ein Paar, das den Berlinern in schweren Nachkriegsjahren Mut machte: Ernst Reuter, Louise Schroeder. FOTO: DIE WELT

Wächst in den USA die Kritik an Europäern?

Nea. Mainz

In der amerikanischen Öffentlichkeit wächst angesichts des Sachalin-Zwischenfalls und der europäischen Nachrüstungsdiskussion die Kritik an der NATO: Die USA seien zu abhängig von anderen Staaten und sollten die Dinge „stärker in die eigenen Hände nehmen". Diesen Eindruck bringt der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel von einer Reise durch China und die USA mit.

Vogel betonte allerdings, dies gelte nicht für die Regierung und auch (noch) nicht für die beiden großen Parteien in den Vereinigten Staaten. Der bevorstehende Präsidentschaftswahlkampf drohe jedoch, diese Tendenz zu verstärken. In seinen Gesprächen mit führenden Politikern, unter ihnen dem stellvertretenden Außenminister Kenneth Dam, dem stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Thayer und dem früheren Außenminister Henry Kissinger, gewann der Ministerpräsident die Überzeugung, daß erstens noch eine gewisse Chance wenigstens für ein Zwischenergebnis bei den Genfer Verhandlungen bestehe und zweitens auch nach einem Beginn der Nachrüstungsmaßnahmen weiterverhandelt werde.

Seine amerikanischen Gesprächspartner hätten ihn freilich, so fügte Vogel hinzu, auf einen etwas anderen Aspekt der Genfer Verhandlungen hingewiesen, als er bei den intern deutschen Debatten im Vordergrund steht: Für die Sowjets handele es sich dabei in erster Linie um einen Test, ob die NATO überhaupt handlungsfähig sei. Vogel: „Ich schließe nicht aus, daß die Russen jetzt also erst den Beginn der Stationierung abwarten, ehe sie erneut Verhandlungsbereitschaft zeigen."

Man dürfe hierzulande auch nicht vergessen, daß beispielsweise Kissinger ein engagierter Gegner des NATO-Doppelbeschlusses war und erst von Helmut Schmidt umgestimmt worden sei. Um so mehr sei man in den USA darüber erstaunt, daß Schmidts Partei (nicht er selber) nun davon abrücke. Vogel: „Daß diese Haltung die Position des Westens entscheidend schwächt, braucht man den Amerikanern nicht erst zu sagen. Sie beobachten das sehr genau."

Auch eine Mahnung aus China brachte Vogel mit: Der Westen müsse bei jeder Abrüstungsvereinbarung darauf achten, daß dies bei den Sowjets nicht nur zu einer Truppenverlagerung an die Ostgrenze führe.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Den kleinen Parteien sind vor allem die Schulden geblieben

„Demokratische Sozialisten" und „Liberale Demokraten" enttäuscht über ihr Abschneiden

D. GURATZSCH, Frankfurt

Sie sind die Aussteiger der hessischen Politik: die Splitterparteien, die bei den Landtagswahlen vom vergangenen Sonntag den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde nicht schafften und buchstäblich in den Katakomben des politischen Lebens landeten. Unter diesen ärgsten Verlierern sind prominente Namen: der Offenbacher Rechtsanwalt Manfred Coppick, der vor Jahr und Tag mit seinem Austritt aus der SPD bundesweit Schlagzeilen machte und mit Gesinnungsfreunden eine eigene Partei, die „Demokratischen Sozialisten", gründete; oder der frühere hessische FDP-Rebell vom Dienst, der Architekt Ulrich Krüger, der nach dem Koalitionswechsel in Bonn die Freien Demokraten verließ und ebenfalls eine neue Partei, die „Liberalen Demokraten", ins Leben rief. Nach den Wahlen in Hessen sind es fast schon Namen, die keiner mehr kennt.

Ulrich Krüger will sich mit diesem Schicksal nicht zufrieden geben. Bei den Liberalen Demokraten herrsche Überlebenswille, eine weitere Schlappe dieser Art könne man sich jedoch nicht leisten. Die neue Partei, die zum erstenmal in einer Landtagswahl angetreten ist (Slogan: „Liberale, die Wort halten"), hat nur 13 553 Stimmen erhalten, das sind 0,4 Prozent.

Die Alternative könne nur heißen: entweder noch einmal antreten, dann aber mehr als eine zwei vor dem Komma erringen, oder gleich zurückziehen. Eine Zukunft als „politische Sekte" komme für die „LD" nicht in Frage. Zurück zur FDP? Die Frage habe im Führungsgremium „homerisches Gelächter" ausgelöst.

Aber auch ein sang- und klangloser Abschied aus dem politischen Leben entbindet Krüger und seine Mitstreiter nicht von drückenden Sorgen. Denn da ist noch eine Kleinigkeit: der Überziehungskredit von 250 000 Mark, mit dem die Liberalen Demokraten ihren Wahlkampf finanziert haben. Krüger, sowohl Bundesvorsitzender als auch gescheiterter Spitzenkandidat in Hessen, sah sich gezwungen, den Parteimitgliedern deshalb jetzt zu schreiben. An ihrer Bereitschaft, „noch mal in die Tasche zu greifen und ein Minimum von 200 000 Mark aufzubringen", soll sich entscheiden, ob die Partei überhaupt weitermacht.

Da hat es Manfred Coppick leichter. Die Demokratischen Sozialisten, deren Bundesvorsitzender und ausgepunkteter hessischer Spitzenkandidat er ist, haben in ihrem ersten Wahlkampf nur 20 000 Mark ausgegeben. Der Ertrag waren freilich ganze 3217 Stimmen oder 0,1 Prozent. Die Schulden, ist Coppick zuversichtlich, würden in drei bis vier Monaten durch Mitgliedsbeiträge der 2000 Demokratischen Sozialisten im Bundesgebiet ausgeglichen werden können. Die politische Niederlage wird länger schmerzen.

Rückkehr zur SPD? Auch darüber, so Coppick, werde jetzt in der Partei diskutiert werden. Immerhin sei sein „einsamer Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß" inzwischen bei „großen Teilen der SPD" keine Außenseiterposition mehr. Solange die Sozialdemokratie jedoch nicht offiziell ihre Zustimmung zum Doppelbeschluß revidiert habe, könne er nur „sehr konjunktivisch" über eine mögliche reuige Rückkehr in die alte politische Heimat sprechen.

Tief gestürzt ist auch die hessische DKP. Sie büßte in einem Jahr fast ein Drittel ihrer Wähler ein und landete mit 8692 Stimmen bei 0,3 Prozent – für Altkommunistin Ellen Weber und ihren Stellvertreter Rudi Maurer, die seit zweieinhalb Jahre an der Spitze des Landesvorstandes stehen, das schlechteste Ergebnis ihrer Parteikarriere. Was die Wahlkampfkosten betrifft, sind die 110 Kandidaten persönlich im Obligo. Die meisten, hofft Pressesprecher Rudi Hechler, „holen sich das Geld über Spenden zurück". Für den Rest werde die Partei geradestehen. Für das Fiasko machte Hechler nicht zuletzt die „Dreck- und Schmutzwelle" verantwortlich, die der Partei wegen des sowjetischen Jumboabschusses entgegengeschlagen sei.

Beim Schlußlicht der hessischen Parteien, der Europäischen Arbeiterpartei, nimmt niemand mehr das Telefon ab. 1235 Stimmen oder 0,0 Prozent und angeblich nicht bezahlte Telefonrechnungen signalisieren: Nichts geht mehr.

Zweifel in München, ob FDP Neubeginn gelingt

CSU zieht Bilanz der Wahlen in Hessen und Bremen

PETER SCHMALZ, München

Der Ausgang der hessischen Landtagswahl ist für die CSU Anlaß, über künftige Wahlstrategien gegenüber der FDP nachzudenken. Die Wahl biete für die Unionsparteien keinen Anlaß zu dramatischen oder hektischen Reaktionen, schreibt das CSU-Blatt „Bayernkurier" in seiner jüngsten Ausgabe, mahnt jedoch nachdrücklich: „Wohl aber vermittelt das Ergebnis Lehren und Einsichten, die es zu befolgen gilt."

In bemerkenswert zurückhaltendem Ton wertet „Bayernkurier"-Chefredakteur Wilfried Scharnagl die Leihstimmen-Aktion der hessischen CDU zugunsten der FDP und schreibt, die Unionspartei habe „für diese Strategie einen hohen Preis bezahlt". In Wiesbaden habe die Genscher-Partei ihr Überleben ausschließlich einer Rettungsaktion zu verdanken, die „nicht allzuoft möglich" sei.

Mit diesen Worten umschreibt Scharnagl eine tiefe Abneigung der CSU-Führung gegenüber solchen Hilfsaktionen. Nach Ansicht der Münchner CSU-Zentrale besteht hierbei die Gefahr, daß sich der Wähler manipuliert fühlt und seine Stimme verweigert. Der „Bayernkurier" meint, es sei zu prüfen, ob die massiv erfolgte Empfehlung bei bisherigen CDU-Wählern nicht den Eindruck hat entstehen lassen, „daß es auf ihre Stimme für ihre Partei doch wohl so dringend nicht ankommen könnte".

Jede Partei, so die Meinung führender CSU-Politiker, muß vielmehr selbst mit einem klaren und dem Wähler erkennbaren politischen Profil die optimal für sich erzielbaren Prozente anstreben und erst nach dem Wahltag über Koalitionen verhandeln. Nur der Wunsch einer oder zweier Parteien, an die Regierung zu kommen, reichten als mobilisierendes Wahlkampf-Profil nicht aus. CSU-Politiker, die im hessischen Wahlkampf unterwegs waren, vermißten den in Bayern üblichen Einsatz ebenso wie zündende Wahlargumente, die den Bürger zur Stimmabgabe motivieren.

Die ohnehin nicht überschwengliche Meinung der CSU über den Bonner Koalitionspartner FDP wurde durch die Wahlergebnisse in Bremen wie in Hessen weiter in der Richtung bestärkt, daß es sich hierbei um ein auslaufendes Parteien-Modell handeln könnte: ohne Unterstützung in Bremen aus dem Senat gewählt, in Hessen nur durch die Hilfsaktion zurückgekehrt, allerdings mit einem für die Union betrüblichen Ergebnis.

Auch in der Münchner CSU-Zentrale ist man an einer lebensfähigen FDP interessiert, mit der auf längere Zeit die Regierung in Bonn gebildet werden kann. Aber die Zweifel sind groß, ob den Liberalen dieser Neubeginn gelingt. Die FDP, so meint das CSU-Blatt, habe „im neuen politischen Spektrum ihren Standort und ihren Wählerstamm noch nicht gefunden". Dabei aber, so hört man in München, könne ihr die Union nicht das Händchen halten. Und speziell in der CSU ballt man ohnehin die Faust angesichts zahlreicher FDP-Attacken gegen die CSU.

Nachrüstung: Je nach Fragetechnik dafür oder nicht

DW./rmc. Bonn

Nach dem Abschuß der koreanischen Passagiermaschine durch sowjetische Militärflugzeuge haben sich in einer vom Bonner Verteidigungsministerium beim Bielefelder Emnid-Institut in Auftrag gegebenen Umfrage 58 Prozent der befragten Bundesbürger dafür ausgesprochen, neue amerikanische Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu stationieren, falls die Sowjetunion ihre SS-20-Raketen nicht abbaut. Dies teilte der Sprecher des Ministeriums, Jürgen Reichardt, gestern mit. Kurz nach dem Abschuß des Jumbos seien vom 10. bis 14. September 1074 Personen befragt worden. Bei einer anderen Umfrage desselben Instituts – vom 25. August bis zum 8. September äußerten sich 2034 Bürger – nahmen jedoch 61 Prozent gegen die Aufstellung neuer Raketen Stellung.

Offenbar sind die Ergebnisse repräsentativer Umfragen in der Bevölkerung über die Einstellung zur Nachrüstung entscheidend von der angewandten Fragetechnik bestimmt. Bei der früheren Emnid-Befragung, die im Auftrag der ARD-Sendung „Panorama" erfolgte, lautete die Fragestellung: „Wenn die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion erfolglos bleiben, sollen demnächst auch bei uns in der Bundesrepublik Raketen aufgestellt werden. Sind Sie für oder gegen die Aufstellung neuer Raketen?" 61 Prozent sprachen sich dagegen aus, 14 dafür, 10 Prozent war das „gleichgültig", 14 waren „unentschlossen", ein Prozent machte „keine Angaben".

Bei der späteren Umfrage für das Bundesverteidigungsministerium stellte das Emnid-Institut zwar vergleichbare, doch in der Systematik der Demoskopie ganz andere Fragen. Zuerst wurde danach gefragt, ob der Westen eine militärische Überlegenheit der Sowjetunion hinnehmen oder ein militärisches Gleichgewicht anstreben solle. 77 Prozent sprachen sich für militärisches Gleichgewicht aus, 20 wollten sowjetische Überlegenheit hinnehmen, zwei Prozent machten keine Angaben.

Dann hatten die Befragten vorgegebene Antworten anzukreuzen zu der Behauptung: „Wenn der Westen militärisch unterlegen wäre, dann würde das die Sowjetunion politisch oder militärisch nicht ausnutzen. Deshalb sollte man im Westen militärische Unterlegenheit in Kauf nehmen und der Sowjetunion Vertrauen entgegenbringen." „Stimme eher zu", meinten 28 Prozent, „Stimme eher nicht zu" 67 Prozent, fünf Prozent machten keine Angaben. Außerdem wurde danach gefragt, ob der Ostblock militärische Überlegenheit anstrebe (70 Prozent ja), ob der Westen stark genug bleiben müsse (58 Prozent ja), und ob er sich verteidigen solle (79 Prozent ja).

Geißler, Alt und der richtige Weg zum Frieden

HENK OHNESORGE, Bonn

„Der Fall des Doppelbeschlusses wäre der Anfang vom Ende der NATO. Niemand würde danach noch einen Beschluß des Bündnisses ernst nehmen. Es wäre der Wortbruch des wichtigsten Verbündeten auf dem Kontinent." Das war Heiner Geißlers Fazit einer über vierstündigen Debatte, die er mit dem Fernsehjournalisten Franz Alt, Vertreter eines einseitigen Rüstungsstopps, im Bonner Konrad-Adenauer-Haus zum Thema „Der richtige Weg zum Frieden – Evangelium und Friedenspolitik" geführt hatte. Die CDU hatte zu der Veranstaltung geladen, nachdem ihr Mitglied Alt mit seinem Buch „Frieden ist möglich" und den darin vertretenen Thesen, die auf dem Hintergrund der Bergpredigt jede Nachrüstung ablehnen, einiges Aufsehen erregt hatte.

Alt („Ich bin die Fünfte Kolonne von Helmut Kohl und Heiner Geißler") war sich in seiner Anfangserklärung seiner Sache völlig gewiß: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen sei zwar ideal, aber führe zu nichts: „Es gibt nur einen Stopp, den alle wollen, wenn einer stoppt." Und weil bereits jede Seite die mehrfache Kapazität zur Tötung der anderen habe, weil es auf der Welt „mehr Sprengstoff als Nahrungsmittel" gebe, müsse ein Anfang gemacht werden, indem eine Seite nicht weiterrüste.

Immer belegt durch Zitate aus der Bergpredigt („Jesus war ein großer Realist"), forderte Alt mit einer Leidenschaft, die manchmal ins Eifern überging, den Abbau der Feindbilder und die Beachtung der Goldenen Regel, die nicht nur für Christen verpflichtend sei, und malte die Schreckensvision eines sich selbst auslösenden Krieges: „Wir sind dran, wenn die Computer versagen ..."

Gegen so viel Emotion setzte der CDU-Generalsekretär auf nüchterne Argumente: „Wir sind nicht verurteilt, entweder im Atomblitz zu verglühen oder im Archipel GULag zu enden."

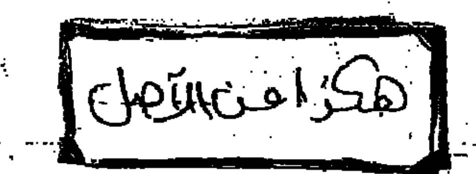
Angst sei in der Zeit atomarer Rüstung eine verständliche Reaktion, aber Angst sei ein schlechter Ratgeber für politisches Handeln. Geißler betonte, die NATO könne keinen Angriffskrieg führen und die Sowjetunion fühle sich auch nicht durch die NATO bedroht, „sondern durch die ansteckende Kraft der Freiheit".

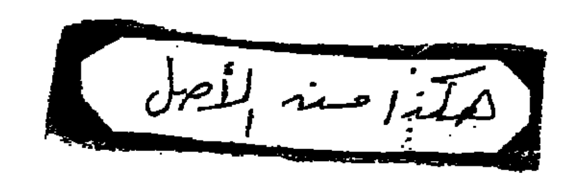
In dem großen Saal mit dem Plakat „Gemeinsam für Frieden und Freiheit – CDU" an der Wand wurde es unter dem Licht der Fernsehlampen heiß, als Geißler argumentierte: „Unser moralisches Ziel liegt darin, daß Waffen nicht zur Anwendung kommen ... Das wichtigste Ziel ist die beiderseitige Abrüstung auf möglichst niedrigem Niveau." Zehn Jahre lang habe die NATO vergeblich versucht, durch einseitige Abrüstung die Sowjetunion zu Gleichem zu provozieren – ohne Erfolg. „Begründen Sie, warum die Sowjetunion sofort abrüstet, wenn wir nicht nachrüsten!"

Ruhig, zurückhaltend, auf die logische Konsequenz achtend, moderierte der Bonner Theologe Franz Böckle, der nach einem weiteren Schlagabtausch nun die Fragen von mehr als fünfzig angemeldeten Experten – Politiker, Theologen, Wissenschaftler, Angehörige kirchlicher Friedensorganisationen – an die beiden Diskutanten zuließ. Jetzt waren neben „Frieden" und „Bergpredigt" „Anmaßung" und „Intoleranz" die Begriffe, die am häufigsten verwendet wurden; etwa wenn Staatsminister Alois Mertes an die Adresse Alts sagte: „Sie erheben einen christlichen und moralischen Unfehlbarkeitsanspruch ... Kontrollierte Abrüstung bei gleichbleibender Sicherheit und Freiheit ist das ethische Postulat unserer Zeit."

Der Bundeswehrgeneral Lothar Domröse bat Alt, unter richtiger Interpretation des NATO-Doppelbeschlusses Alternativen aufzuzeigen. Der frühere Vizepräsident der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Erwin Wilkens, verwies auf 25 Jahre Diskussion in der EKD über den Zwiespalt ethischer Grundsatzpositionen und meinte, Rüstungsdiskussionen seien nur sinnvoll, wenn sie politisch geführt würden. Ein Geistlicher verwies ruhig darauf, daß nirgendwo in der Bibel ewiger Friede auf Erden zugesagt werde.

Vor der geballten Argumentation gab Alt einige seiner extremsten Positionen auf, modifizierte. Möglicherweise im Gegensatz zu den wenigen Minuten auf dem Fernsehschirm war er in den über vier Stunden im Saal des Adenauer-Hauses nicht der strahlende eindeutige moralische Sieger. In einer Neuauflage seines Buchs würde er einige seiner Formulierungen zurücknehmen. Für Franz Alt ist dies ein großes Zugeständnis.





BND-Präsident bittet Kohl um Entscheidungen

Blum drängt vor allem auf einen neuen Stellvertreter

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), Eberhard Blum, hat von Bundeskanzler Helmut Kohl wichtige Personalentscheidungen im Geheimdienst erbeten. Nach Informationen der WELT geht es dabei in erster Linie um die Neubesetzung des Amtes des Vizepräsidenten des BND. Norbert Klusak, der bisherige Vizepräsident, soll abgelöst werden. Wie aus dem BND verlautete, war die Zusammenarbeit zwischen Blum und Klusak von Anfang an von beträchtlichen Spannungen begleitet. Im Interesse eines geordneten Arbeitsablaufs an der Spitze des BND dringt Blum jetzt auf einen Wechsel in der Position seines Stellvertreters.

Eine Versetzung Klusaks scheiterte bislang allerdings daran, daß kein anderer angemessener Dienstposten für ihn gefunden werden konnte. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat bereits den im Kanzleramt arbeitenden Sozialdemokraten Stefan Pelny zum Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) in Köln ernannt. Zu weitergehenden Entgegenkommen in Fragen der Personalpolitik ist der Bundsesinnenminister offenkundig nicht bereit. Bei dieser Ausgangslage ist es schwer, für Klusak in einem anderen Bereich eine sinnvolle Tätigkeit zu finden. Klusak soll nicht in den vorzeitigen Ruhestand geschickt werden, was rechtlich durchaus möglich wäre. Einem solchen Schritt würde die allgemeine Anerkennung Klusaks als einem Fachmann in seinem Metier widersprechen.

Deshalb ist die Idee entstanden und an das Bundeskanzleramt herangetragen worden, ihn zum BND-Residenten in Washington zu ernennen. Der jetzige Resident in der amerikanischen Hauptstadt heißt Rosenlehner. Er soll im Gegenzug das Amt des Vizepräsidenten in München-Pullach übernehmen. Über die Qualifikation von Rosenlehner aber gibt es unterschiedliche Urteile. Außerdem wurde angesichts der Tatsache, daß Präsident Blum über viele Jahre hinweg in den USA die Verbindungen zur amerikanischen Regierung und deren Sicherheitsbehörden gehalten hat, das Argument ins Spiel gebracht, der neue Vizepräsident müsse „aus der Zentrale" kommen. Für diesen Fall sind mehrere Namen im Gespräch. Die Entscheidung darüber liegt letztlich bei Bundeskanzler Kohl.

Viel Aufmerksamkeit wird im BND und auch in politischen Kreisen in Bonn darauf verwandt, wie mit dem bisherigen Leiter der Zentralabteilung im BND, Rieck (SPD), verfahren wird. Das ursprüngliche Vorhaben, Rieck nach London zu schicken, hat sich zerschlagen. Andererseits aber ist er auch innerhalb des Dienstes nicht zuletzt aufgrund seiner Zusammenarbeit mit dem früheren Vizepräsidenten Blötz sehr umstritten. Namhafte SPD-Politiker sollen sich gegenüber dem Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, für Rieck eingesetzt haben. Im Bundeskanzleramt ist allerdings nicht vergessen, daß es vor allem der SPD-Politiker Horst Ehmke gewesen ist, der nach dem Regierungswechsel im Jahre 1969 gravierende personelle Veränderungen im Bundesnachrichtendienst zugunsten der SPD rigoros durchgesetzt hat.

Wie aus Regierungskreisen verlautete, wird Rieck wohl die Leitung der wichtigen Zentralabteilung nicht behalten können. Als Ausweg wird überlegt, durch einen Neuschnitt der Organisation eine zusätzliche, in ihren Kompetenzen geminderte Abteilung zu schaffen. Diese könnte dann Rieck übernehmen, hieß es. Auch Veränderungen in unteren Bereichen sind offenkundig vorgesehen. Am Herzen liegt dem neuen BND-Präsidenten auch die Gewährleistung der „inneren Sicherheit".

Die politische Intension des Kanzleramtes geht auch dahin, die Schwerpunkte der Aufklärungsarbeit beim BND mit dessen über 6000 Mitarbeitern mit neuen Akzenten zu versehen. An erster Linie bleibt naturgemäß die militärpolitische Informationensammlung. Allerdings gibt es gerade in diesem Bereich jetzt mit dem Amt für das Nachrichtenwesen der Bundeswehr eine Arbeitsteilung, die Kapazitäten beim BND freisetzt. Der Bundesregierung liegt offenbar daran, mehr und präzisere Informationen über wirtschafts- und finanzpolitische Vorgänge in einzelnen Ländern zu erhalten, weil daraus häufig sehr früh politisch-militärische Konsequenzen abgeleitet und Stimmungen der Bevölkerung – wie zum Beispiel in Polen – berechnet werden können.

Weizsäcker, Honecker und die Teilung

hrk. Berlin

Der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker und sein Gastgeber am 15. September, der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honekker, haben in ihrem Gespräch auch die politische Zukunft Gesamt-Deutschlands erörtert. Darüber berichtete Weizsäcker bei der Vorstellung seines bisher einzigen Buches unter dem Titel „Die deutsche Geschichte geht weiter" (Siedler-Verlag, Berlin).

Honecker hatte zunächst mit der Bemerkung reagiert: „Was sprechen wir von Wiedervereinigung – wir wissen doch, daß sie nicht auf uns wartet!"

Weizsäcker berichtete, er habe Honecker jedoch folgende Gedanken entgegengehalten: „In der Geschichte sind auf die politische Struktur Zentraleuropas immer neue Antworten erfolgt. Keine Form hat sich als dauerhaft erwiesen. Die Teilung ist auf eine besondere Weise zementiert, weil sich die beiden Großmächte einander in der Mitte unseres Landes gegenüberstehen."

„Aber daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß es nun für die Geschichte keiner neuen Phantasie in der Zukunft bedürfe – das halte ich, unabhängig von dem, was man wünschen mag, einfach für unhistorisch." Honecker habe ihm daraufhin geantwortet: „Ja, wenn Sie es so schildern, möchte ich Ihnen zustimmen."

Der CDU-Politiker ging bei der Premiere seines Buches auch auf seine Eindrücke und Empfindungen bei seinen Gesprächen mit vielen „DDR"-Kirchentagsbesuchern in Wittenberg ein: „Wenn ich mir so vorstelle, was eigentlich in den Köpfen und Herzen der Menschen, die ich vor zwei Tagen in Wittenberg in sehr großer Zahl gesprochen und gesehen habe, vorgeht, habe ich das Gefühl: Von diesen Menschen wird ein wacherer und historischerer Blick und Instinkt erwartet, als wir Politiker ihn ihm allgemeinen in unserem Tagesgeschäft selber empfinden und erkennbar machen."

Die Teilung Deutschlands sei gewiß nicht die „Antwort der Geschichte" schlechthin, sagte Weizsäcker. Er plädierte abermals für eine langfristig angelegte Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und warnte davor, „mit dem menschenrechtlichen Kopf durch die Wand zu stoßen".

Krankenhausfinanzierung: Über Neuordnung einig

Investitionen sollen nun in den Pflegesatz einfließen

PETER JENTSCH, Bonn

Die von der Bundesregierung eingesetzte Beraterkommission zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung wird innerhalb der nächsten vier Wochen abschließende Gespräche mit den Ländern, den Krankenkassen und Krankenhausträgern führen und ihre Ergebnisse am 6. Dezember Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vorlegen.

Wie die WELT aus Kreisen der Expertengruppe erfuhr, ist man sich inzwischen über die Vorschläge zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung weitgehend einig. Das gilt insbesondere für die Fragen der Mischfinanzierung (hier soll sich der Staat aus der Investitionsfinanzierung zurückziehen), der Änderung der Betriebskostenfinanzierung (Pflegesatz) sowie der Einrichtung eines Gremiums innerhalb der Selbstverwaltung, das für die wirtschaftliche Sicherung und Bedarfsplanung der Krankenhäuser zuständig ist. Und so sehen die Vorschläge der Beraterkommission aus:

Im Gegensatz zu ersten Überlegungen, nach denen Krankenhausträger und Krankenkassen eine Körperschaft öffentlichen Rechts mit paritätischer Besetzung auf Bundes-, Länder- und Regionalebene bilden sollten, geht man jetzt von der Bildung eines entsprechend besetzten Zweckverbandes aus. Diese Lösung ist notwendig geworden, um den besonderen Verfassungsschutz konfessioneller Krankenhäuser (Organisations- und Finanzhoheit) zu gewährleisten. Die Zweckverbandslösung bietet zugleich die Möglichkeit, auch die privaten Krankenkassen gemeinsam mit den gesetzlichen Kassen einzubinden. Die Kirchen haben ihre Zustimmung zu dieser Lösung bereits signalisiert. In Form einer regionalen Krankenhauskonferenz oder in paritätisch besetzten Ausschüssen auf Landes- und Bundesebene würden nach diesem Modell künftig die Pflegesätze ausgehandelt. Ihre Rechtskraft erlangten sie durch eine Bestätigung des Regierungspräsidenten oder in kleineren Bundesländern des Sozialministers oder -senators.

Auch die Zeit des „vollpauschalierten kostendeckenden Pflegesatzes", mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) von 1972 und der Bundespflegesatzverordnung von 1974 erst geschaffen, ist abgelaufen. Der durchschnittliche Pflegesatz liegt heute bei 230 Mark – gleich, ob es sich um einen „billigen Blinddarm" oder eine teure Behandlung auf der Intensivstation handelt.

Künftig soll der Pflegesatz aufgespalten werden in einen Basispflegesatz, differenziert nach Versorgungsstufe der Klinik (Grundversorgung, Maximalversorgung) und einem Leistungsverzeichnis, einer Art Gebührenordnung Krankenhaus (GO-K). Der Basispflegesatz enthält die Unterbringungskosten sowie das für die Versorgungsstufe entsprechende technische, apparative Angebot. Das Leistungsverzeichnis wird etwa 200 Leistungen aufführen; die Leistungen könnten jährlich – wie bei den Honoraren der Kassenärzte – um einen Punktwert erhöht werden. Das Leistungsverzeichnis soll dazu führen, daß diese Leistungen, etwa eine Blinddarmoperation, überall gleich bewertet werden, ob in der Universitätsklinik oder im kleinen Kreiskrankenhaus.

Für die Höhe des Pflegesatzes könnte der Zweckverband auf Bundesebene eine Bundesempfehlung geben. Die konkreten Verhandlungen würden dann aus verfassungsrechtlichen Gründen auf Landes-, Regional- oder Ortsebene laufen.

Einer kleinen Sensation kommt es gleich, daß künftig auch die Investitionsmittel in den Pflegesatz einfließen sollen, und zwar zunächst die kurz- und mittelfristigen Investitionen nach Paragraph 10 KHG. Später sollen stufenweise auch die Neubau- und Erweiterungsbauinvestitionen (Paragraph 9 KHG), die bisher von Bund und Ländern getragen werden, in den Pflegesatz einfließen. Letztere schlagen jährlich mit vier Milliarden Mark zu Buche. Hier würde sich der Staat aus der Mischfinanzierung zurückziehen, die öffentlichen Haushalte (Bund jährlich 900 Millionen Mark) würden erheblich entlastet. Zugleich erhielten die Kassen ein Mitspracherecht über die Krankenhausbedarfsplanung durch ihre Investitionssteuerung. Die Belastung der Kassen in Höhe von vier Milliarden Mark jährlich würde knapp 0,5 Prozent des Beitragssatzes ausmachen, eine Summe, die die Kassen zur Zeit als Polster haben.

Im Quotenstreit gerät Rau in eine Zwickmühle

Stahl: Schon Schmidt war für stärkere NRW-Belastung

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische SPD-Landesregierung hat sich in eine Zwickmühle hineinmanövriert. Ministerpräsident Johannes Rau und sein Wirtschaftsminister Professor Reimut Jochimsen bestehen öffentlich darauf, daß bei einer Stahlneuordnung das Land mit einem Drittel der Kosten beteiligt werde, der Bund aber zwei Drittel übernehmen müsse. Nachdem Oppositionsführer Bernhard Worms angedeutet hatte, daß möglicherweise auch eine 50-zu-50-Regelung diskutiert werden könnte, mußte er sich harte Kritik gefallen lassen, die bis zu dem Vorwurf reichte, Worms verrate nordrhein-westfälische Interessen. Der WELT wurde gestern jedoch ein Schreiben bekannt, nach dessen Inhalt Rau und Jochimsen schon seit langem davon ausgehen müssen, daß eine Hälfte-Regelung auch von der ehemalig sozialdemokratisch geführten Bundesregierung befürwortet wurde.

Denn mit Datum vom 26. September 1982 schrieb der damalige Bonner Regierungschef Helmut Schmidt an Rau, die Bundesregierung „ist davon ausgegangen, daß sich die betroffenen Länder an den über die Stahlinvestitionszulage hinausgehenden staatlichen Investitionshilfen für die Stahlindustrie jeweils zur Hälfte beteiligen". Weiter heißt es in dem Brief: „Ich bitte Sie um Verständnis, daß die Bundesregierung aus haushaltspolitischen und auch aus präjudiziellen Gründen an diesem Beteiligungsschlüssel festhalten muß."

Interessantes Datum

Interessant ist dabei das Absendedatum des Kanzler-Schreibens: Denn zu jenem Zeitpunkt regierte Schmidt mit einem rein sozialdemokratischen Kabinett, nachdem die FDP-Minister Lambsdorff, Genscher, Baum und Ertl am 17. September entlassen worden waren. Am 1. Oktober wurde Schmidt vom Bundestag abgewählt.

In einer jetzt veränderten politischen Landschaft beharren nun Rau und Jochimsen auf ihrem Drittel-Vorschlag – wohl wissend, daß ein sozialdemokratisches Kabinett in Bonn schon anders entschieden hatte. Sie vermieden es gleichzeitig, zu den vorsichtigen Äußerungen von Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinem jüngsten Besuch in Düsseldorf am 13. September Stellung zu nehmen, als jener andeutete, bei den anstehenden Gesprächen über Kohle und Stahl dürfe keiner auf seiner Ausgangsposition beharren – dies gelte auch für die Anteile von Bund und Ländern bei der Finanzierung der notwendigen Umstrukturierung. Statt dessen kommentierte Rau in einem Interview, die CDU-Opposition in Düsseldorf könne – statt Landesinteressen im Bund durchzusetzen, sich mit den Bundesinteressen allzu aufgeschlossen zeigen. Er sagte, Ursache sei dafür womöglich ein „Informationsdefizit" auf CDU-Seite. Gleichzeitig betonte er sein Interesse an einer Zusammenarbeit mit der CDU.

Zweifel werden laut

Mit dem Bekanntwerden des Schmidt-Briefes an Rau werden nun allerdings Zweifel an dieser Kooperationsbereitschaft laut. Vor allem wird in Düsseldorf die Sorge laut, daß das deutliche Bemühen von Helmut Kohl, das schwierige Problem von Kohle und Stahl aus der Parteipolitik herauszuhalten, von der sozialdemokratischen Landesregierung durchkreuzt wird. Denn auch Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen stieß in das gleiche Horn. Er warnte „nachdrücklich" die CDU-Opposition vor einer für den Steuerzahler teuren Preisgabe der Landesinteressen.

Schmidt geht in seinem Brief konkret auf den Bau der neuen Durchlaufglühe der Hoesch AG in Dortmund ein. Auch in diesem Punkt müsse die Bundesregierung an dem Schlüssel 50:50 bestehen: „Auch bei dem Beschluß vom 1. September 1982 über die Förderung einer Durchlaufglühe in Dortmund ist dieser auch gegenüber anderen Bundesländern praktizierte Beteiligungsschlüssel zugrunde gelegt worden." Die Durchlaufglühe, deren technische Konzeption von Japanern entwickelt wurde, ist für die Modernisierung der Dortmunder Stahlanlagen unerläßlich. Sie kostet 310 Millionen Mark. Nach dem vom Kabinett Schmidt vorgelegten Hälfte-Schlüssel sollen Bund und Land eine Investitionszulage in Höhe von je 30 Prozent leisten.

Die Zweifel an Athens Abkommen mit der „DDR" bleiben bestehen

Auslieferung von Flüchtlingen? / Horst Brie, Ost-Berlins Mann im Hintergrund

E. ANTONAROS, **Athen**

Die griechische Regierung hat nicht die Absicht, politische Flüchtlinge an die „DDR" auszuliefern. Das sagte der griechische Regierungssprecher Dimitri Maroudas zu den Bedenken, die aus einem bereits im vergangenen Jahr von Griechenland und der „DDR" paraphierten, aber bisher nicht ratifizierten Rechtshilfeabkommen mit einem Auslieferungsteil resultieren.

Maroudas sagte, daß die griechische Verfassung die Auslieferung von politischen Flüchtlingen an ihr Herkunftsland „ausdrücklich" verbiete. Bonner Diplomaten in Athen jedoch vermuten, daß die „DDR"-Behörden versuchen werden, jeden *Flüchtling als einen Straftäter einzu*stufen, um seine Auslieferung durchzusetzen. Die Zweifel an Athens Haltung werden deshalb eher bestärkt als zerstreut.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte unlängst in einem Brief an seinen griechischen Amtskollegen Yannis Charalambopoulos auf die menschenrechtlichen Aspekte des umstrittenen Abkommens hingewiesen und den Griechen, wenn auch in indirekter Form, deutlich gemacht, daß sich Bonn damit zufriedengeben würde, sollte Athen auf eine Ratifizierung durch das Parlament verzichten.

Ein Inkrafttreten des Abkommens würde Fluchtwilligen eine der meistgenutzten Möglichkeiten nehmen, sich ins westliche Ausland abzusetzen. Vor allem jüngere Leute gelangen über die nicht besonders gut bewachte bulgarisch-griechische Grenze nach Griechenland und reisen von dort, mit einem bundesdeutschen Reisedokument ausgestattet, in die Bundesrepublik weiter. Bisher haben die griechischen Behörden diesen Fluchtweg widerstandslos akzeptiert und den Flüchtigen keine Schwierigkeiten gemacht.

Griechenland ist das erste westeuropäische Land, das sich zu einem solchen Vertragsabschluß mit der „DDR" bereitgefunden hat. Bonn war es vor einiger Zeit gelungen, den Abschluß eines ähnlich formulierten Abkommens zwischen Belgien und der „DDR" zu vereiteln. (SAD)

WERNER KAHL, **Bonn**

Horst Brie, der neue „DDR"-Botschafter bei der Regierung der Pan*hellenischen Sozialisten (Pasok)*, kennt seinen Lenin von Jugendjahren an: Zwei Schritte vor, ein Schritt zurück. Gleich nach seinem Amtsantritt hatte er zwar die Genugtuung erlebt, seinem Staats- und Parteichef Erich Honecker aus den Kulissen der griechischen Hauptstadt zu berichten, wie Außenminister Joannis Charalambopoulos im EG-Rat die Verurteilung der Sowjetunion wegen des Jumbo-Abschusses unterband; die nächsten Ansätze, Griechenland aus dem westlichen Bündnis herauszubrechen, dürften jedoch schwieriger werden. Aber Honeckers neuer Mann in Hellas ist auf die Politik der kleinen Schritte eingeübt.

Der 60 Jahre alte Spitzenfunktionär aus der ersten Nachkriegsmannschaft des SED-Regimes, Sohn eines Berliner Kommunisten, gehört zu den engsten Vertrauten des SED-Chefs. Sie kennen sich aus der Aufbauphase der Staatsjugendorganisation FDJ („Freie Deutsche Jugend"). Der zehn Jahre ältere Honecker war 1945 Vorsitzender, als Brie in den FDJ-Zentralrat kam. Gemeinsam schieden sie 1955 aus der FDJ-Führung aus, nachdem sie 1950 mit dem heutigen Botschafter des Kreml in Ost-Berlin, Kotschemassow, das erste deutsche „Friedenskämpfer-Komitee" gegründet hatten.

Honecker bereitete sich auf ein hohes Staatsamt vor, Brie ging 1958 nach dem Studium an der Parteihochschule und dem unvermeidlichen Sicherheitsscheck durch die Sowjets in den diplomatischen Dienst. Seine erste Station führte ihn als 1. Sekretär an die Botschaft in Peking, danach machte er einen Karrieresprung und wurde zum Botschafter in Nordkorea ernannt. Sieben Jahre arbeitete er anschließend im Ostberliner Außenministerium als Abteilungsleiter für Analysen, Prognosen und Planungen. Dann schickte ihn das SED-Politbüro 1974 auf den Botschafterposten in Tokio, eine der für die „DDR" wichtigsten Auslandsmissionen.

Die Versetzung Bries aus Fernost an die Südostflanke der NATO in Europa unterstreicht die Bedeutung Griechenlands in der politischen Strategie der Sowjets, die sich bei der Besetzung solcher Posten das letzte Wort vorbehalten. Wie vorausschauend die Kremldiplomatie mit ihrem Ostberliner Verbündeten plant, erweist sich an dem mit Horst Brie in die Athener Botschaft eingezogenen neuen Botschaftsrat Peter Haase. Der promovierte Funktionär war bereits in den siebziger Jahren, fließend griechisch sprechend, als Presseattaché tätig gewesen; nach mehrjährigem „Heimateinsatz" soll er jetzt neben dem Botschafter als politischer Vorarbeiter den neuen Kurs der griechischen KP in Wort und Tat fördern und dabei das Bündnis mit anderen Kräften im Auge behalten.

Die moskauorientierte Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) unterhält seit dem Bürgerkrieg (1946 bis 1949) enge Kontakte zur „DDR". Die KKE stellt heute nicht nur in Straßburg, sondern auch im griechischen Parlament eine mehrköpfige Fraktion. Mit einer in den vergangenen Jahren aufgebauten, gut funktionierenden Parteiorganisation und einer beträchtlichen Ostberliner Finanzhilfe für die Medienpolitik – über eine Luxemburger Strohmanngesellschaft des SED-Zentralkomitees – ist die moskautreue KP nun offenbar zur Offensive angetreten – tatkräftig unterstützt und gefördert von Horst Brie.

China erhält hochwertige Technologie

Beginn der „strategischen Kooperation" mit Amerika? / Reagan im April nach Peking

TH. KIELINGER, **Washington**

Der Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger in der Volksrepublik China könnte für Washingtons Diplomatie zu keinem besseren Zeitpunkt gekommen sein. Die Tragödie um das koreanische Passagierflugzeug, neue Abrüstungsvorstöße in Genf entsprechend einer globalen Zählweise bei den Mittelstrecken-Systemen, die erste Bewilligung seitens der amerikanischen Regierung von technisch hochentwickelten Geräten, um die China seit zwei Jahren gebeten hatte – diese Themen ließen es Washington und Peking für ratsam erscheinen, die Abkühlung der letzten Zeit hinter sich zu bringen. Wie Weinberger in Peking mitteilte, wird Präsident Reagan Peking im April besuchen; Chinas Premier Zhao Ziyang reist im Januar in die USA.

Die amerikanische China-Politik unter Präsident Reagan ist nicht immer von Fortüne gezeichnet gewesen. Was zu den Beziehungen zu Taiwan aus Washington manchmal zu hören war, mußte in Pekings Ohren verdächtig nach Wiederbelebung der „Zwei-China-Theorie" geklungen haben, die man mit dem Shanghai-Kommuniqué vom Februar 1972 endlich hinter sich gebracht zu haben glaubte. Die Chinesen ihrerseits verurteilten routinemäßig die „beiden Hegemonialmächte" USA und Sowjetunion. *Dies konnte Washington* nicht schmeicheln, das auf unterschiedlicher Bewertung seiner selbst und Moskaus beharrt.

Das leidige Thema Taiwan ist natürlich nicht ausgeräumt, wie Außenminister Wu Xuequian auf einer Veranstaltung in New York erneut bestätigte. „Das Haupthindernis für die beiderseitigen Beziehungen zwischen den USA und China ist Taiwan", befand Wu lapidar. Doch hat nach Auffassung der Amerikaner diese Aussage in erster Linie den Wert einer traditionellen chinesischen Anspruchsformel, und sagt für sich noch nichts über die Chancen einer größeren Annäherung zwischen Washington und Peking aus.

Gleiches gilt von der Grundsatzerklärung des State Department vom Sommer 1982, die im Grunde auch die amerikanische Taiwan-Politik auf eine diplomatische Festformel bringt, die man im Gepäck mitführen kann, ohne das sie belasten muß. Demnach wird Washington weiter Waffen an Taiwan nur im Rahmen der Selbstverteidigungsinteressen der Insel liefern, doch diese Beziehungen allmählich abbauen, je nach dem Fortschritt der Wiedervereinigungsbemühungen zwischen dem Festland und Taipeh.

China steht vor der Frage der Modernisierung seiner Streitkräfte; die Amerikaner müssen sich entscheiden, wie weit sie dabei helfen können und wollen, ohne dabei ihren Partner – allen voran den Japanern – nicht neue Angst einzuflößen. Die Modernisierungsfrage geht über den rein militärischen Bereich hinaus; sie erfaßt die industrielle Basis Chinas überhaupt.

Hier hat Weinberger einen Trumpf mit nach Peking gebracht: 43 Gegenstände der von China vor über zwei *Jahren eingereichten Wunschliste an* Technologie, kleinkalibriger Munition und Ausrüstung haben die bürokratischen Hürden in Washington genommen und sind zum Verkauf freigegeben worden. Weinberger konnte die Maßstäbe erläutern, nach denen der Bewilligungsprozeß in Washington in Zukunft gegenüber Peking gehandhabt wird. Schon seit Mai gehört China in die günstige Kategorie der „freundlichen, nicht paktgebundenen Staaten", gegenüber denen weniger US-Exportbeschränkungen gelten als gegenüber Ländern des kommunistischen Blocks.

In weiteren elf Fällen des Technologietransfers – Halbleiter, Computer, Mikrochips-Technologie – können die USA schon jetzt grünes Licht geben, wenn die Chinesen Garantien abgeben, daß diese Dinge nicht in sowjetische oder nordkoreanische Hände fallen. Direkte Waffenverkäufe sind noch nicht vorgesehen.

Ob dies schon die Grundlage der „strategischen Kooperation" ist, wie die Amerikaner gern sagen, bleibt abzuwarten. Die Chinesen steuern einen zwar vorsichtigen, aber deutlich erkennbaren Kurs des dritten Wegs *zwischen den anderen Supermäch*ten, was Verteidigungsminister Zhang Aipeng in die Worte faßte: „Wir werden uns keiner der Großmächte anschließen." Hier ist die Wortwahl entscheidend. „Anschließen" wird auch von den Amerikanern nicht erwartet – aber zuneigen, zusammenspielen.

Nur im Westen, so resümiert man in Washington, kann China sich mit Ausrüstungen versehen, die verhindern, daß das Land immer mehr hinter die Sowjetunion und andere aggressive Nachbarn (Vietnam) zurückfällt. Eine glaubhafte Befähigung zur Selbstverteidigung und zur Abwehr *von Druck und Einschüchterung* muß China einfach an seine „amerikanische Option" denken lassen, die freilich nicht als „amerikanische Karte" mißverstanden werden darf. Das Spiel mit Dreiecken gehört einer überholten Denkweise an. Man geht in Washington davon aus, daß die Chinesen weiter versuchen werden, auch ihr Verhältnis mit Moskau zu normalisieren.

„Kampf auf Korsika beginnt erst"

Reaktion auf Verbot der CCN / Nur geringe Erfolge bei der Befriedung der Insel

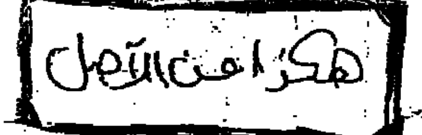
A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Nach langem Abwarten hat der französische Ministerrat am Dienstag die korsische Autonomistenpartei „Consulta der nationalistischen Komitees" (CCN), ein halblegales Sammelbecken aller autonomistischen Gruppierungen der Insel, aufgelöst. Die Regierung sieht in der Formation den verlängerten Arm der bereits im vergangenen Januar aufgelösten militanten Organisation FNLC (Nationalkorsische Befreiungsfront) und will „zahlreiche Beweise" für eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Formationen in Händen haben. Die FNLC kämpft unbeirrt aus dem Untergrund weiter, ist für zahlreiche Bombenattentate verantwortlich und reklamiert das bisher schwerste politische Verbrechen, das seit Jahren auf der Insel begangen wurde: Den in der Vorwoche erfolgten Mord an einem hohen Regierungsbeamten, dem Generalsekretär des Departements Oberkorsika, Jean-Pierre Massimi.

Der Auflösungsbeschluß der Regierung ist auf der Insel mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Regierungsfreundliche *Abgeordnete* und Politiker wie der Vorsitzende der korsischen Abgeordnetenkammer, Alfonsi, oder der Senator Jaccobi sehen in ihm eine unnütze und überflüssige Provokation der Extremisten. Anhänger der gemäßigten Autonomisten sprachen sich gegen den Beschluß aus. Extremistische Elemente drohen an, der Kampf werde „jetzt erst richtig beginnen". Am Mittwochmorgen gründeten Anhänger des aufgelösten CCN bereits eine neue Organisation, der sie den Namen „Consulta der Korsischen Nationalisten" (CNC) gaben, offenbar in der Absicht, die Zentralgewalt in Paris vor der Öffentlichkeit zu blamieren. Die Insel blieb indes am Mittwoch ruhig; es kam nicht, wie Paris erwartet hatte, zu Aufruhr oder Attentaten.

Inzwischen hat sich der Nebel um den Tod des Generalsekretärs Massimi noch verdichtet. Die FNLC hatte zwei Tage nach dem Mord erklärt, der Funktionär sei ermordet worden, weil er der Hauptverantwortliche am spurlosen Verschwinden und ver*mutlichen Tod des korsischen Natio*nalisten Guy Orsoni gewesen sei. Orsoni wurde im Juli entführt und ist seitdem nie wieder aufgetaucht. Eine andere Version ist, Massimi sei von der französischen Regierung selbst beseitigt worden, um einen Skandal zu vertuschen. Angeblich habe, so heißt es, der Sicherheitsbeauftragte der Regierung, der Korse Josef Franceschi, dem Generalsekretär des Departements Oberkorsika die Summe von 100 Millionen Franc zur Bestechung von FNLC-Angehörigen ausgehändigt. Dieser habe aber das Geld weitgehend veruntreut. Wieder andere behaupten, Sonderpolizisten des Elysee hätten ohne Wissen des offiziellen Polizeipräfekten der Insel Broussard Kontakte zum FNLC aufrechterhalten.

Es ist unmöglich, Aufklärung in dieses Gerüchtedickicht zu bringen. Sein Vorhandensein spricht indes dafür, daß der Versuch der sozialistischen Regierung, die Insel mit einer Mischung aus Härte und Nachgiebigkeit zu befrieden, bisher nicht gelungen ist.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Unsachlich und ungerecht

Der Bericht der Beauftragten des UN-Flüchtlingskommissars in Bonn über die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in der Bundesrepublik Deutschland ist derart unsachlich, fehlerhaft, einseitig und ungerecht, daß es nicht zuviel verlangt erscheint, wenn die Bundesregierung vom UN-Flüchtlingskommissar eine Berichtigung dieser Verfälschungen und Verleumdungen verlangt.

Dabei sollte auch wieder einmal daran erinnert werden, daß wohl kein Land der Welt so viele Vertriebene und Flüchtlinge aufgenommen hat wie Westdeutschland nach 1945: 12 Millionen ausgeraubte und ausgeplünderte Heimatvertriebene und 3 Millionen Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Dazu kamen noch Hunderttausende nichtdeutscher Flüchtlinge aus den Ostblockländern, die sich damals in Westdeutschland befanden (die sogenannten D. P.). Alle kamen sie in ein zerstörtes und zerteiltes Land. – Man vergleiche damit das Verhalten der arabischen Staaten gegenüber ihren Landsleuten, den Palästina-Flüchtlingen, die heute noch immer von den UN betreut werden müssen.

Hunderttausende deutsche Vertriebene und Flüchtlinge waren noch Anfang der 60er Jahre in z. T. menschenunwürdigen Massenlagern untergebracht, da man Wohnungen für sie eben nicht auf Vorrat bauen konnte. Auch die deutschen Aussiedler, von denen jährlich einige Zehntausende in die Bundesrepublik Deutschland kommen, müssen häufig Monate und Jahre in Gemeinschaftsunterkünften – den sogenannten Übergangswohnheimen – leben, weil es an Wohnungen fehlt. Weder früher noch jetzt haben sich die UN – im Unterschied zu den Palästina-Flüchtlingen – je darum gekümmert.

Auch die Aufnahmefähigkeit eines so dicht besiedelten Landes wie die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Grenzen. Viele immer deutlicher sichtbar werdende Umweltschäden und -belastungen haben ihre Ursache in der Übervölkerung unseres Landes.

Sepp Schwarz,
Staatssekretär i. R.,
Stuttgart 31

Falsche Adresse

„Brandt warnt Bonn davor, die ausgestreckte Hand auszuschlagen"; WELT vom 21. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem das „historische Bündnis" aus SPD und DGB infolge dilettantischer Wirtschafts- und Tarifpolitik innerhalb von 13 Jahren immense Staatsschulden und weit über zwei Millionen Arbeitslose produziert und die Belastbarkeit der Wirtschaft bis zu ihrem Daniederliegen erprobt hat, warnt nun Herr Brandt davor, die ausgestreckte Hand auszuschlagen. Soviel Zynismus verschlägt einem fast die Sprache.

Wenn Arbeiter heute aus Verzweiflung und Sorge um die Zukunft ihre Betriebe besetzen, gehört ihnen unser aller Mitgefühl. Gleichwohl aber richtet sich ihre Aktion an den falschen Adressaten. Der richtige Adressat wäre logischerweise der DGB!

Welcher Wirtschaftsbereich hat von 1969 bis 1982 so profitiert wie das DGB-Imperium? Steigende Löhne und damit steigende Beiträge machten selbst Affairen wie Neue Heimat, Vietor & Co. verdaulich.

Heute wissen über zwei Millionen Arbeitslose, daß sie für den DGB uninteressant sind, wenn keine Beiträge mehr fließen. Warum kommen die aus Mitgliederbeiträgen angesammelten Vermögen des DGB allenfalls Streikenden und nicht auch den Arbeitslosen zugute? Warum wird dieses Vermögen nicht zu arbeitsplatzerhaltenden Maßnahmen gefährdeter Branchen eingesetzt?

Mit freundlichen Grüßen
Else Gerlach,
Marktheidenfeld

Hintergedanke

„Bei Kandidatur Weizsäckers kein SPD-Vorschlag"; WELT vom 22. September

Sehr geehrte Redaktion,

ich meine, daß es zu offensichtlich ist, warum die SPD verkündet, eine eventuelle Kandidatur durch Herrn von Weizsäcker als Bundespräsident unterstützen zu wollen, obwohl ihre Stimmen für eine solche Wahl gar nicht erforderlich sind. Nein, hier geht es m. E. ganz allein darum, daß sie weiß, daß gerade der jetzige Regierende Bürgermeister in Berlin im *nächsten Jahr die Gewähr dafür bieten wird*, seine Wiederwahl für dieses Amt gegen die SPD zu gewinnen und dann auch erneut die Stadtstaat-Regierung zu bilden. Und dies ist sehr notwendig und wichtig für Berlin und die jetzige Bonner Regierung, was auch Herr Diepken einsehen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Spindler,
Lübeck

Wort des Tages

„Es gibt im Leben viele Lagen, die so verwikkelt sind, daß man keinen Ausweg mehr sieht. Es bleibt nichts mehr übrig, als sich zu fügen. Zu warten, ohne die Waffen zu strecken. Man muß die Nerven behalten, eine Pause einlegen, vertrauen auf die gute Sache. Die Zeit geht vorüber."

Ludwig Finckh, dt. Autor (1876–1964)

Personalien

EHRUNGEN

Der Präsident des Bundesfinanzhofes, Prof. Dr. **Franz Klein**, hat den Albert-Hensel-Preis 1983 für besondere wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet des Steuerrechts an Dipl.-Volkswirt **Manfred Schleiter** aus Bad Ems verliehen. Schleiter hat die steuerliche Belastung der Unternehmen in den letzten 20 Jahren untersucht und dabei festgestellt, daß in vielen Bereichen eine Verdoppelung dieser Belastung eingetreten ist.

*

Der mit 10 000 Mark dotierte Mülheimer Bürgerpreis wurde dem an der Gesamthochschule Essen lehrenden Künstler und Steinmetz **Wolfgang Liesen** (47) für seine Skulpturen verliehen.

WAHLEN

Der Münsteraner Lektor und Sprecherzieher **Jürgen Janning** (43) ist neuer Präsident der Europäischen Märchengesellschaft. Er wurde in Bad Karlshafen als Nachfolger von **Wolfdietrich Siegmund**, Teltge, gewählt. Die rund 2000 Mitglieder umfassende Europäische Märchengesellschaft veranstaltet alljährlich Treffen und Kurse, auf denen Märchen erzählt werden und künstlerisch gearbeitet wird.

*

Prof. Dr. **Hans Lenk**, Ordinarius für Philosophie an der Universität Karlsruhe und für Wirtschaftstheorie an der Europäischen Fakultät in Straßburg, wurde in die deutsche Unesco-Kommission berufen. Lenk war 1960 Olympia-Sieger im Ratzeburg-Achter.

GEBURTSTAG

Dipl.-Ing. **Max Dronsek**, Geschäftsführer bei der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB), Ottobrunn, wird am 29. September 60 Jahre alt.

TODESFALL

Otto Scheck, Senior-Chef des größten deutschen Sporthauses (über 600 Angestellte, Jahresumsatz: 100 Millionen), ist im Alter von 72 Jahren gestorben. Scheck hatte seine Firma 1946 in München gegründet.

D. Lindlau über das organisierte Verbrechen

Keine Angst vor Rache

Wann immer er auftritt, weht ein erfrischender Wind durch die Sendungen: Dagobert Lindlau. Der Chefreporter des Bayerischen Fernsehens, Jahrgang 1930, zählt nach Neigung, Können und Temperament zur raren Spezies der profilierten Solisten in seinem Beruf: Journalisten, die prüfen, ermitteln, recherchieren und herausfinden wollen, was wirklich passiert ist. Damit steht er im Gegensatz zur Mehrheit seiner Kollegen, die im allgemeinen den reinen, aber trägen Verlautbarungsjournalismus vorziehen, wie er von Parteien und Interessengruppen hierzulande gern publiziert wird. Dieser Lindlau ist auch noch ein TV-Freak, sein ganzes Herz hängt am Fernsehen.

Mit der Präzision eines Radargeräts ortet dieser leidenschaftliche Reporter die Stellen, an denen etwas

Sonderkommission Zitrone – ARD, 20.18 Uhr

„faul" ist. Sein heutiger Beitrag „Sonderkommission Zitrone", bei dem es um das organisierte Verbrechen in der Bundesrepublik geht, ist die Fortsetzung einer Sendung aus dem Jahre 1981, mit der Lindlau gemeinsam mit seinem Kollegen Hans Lechleitner versuchte, das Bewußtsein der Öffentlichkeit für diese neue und bedrohliche Erscheinungsform der Kriminalität zu wecken.

Das Echo damals war zwiespältig. Die einzelnen Polizeichefs der Länder und Städte wollten die Tatsache des organisierten Verbrechens einfach nicht wahrhaben. Lindlau: „Damals war es glatte Erkenntnisverweigerung der Polizei, aus welchen Gründen auch immer." Trotzdem wurde die Sendung vom Bund Deutscher Kriminalbeamter dafür ausgezeichnet, daß sie zum ersten Mal Wesen und Strukturen dieser Kriminalität einer breiten Öffentlichkeit sichtbar machte. Jetzt hat sich das Blatt etwas gewendet. Lindlau: „Das Tabu ist durchbrochen."

Mit seiner heutigen Sendung zeigt der Reporter die „unauffälligste, harmloseste Form des organisierten Verbrechens", nämlich Brandstiftungen in Niedersachsen. Es geht dabei um rund 80 Brandstiftungen in den letzten acht Jahren, um ein halbes Dutzend Tote und um knapp dreißig Haftbefehle in Niedersachsen und Sardinien. Opfer und Täter waren ausschließlich Italiener.

Entstehen konnte diese Dokumentation nur, weil die niedersächsische Polizei bereit war, mit dem Reporter zu kooperieren. Natürlich weiß auch er, Lindlau, daß alles, was sich illustrieren läßt, bevorzugt wird. „Da bei diesen riskanten Themen sich natürlich niemand hemmungslos vor die Kamera postieren wird, werden wieder die Kritiker mäkeln, die durch Krimis verwöhnt sind", stellt er kühl fest. Man spürt, hier ist ein unabhängiger Kopf am Werk, der sich seine Risikobereitschaft etwas kosten läßt.

Lindlau befürchtet, wenn man hierzulande nicht bald gegen das organisierte Verbrechen vorgeht, wenn man weiterhin diese nebenstaatliche Macht duldet, daß „in fünf Jahren in der Bundesrepublik amerikanische Verhältnisse herrschen". Lindlau: „Die Hemmnisse sind, daß man zwar viel weiß, daß man es aber nicht öffentlich sagen darf, und schon gar keine Verurteilungen zustande bringt. Wie ein Grauschleier liegt über allem, daß wir ideologisch festgefahren sind. Wenn ich jetzt sage, die Verbrecher sind Italiener, dann tönt sicher aus einer Ecke das Wort ‚Rassismus'. Aber die Opfer sind doch auch Italiener, nur daran denkt keiner." Was treibt ihn zu so riskanten Unternehmungen? Er antwortet eher leichthin und salopp, und doch wiegt die Antwort schwer: „Die Opfer müssen doch geschützt werden." – Angst vor Rache aus der Unterwelt hat er nicht, da gibt er sich locker. Lindlau ist nun mal kein grüblerischer Typ, der geduldig dicke Bretter bohrt.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Mut zum Risiko: Der Journalist Dagobert Lindlau FOTO: HEINZ WIESELER

KRITIK

Wo das Recht des Bürgers endet

Mit der Demonstrationsflut, die im Oktober über die Bundesrepublik rollen wird, stellt sich zugleich die besorgte Frage nach dem Landfrieden. Die geplante Änderung des Demonstrationsrechtes als ein Mittel gegen Gewalt kann in diesem Herbst nicht mehr wirksam werden. Für die streitenden Parteien und ihre Anhänger bot sich jedoch die ZDF-Dokumentation **Mitgegangen – Mitgefangen** zu diesem Thema gleichsam als Vorspiel zur Einbringung des Gesetzentwurfs Ende Oktober im Bundestag an.

Denjenigen, die eine Änderung des Paragraphen 125 als typisch deutschen Versuch betrachten, die Bereitschaft zu demonstrieren abzuwürgen, bot der Film auch einen Blick über die Grenzen. Frankreich kennt seit zweihundert Jahren das Strafmittel gegen Demonstranten, die eine gewalttätige Kundgebung nicht verlassen und durch ihr Verhalten für den Gewalttäter wie ein Schirm gegen die Polizei wirken.

Das Schweizer Bundesgericht hat sogar die Ansprüche an den demonstrierenden Bürger verschärft. Landfrieden stellt auch für die Bundesrepublik ein nicht nur von der Polizei zu schützendes Rechtsgut dar. Der Bürger muß wissen, wo sein Recht endet und die Verpflichtung besteht, eine gewalttätige Demonstration zu verlassen. Insofern steht das Demonstrationsrecht als Schranke da. An dieser Erkenntnis konnte jeder Zuschauer für sich die Frage der Sendung „Mitgegangen, mitgefangen?" beantworten.

WERNER KAHL

Frau Doktor als Betrügerin

Man könnte ja entschuldigend sagen, es sei nur ein Spiel, was sich Herbert Rosendorfer mit seinen **Steinbichler Geschichten** (ZDF) ausdachte. Aber auch in einem Spiel bleibt es dabei, daß zweimal zwei immer noch vier sind. Und wenn man denn eine Gaunerkomödie ersinnt, die im schlechten Gewissen der noch immer Vergangenheit bewältigenden Kleinstadtbürger ihren Nährboden hat, sollten die Fakten halbwegs stimmen – zumal sich der Autor ausdrücklich auf „Tatsachen" beruft.

Natürlich kann ein Nazi-Gauleiter aus der Kleinstadt stammen – selbst der „Führer" kam vom Dorf. Dagegen bleibt das Strafgesetzbuch in Kraft, der Polizeiapparat bleibt intakt und möglicherweise auch das Telefon, so daß das Autokennzeichen der Betrüger weitergegeben werden konnte. Und wenn, was die sich Dr. Miller nennende junge Dame da beging, keine Erpressung war: Betrug war es allemal. Rosendorfer verwechselt offenbar kleinstädtische Zustände mit mittelalterlichen.

Das trübte ein bißchen das Vergnügen am Bildschirmgeschehen, das Regisseur Zoltan Pataky recht lebendig in Szene gesetzt hatte. Daß dabei gelegentlich die Ufa-Dramaturgie Pate stand oder daß das Hin und Her zwischen Hotel hie und Friseursalon da ein vergleichsweise schlichtes Strickmuster war, ist ein Einwand, der nicht sticht. Jedoch bemerkt man mit Erstaunen, daß der Ungeist der braunen Jahre inzwischen ein Komödienthema ist.

KATHRIN BERGMANN

Dann doch lieber mit Untertiteln

Eine prinzipielle Frage vorweg: Sollte das Fernsehen bei diesem ausgesprochenen Minderheitenprogramm, das Filme aus der Dritten Welt, ausgestrahlt dazu noch zu später Stunde, doch sind, nicht auf eine Synchronisation verzichten und lieber mit Untertiteln arbeiten? An manchem würde man sich dann vielleicht nicht so stoßen, an der übertriebenen Gestik der Schauspieler, am Pathos der Dialoge, an der Melodramatik der Handlung. **Porträt des Künstlers als Filipino** (ZDF), Auftakt zu einer Reihe philippinischer Filme, war jedenfalls wieder einmal ein Beispiel dafür, wie durch eine nicht sonderlich gute Synchronisation der Eindruck von Fremdheit noch verstärkt werden kann.

Dem Grundthema nach war es eine schwarze Geschichte: ein Blick in die Innenwelt dreier Menschen, die durch ein Geflecht von Haß und Liebe zusammengehalten werden, und konsequenterweise verließ die Kamera auch kaum ihr Haus. Das wirkte oft beklemmend, dann aber auch immer wieder übertrieben. Daß man nun allerdings auch einen Blick auf die philippinische Gesellschaft am Vorabend des Zweiten Weltkriegs getan hat, wie vom ZDF versprochen, darf wohl bezweifelt werden. In seiner starken Formelhaftigkeit hätte der Film auch in den amerikanischen Südstaaten um 1870 angesiedelt sein können. Wie ohnehin Hollywood immer wieder grüßen ließ.

SVEN HANSEN

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.03 Fußball-Europapokal
1. Runde – Rückspiele
11.25 Bilder aus der Wissenschaft
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Wendepunkte
So änderte sich mein Leben
17.00 Matt und Jenny
13. Teil: Gauner gegen Gauner, 1. Runde
17.25 Träume, die keine blieben
Im Dezember 1938 gelang Otto Hahn gemeinsam mit Fritz Straßmann der Nachweis einer Uran-Kernspaltung. Der Menschheit war damit ein „neues Feuer" in die Hand gegeben. Das schloß nahezu unbegrenzte friedliche Möglichkeiten für die Zukunft ein, aber auch die Gefahr der Vernichtung alles Lebens auf dieser Erde. Während seiner Internierung 1945 in England erfuhr er durch das Radio vom Abwurf der beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, aber auch, daß ihm der Nobelpreis verliehen worden war. Der Preis ehrte die wissenschaftliche Entdeckung, nicht ihren Mißbrauch – wie Hahn es nannte – als Waffe. Hahn hat zu keiner Zeit an der Entwicklung von Atomwaffen teilgenommen.
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
Anschl.: Der 7. Sinn
20.18 Sonderkommission Zitrone
Recherchen zum organisierten Verbrechen.
Von Dagobert Lindlau
21.15 Talentschuppen
22.00 Souvenirs, Souvenirs
Ausgesucht von Chris Howland
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Wahlverwandtschaften
Nach Johann Wolfgang von Goethe
Mit Helmut Griem, Stephane Audran, u. a.
Regie: Claude Chabrol
01.00 Tagesschau

ZDF

15.57 ZDF – Ihr Programm
16.00 heute
16.04 Warum verstehen wir uns nicht?
3. Teil: Ich und die Familie
In der dritten Folge geht es darum, wie bestimmte Verhaltensweisen oft über Generationen weitergegeben werden.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Flohmarkt
Der Babysitter
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Der Paragraphenwirt
Schwein gehabt
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Lieder sind die besten Freunde
Die schönsten Melodien von Ralph Siegel
21.00 heute-Journal
21.20 Kennzeichen D
Die besonderen Beziehungen des Berthold Beitz: Der Krupp-Aufsichtsrats-Chef erhielt in Greifswald, „DDR", die Ehrendoktorwürde der Medizin / Von A wie Ausreise bis Z wie Zusammenarbeit: „DDR"-Kirchen diskutieren über inneren und äußeren Frieden in Ost und West / Der Amtsschimmel als Scheidungsgrund – ein großes Haus in neuem Glanz; das Deutsche Theater feiert nach seiner Renovierung das 200jährige Bestehen.
Moderation: Joachim Jauer
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Weht die Angst, so weht der Wind
Buch und Regie: Manfred Kaufmann
23.30 Filmforum
Zwischen den Bildern
3. Teil: Über die Trägheit der Wahrnehmung
00.30 heute



Pascale Reynaud als Ottilie und Helmut Griem als Eduard in Claude Chabrols Goethe-Verfilmung „Die Wahlverwandtschaften" (ARD, 23.00 Uhr) FOTO: KINDERMANN

III.

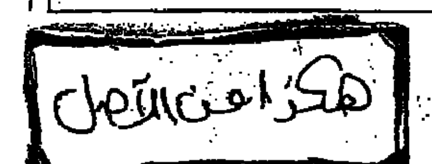
WEST
18.00 Telekolleg
Physik (28)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die unvergeßliche Nacht
Amerikan. Spielfilm (1940)
Regie: Mitchell Leisen
21.45 Billiges Bauen
Bericht von Berthold Krähling mit Beispielen aus NRW und Holland.
22.15 Köpfe der Geschichte
Grigorij Rasputin
23.00 Leinen los . . .
Die „Aktuelle Stunde" unterwegs auf den Wasserstraßen von NRW
24.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Aerobic – Fitness mit Vernunft (2)
18.45 Follow me
19.15 Arbeitsmarkt
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Der Hammel mit den fünf Beinen
Französ. Spielfilm (1954)
Regie: Henri Verneuil
21.45 Bücherjournal
22.40 Jazz Fest Berlin 1982
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Urmel aus dem Eis (2)
19.00 Vier fröhliche Frechdachse
19.10 Ogalusa, ein weißer Jäger
19.15 Die ersten Menschen (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Der Major und das Mädchen
Amerikan. Spielfilm (1942)
Regie: Billy Wilder
21.50 Drei aktuell
22.05 Kulturkalender
22.35 Kinowerkstatt
23.35 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.30 Telekolleg
Für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Vor der Premiere
20.00 Die Perser von Aischylos
Inszenierung: Hansgünther Heyme
22.00 Sport unter der Lupe

BAYERN
18.15 Avanti! Avanti!
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Nachsaison
Komödie von Herbert Asmodi
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend . . .
ARD-Talkshow mit J. Fuchsberger
Als Gast: Hardy Krüger
21.45 Sperrfrist
23.15 Rundschau



NACHRICHTEN

Beckenbauer kritisiert

Hamburg (DW.) – Franz Beckenbauer (38) hat vor dem Länderspiel gegen Österreich am 5. Oktober Kritik an der Nationalelf geübt. In einem Interview mit der neuen Freizeit- und Fernseh-Illustrierten „Bildwoche" sagte er: „Da hat keiner mehr Traute. Da will niemand den Ball haben, geschweige denn Verantwortung übernehmen."

Neuer Gewichtheber-Star

Sydney (sid) – Der 23 Jahre alte australische Gewichtheber Dean Lukin erreichte in Sydney im Zweikampf des Superschwergewichts 387,5 (165–222,5) kg. In einem zusätzlichen Versuch des Stoßens schaffte er 227,5 kg.

Original im Fernsehen

London (dpa) – Das Meisterschaftsspiel Tottenham Hotspurs gegen Nottingham Forest wird im englischen Fernsehen ITV am Sonntag original übertragen. Originalübertragungen von Ligaspielen hatte es vorher nicht gegeben. Jeden Tag wird für das Spiel mit einem Werbespot geworben.

Rondeau in Konkurs

Le Mans (sad) – Der Automobil-Konstrukteur Jean Rondeau, der 1980 gemeinsam mit Jean-Claude Jaussaud auf einem Rondeau das 24-Stunden-Rennen von Le Mans gewann, hat den Konkurs seiner Firma Automobiles Jean Rondeau angemeldet.

Kingscup in Essen

Düsseldorf (sid) – Die inoffizielle Hallentennis-Mannschafts-Europameisterschaft um den Kingscup findet vom 16. bis 22. Januar in der Essener Grugahalle statt.

Hinault: Dreijahresvertrag

Paris (sid) – Der französische Radsport-Profi Bernard Hinault unterschrieb einen Dreijahres-Vertrag bei dem Rennstall des französischen Industriellen Bernard Tapie. Hinault fährt für ein jährliches Salär von 3,2 Millionen Mark. Der Dortmunder Ralf Hofeditz soll einer der Wasserträger des Ex-Weltmeisters werden.

Willi Weyers Kritik

Köln (sid) – Heftige Kritik an der Justiz, die kürzlich in einem Lärmschutz-Urteil die Benutzung von Sportplätzen in Wohngebieten eingeschränkt hat, übte Willi Weyer, der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB).

Sieg für Hanika

Hartford (sid) – Der Münchnerin Sylvia Hanika gelang zum Auftakt des mit 150 000 Dollar dotierten Damen-Tennisturniers in Hartford (US-Bundesstaat Connecticut) ein 6:3-, 6:1-Sieg über die Schweizerin Lilian Drescher.

Interkontinental-Lauf

Istanbul (sid) – Der erste Interkontinental-Marathonlauf wird am 30. Oktober in Istanbul stattfinden. Der internationale Wettbewerb beginnt auf der europäischen Seite am Goldenen Horn und führt dann über die Bosporus-Brücke nach Kleinasien.

ZAHLEN

FUSSBALL

UEFA-Pokal, 1. Runde Rückspiele: Inter Preßburg – Rabat Ajax 6:0 (2:0), Antwerpen – FC Zürich 4:2 (0:0), St. Gallen – Radnicki Nisch 1:2 (0:0); **Pokal der Pokalsieger, 1. Runde, Rückspiele:** Avenir Beggen/Luxemburg – Servette Genf 1:5 (0:2), Dukla Prag – Manchester United 2:2 (1:1); **Freundschaftsspiel:** Wuppertal – Uerdingen 0:3 (0:3).

HANDBALL

Freundschaftsspiel: Saarlouis-Lisdorf – China 24:29 (13:13).

BASKETBALL

Europacup, 1. Runde Hinspiel: BSC Köln – Achilles Nikosia 162:44 (79:18); **Bundesliga, Herren:** Bayreuth – Göttingen 53:86 (24:44).

1. ASC Göttingen	3	3	0	0	6:0
2. BSC Köln	2	2	0	0	4:0
3. DTV Charlottenburg	2	2	0	0	4:0
4. SSV Hagen	3	2	0	1	4:2
5. MTV Wolfenbüttel	2	1	0	1	2:2
6. MTV Gießen	2	1	0	1	2:2
7. TuS 04 Leverkusen	2	1	0	1	2:2
8. USC Heidelberg	2	0	0	2	0:4
9. BC Giants Osnabrück	3	0	0	3	0:6
10. USC Bayreuth	3	0	0	3	0:6

GALOPP / Orofino – ein deutscher Außenseiter beim Prix de l'Arc de Triomphe

Der Trainer ist dagegen, doch die Besitzerin will nach Paris

KLAUS GÖNTZSCHE, **Paris**

„Jeder vernünftige Mensch muß einsehen, daß Orofino am Sonntag vor eine kaum lösbare Aufgabe gestellt wird. Es muß schon ein Wunder geschehen, wenn er weit vorn landen sollte." So beurteilt Galopptrainer Sven von Mitzlaff (69) aus Köln die Chancen des fünfjährigen Hengstes Orofino, der in drei Tagen mit Jockey Peter Alafi (47) im Sattel im sportlich wertvollsten Galopprennen der Welt, dem 63. Prix de l'Arc de Triomphe in Paris-Longchamp, an den Start geht. An den internationalen Wettbörsen wird Orofino zu einem Kurs von etwa 330:10 gehandelt. Damit ist er einer der Außenseiter. Trainer Sven von Mitzlaff sagt dazu: „1968 habe ich für Jockey Ossi Langner den Australier Ron Hutchinson verpflichtet. Ich dachte, der hätte mehr internationale Erfahrung als Langner. Aber er hat in Paris alles falsch gemacht, Luciano ist nur 11. geworden."

Sven von Mitzlaff sagt jedoch auch: „Aber 1975 ist ja eine Art Wunder geschehen, denn mit dem Sieg von Star Appeal hatte auch niemand gerechnet, obwohl er zuvor immerhin die Eclipse-Stakes in England gewonnen hatte. Aber in Deutschland konnte er kein Rennen der Europa-Gruppe I-Güte gewinnen."

Orofino ist in den letzten Monaten zweimal in Frankreich geritten worden. Im Prix Dollar von Paris-Longchamp belegte er hinter Welsh Terme den zweiten Platz, im Grand Prix von Deauville kam er hinter Zalataia und Dom Pasquini als Dritter ins Ziel. Das waren keine schlechten Leistungen, aber für eine Favoritenrolle im reichen Prix de l'Arc de Triomphe reichen sie nicht aus. Die beiden Sieger aus diesen Rennen zählen schließlich auch nur zum Kreis der Außenseiter.

Hauptgrund für den Start des deutschen Grand-Prix-Stars ist der Wunsch von Besitzerin Hela Bresges, den internationalen Wert des Hengstes zu steigern. Immer wieder hat es Verhandlungen über einen Transfer ins Ausland gegeben, auch zur Zeit laufen noch Gespräche. Eine gute Leistung in Longchamp würde Orofinos Wert erheblich steigern. Sven von Mitzlaff dazu: „Ich respektiere den Wunsch von Frau Bresges. Schließlich gehört das Pferd ihr und nicht mir."

Womit der Trainer von sieben Derbysiegern wohl auch sagen, will, daß ein Orofino-Besitzer Sven von Mitzlaff die Reise nach Longchamp nicht antreten würde, zumindest nicht mit Orofino. In den letzten beiden Jahren geriet Orofino auch meist in eine sogenannte Herbstkrise. Das scheint aber diesmal nicht der Fall zu sein. Am Montag hat er seinen Abschlußgalopp für Paris absolviert. Mitzlaff sagte danach: „Er wirkte durchaus frisch." So hat ihn der Trainer sogar noch für den Gran Premio del Jokkey-Club von Mailand gemeldet, den vor drei Jahren Stall Moritzbergs Pawiment gewonnen hat. 1981 siegte dort auch Orofinos Stallgefährte Königsstuhl. Im Preis von Europa am 9. Oktober in Köln wird Orofino aber nicht dabei sein. Einen Doppelstart in Paris und Köln innerhalb von einer Woche versuchte 1980 bereits Nebos. Nach dem guten fünften Platz in Paris lief er als Dritter hinter Pawiment und Ihausli in Köln dann enttäuschend.

Der Prix de l'Arc de Triomphe, seit dem Vorjahr vom englischen Hotelkonzern Trusthouse Forte (800 Hotels, 3000 Restaurants) mit rund 400 000 Mark gesponsert (insgesamt sind 1,4 Millionen Mark zu gewinnen, der Besitzer des Siegers kassiert ca. 800 000 Mark), entwickelte sich zu einer für viele Experten merkwürdigen Domäne der Stuten. In den letzten zehn Jahren gewannen die Stuten sechsmal (1974 Allez France, 1976 Ivanjica, 1979 Three Troikas, 1980 Detroit, 1981 Gold River und 1982 Akiyda). Im Vorjahr belegten sogar vier Stuten die vier ersten Plätze.

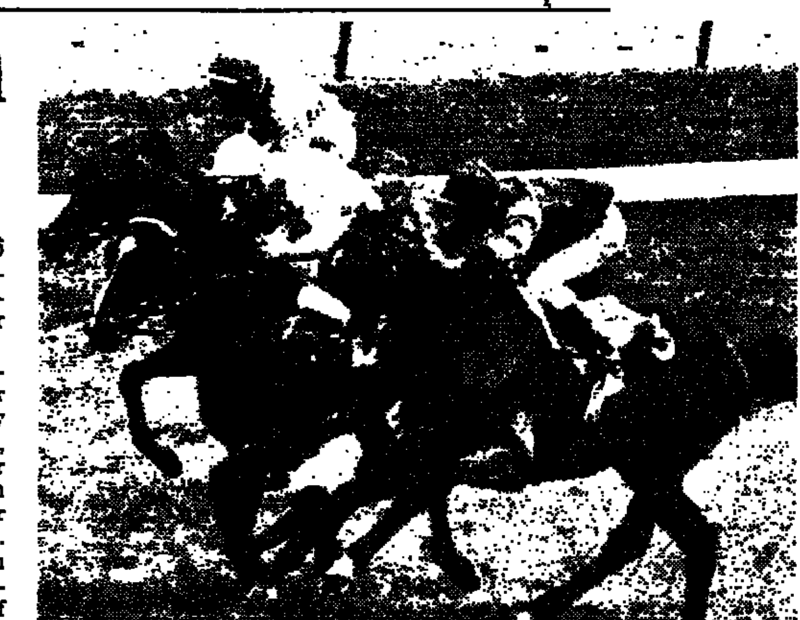
Auch am Sonntag sind wieder Stuten deutlich favorisiert: Time Charter mit dem englischen Jockey Billy Newnes (23), Sun Princess, Sharaya, All Along und Awaasif. Als erster Hengst taucht Diamond Shoal in den Wettmärkten auf, das ist der Sieger des Großen Preises von Baden (Grp. I). Dort gewann er vor Abary, der im Großen Preis von Berlin in Düsseldorf völlig überraschend Orofino auf den zweiten Platz verwies.

Ein Riesenspektakel gab es hinter den Kulissen um den Ritt des mittlerweile schon legendären Lester Piggott, 47. (Sieger 1973 mit Rheingold, und 1977 und 1978 mit Alleged) im 63. Prix de l'Arc de Triomphe. Angeblich soll er dem Pariser Kunsthändler Daniel Wildenstein fest zugesagt haben, dessen Stute All Along zu reiten. Piggott dementierte dies und entschied sich für Awaasif. Wildenstein erklärte zornig: „Der reitet nie mehr ein Pferd für mich."

Übrigens: Die Ursachen für die Siegesserie der Stuten sind vielfältig. In Frankreich ist es fast die Regel, daß man sie auch vierjährig noch im Rennstall hält, was in Deutschland keineswegs üblich ist. Zudem verleitet die Terminplanung hierzulande dazu, durch eine Serie von Stutenrennen den Vergleich mit den Hengsten kaum wahrzunehmen.

In Frankreich und England erhalten jedoch die Stuten im Sommer oft Rennpausen und werden dann gezielt auf die großen Veranstaltungen vorbereitet.

Doch immer wieder tauchen auch Gerüchte über angebliche Dopingbehandlungen auf. Beweise hierfür fehlen allerdings fast gänzlich ...



Orofino in Paris (innen): Dritter beim Prix Dollar
FOTO: BERTRAND-CHANTILLY

1 091 425 Mark

Orofino wurde am 7. März 1978 im Gestüt Zoppenbroich in Mönchengladbach geboren. Bei 18 Starts gab es 12 Siege. Viermal war er Zweiter, Dritter, einmal Vierter. Gewinnsumme: 1 091 4525 Mark. Orofino war Sieger im Deutschen Derby, im Großen Preis von Berlin, im Aral-Pokal, im Henckel-Rennen, im Union-Rennen, im Hansa-Preis (2), im Großen Preis von Düsseldorf und im Gerling-Preis (2).

Star Appeals Sieg

Das waren die bisherigen deutschen Starter im Prix de l'Arc de Triomphe. **1928:** Oleander (Fünfter); **1929:** Oleander (Dritter); **1937:** Sturmvogel (Fünfter); **1968:** Luciano (Elfter); **1973:** Star Appeal (Dreizehnter); **1975:** Star Appeal (Sieger), Vivi (Vierzehnte); **1978:** Lido (Zehnter); **1979:** Pawiment (Neunter); **1980:** Nebos (Fünfter).

Die zwanzig erfolgreichsten Pferde

Das sind die zwanzig erfolgreichsten in Deutschland trainierten Pferde aller Zeiten:

	Gewinnsumme
1. Star Appeal (1970)	1 493 413 Mark
2. Windwurf 1972)	1 315 640 Mark
3. Nebos (1976)	1 265 955 Mark
4. Lombard (1967)	1 135 000 Mark
5. Orofino (1978)	1 091 425 Mark
6. Königsstuhl (1976)	1 028 125 Mark
7. Pawiment (Pole/1974)	933 993 Mark
8. Athenagoras (1970)	840 740 Mark
9. Marduk (1971)	775 500 Mark
10. Cortez (1965)	741 980 Mark
11. Ataxerxes (1977)	674 744 Mark
12. Stuyvesant (1973)	658 500 Mark
13. Lord Udo (1971)	616 900 Mark
14. Wauthi (1977)	608 966 Mark
15. Esclavo (1976)	597 950 Mark
16. Luciano (1964)	595 800 Mark
17. Arratos (1969)	594 720 Mark
18. Oleander (1924)	580 950 Mark
19. Kronenkranich (1972)	550 490 Mark
20. Prince Ippi (1969)	549 810 Mark

Kampf der Motorradfahrer: Verleumdung und Erpressung

Vor zwei Tagen hat ein Konkurrent von ihm bei der Obersten Motorsportbehörde in Frankfurt angerufen und behauptet, Gustav Reiner sei daheim zusammengebrochen und dann mit einem Notarztwagen ins nächste Krankenhaus gebracht worden. Die Behörde, so der Anrufer, solle doch alles Erdenkliche tun, um Reiner den Start beim Finale um die Deutsche Motorrad-Meisterschaft am Wochenende in Hockenheim zu verhindern. Ein anderer Konkurrent telefonierte dieser Tage mit dem Hausarzt des Bietigheimers. Inhalt des Gesprächs: Der Arzt solle sich davor hüten, Reiners eine Rennerlaubnis zu erteilen. Würde das dennoch geschehen, müsse zwangsläufig der gute Name des Arztes in Mitleidenschaft gezogen.

Das alles erfüllt beinahe den Tatbestand der Verleumdung, der üblen Nachrede und Erpressung. Denn nichts von alledem stimmt. Zwar ist Gustav Reiner vor zehn Tagen auf der Berliner Avus schwer gestürzt, doch er sagt: „Ich habe einige Prellungen davongetragen. Nicht mehr und nicht weniger." Er sagt aber auch: „Einige Leute sind daran interessiert, daß ich in Hockenheim nicht fahre. Darin sehen sie ihre Chance."

Gustav Reiner führt in der Klasse bis 500 ccm derzeit die Wertung der Deutschen Meisterschaft an. Das letzte Rennen könnte ihm also den Titel bringen. Mehr noch: Es wäre schon deshalb notwendig, in Hockenheim dabei zu sein, um den Sponsoren zu imponieren. „Vergessen ist man schnell", sagt der Rennfahrer, der vom Rennen abgehalten werden soll.

Zwölf tödliche Unfälle hat es in diesem Jahr im Motorrad-Rennsport gegeben, außerdem eine große Zahl schwerer Stürze. Was jetzt aber im Falle Reiner passiert, wirft ein ganz besonderes Schlaglicht auf diese Branche. Im Kampf um Titel und Tantiemen, im Gerangel um die Gunst der Zuschauer und um's Geld der Sponsoren werden gestürzten Fahrern nun sogar Unfallfolgen angedichtet, die nie entstanden sind. Reiner sagt dazu: „Mir wird das alles zu viel. Ich weiß nicht, ob ich diesen Nervenkrieg überhaupt durchhalte."

„Kamikaze-Gustel" nennen sie Reiner in der Branche. Denn so oft wie er ist kaum einer gestürzt. Doch auf den Kopf gefallen ist der Mann aus Bietigheim keinesfalls. So hat er denn auch mehr Angst vor dem Intrigenspiel hinter den Kulissen als vor einem Rennen mit einer Geschwindigkeit von 300 Kilometern in der Stunde. Denn gegen Intrigenspiele ist er machtlos.

K. Bl.

STAND PUNKT

TENNIS / Vor der Daviscup-Begegnung gegen die Schweiz in Freiburg

30 000 Mark Prämie für den Aufstieg. Sinnvolle Belohnung oder Unvernunft?

H.-J. POHMANN, **Freiburg**

Über zwölf Monate hinweg mußten sie, ob Spieler oder Funktionäre, mit der Zweitklassigkeit leben. Wenn morgen um 11.30 Uhr in Freiburg das Finale der Daviscup-Europazone A zwischen der deutschen Mannschaft und der Schweiz beginnt, stehen sie alle auf dem Prüfstand. In Freiburg wird es sich zeigen, ob der mitgliederstärkste Verband der Welt, der Deutsche Tennis-Bund (DTB), mit seinen zahlreichen Bundestrainern und Theoretikern den richtigen Weg gegangen ist, um den Aufstieg in die Gruppe der 16 Weltbesten zu schaffen. Hier erwartet die Spieler nach einem Trainingsspiel gegen die Belgier (5:0) und einem knappen 3:2-Sieg in Israel die Bewährungsprobe.

Nüchterne Zahlen sprechen dabei für sich. Da steht unter den 100 besten Profis der Welt lediglich der Hamburger Michael Westphal als bester Deutscher an 88. Stelle. Danach folgen Andreas Maurer und Damir Keretic, die auf Rang 107 und 126 plaziert sind. Legt man internationale Maßstäbe an, so sind die beiden fast nicht mehr zweitklassig. Coach Nikola Pilic sieht die Ausgangsposition denn auch so: „Auf dem Papier sind wir klare Außenseiter, vielleicht hilft uns der Heimvorteil."

Mit Heinz Günthardt (36. der Weltrangliste) und dem voraussichtlichen zweiten Einzelspieler Roland Stadler (87. der Weltrangliste) präsentieren die Schweizer zwei Spieler, die auf der Computerrangliste besser als die Deutschen stehen. So wird im deutschen Team fleißig spekuliert und diskutiert, wer denn nun die für den Sieg notwendigen drei Punkte gewinnen soll. Die Hauptlast liegt dabei auf dem 18 Jahre alten Michael Westphal, der schon in Israel seine beiden Einzel gewann. Mittlerweile hat sich Westphal spielerisch so weit entwikkelt, daß er die unangefochtene Nummer eins im Verband ist. Dennoch sollten sich die Funktionäre davor hüten, dieses Talent unter einen zu großen Druck zu stellen.

Anders ist die Situation um Damir Keretic, den zweiten deutschen Einzelspieler. Für den 23 Jahre alten Stuttgarter ist ein Sieg unbedingt erforderlich, denn seine Kritiker warten nur darauf, daß Keretic sang- und klanglos verliert. Mal wird Keretic vorgeworfen, daß er ebenso wie Pilic aus Jugoslawien stammt und nur deshalb in der Mannschaft steht. Ein anderes Mal wird seine übergroße Nervosität bemängelt. Der zweite Vorwurf ist angebrachter, der Auftritt Keretics im Finale der Deutschen Meisterschaften war dafür symptomatisch. Da jammerte er nach jedem verschlagenen Ball, bemitleidete sich und die Welt, schimpfte ständig. Hier muß Pilic die Hebel ansetzen.

Wie so oft im Daviscup spielt auch in Freiburg das Doppel die entscheidende Rolle. Mit den deutschen Meistern Maurer/Popp schickt der Deutsche Tennis-Bund zwei grundsolide Spieler auf den Platz. Den beiden fehlt jedoch das Außergewöhnliche, um international in der Spitze mitspielen zu können. Gegen die Gebrüder Heinz und Mark Günthardt würde das deutsche Team seine Leistungsgrenze streifen, um einen wichtigen Punkt zu erringen.

Die äußeren Umstände für einen Erfolg sind gegeben. – Da signalisierte das Freiburger Wetteramt ideales Tennis-Wetter für den Freitag bei einem Sonnenuntergang um 18.11 Uhr. So wird man, obschon über „best of five" (Drei Gewinnsätze) gespielt wird, um die für dieses Jahreszeit obligatorischen Abbruchspiele herumkommen.

Für eine weitere Motivation, um erstklassig zu werden, hat der DTB gesorgt, indem er die ursprüngliche solide Prämienregelung über den Haufen warf. „Wir wollen den Spielern in dieser Situation einen gewissen Anreiz geben", sagte Sportdirektor Günter Sanders dazu. 5000 Mark erhalten die Spieler als Garantie, 2500 Mark für jedes Spiel und von 5000 auf 10 000 Mark wurde sogar die Siegprämie für jedes Match verdoppelt. Als Belohnung für einen Gesamterfolg gibt es obendrein 30 000 Mark, die zu gleichen Teilen in der Mannschaft aufgeteilt werden. Fragt sich nur, wem diese Regelung, außer dem Bankkonto der Spieler, nutzen soll? Denn mit dem neuen Angebot werden sich die Funktionäre erneut in die Hände der Spieler begeben. Warum also bleibt man nicht bei einer vernünftigen Linie?

OLYMPIA

Es wächst die Angst vor einem Boykott der UdSSR

MARLENE CIMONS, **Los Angeles**

Um der antisowjetischen Stimmung zu begegnen, die eine Teilnahme der UdSSR an den olympischen Sommerspielen 1984 in Los Angeles zunehmend in Frage stellt, ist der Präsident des olympischen Organisationskomitees (LAOOC), Peter Ueberroth, nach Washington gereist. Dort führte er auch Gespräche mit dem Präsidentenberater Michael K. Deaver, dem Sprecher des Repräsentantenhauses, Thomas P. O'Neill, und dem Führer der demokratischen Mehrheit, Jim Wright.

„Es ist sehr wichtig, daran zu erinnern, daß die Olympischen Spiele nicht den USA gehören", erklärte Ueberroth nach den Gesprächen. „Die Spiele sind vom IOC nach Los Angeles unter der Bedingung vergeben worden, alle zugelassenen Länder einzuladen." Inzwischen habe das LAOOC alle 153 vom IOC anerkannten Nationalen Olympischen Komitees (NOK) eingeladen, darunter selbstverständlich auch das NOK der UdSSR.

Die Parlamente von Kalifornien haben Präsident Reagan wegen des Abschusses eines südkoreanischen Passagierflugzeugs ersucht, die sowjetischen Sportler auszuladen. Als Folge der antisowjetischen Stimmung in den USA haben fünf Geschäftsleute aus Südkalifornien und zwei in Korea geborene Amerikaner mit einer Unterschriftenaktion gegen die sowjetische Olympiateilnahme begonnen. Ziel ist es, mit mehr als einer Million Unterschriften eine Petition einzubringen und damit Reagan zu zwingen, die Sowjets im nächsten Jahr nicht ins Land zu lassen.

Ohne ihr sowjetisches Mitglied ist inzwischen in Los Angeles eine Delegation der Vereinigung der osteuropäischen Fernsehanstalten (Intervision) eingetroffen, um mit dem Organisationskomitee der Olympiastadt 1984 den Vertrag für die Übertragungsrechte auszuarbeiten. LAOOC-Präsident Peter Ueberroth hatte Anfang August in Moskau mit der Intervision eine grundsätzliche Übereinstimmung erzielt und dafür einen Preis von umgerechnet drei Millionen Dollar ausgehandelt.

AMERICA'S CUP

In 90 Minuten 720 Flaschen Sekt verkauft

dpa, **Sydney**

Mit einem Volksfest will die Stadt Sydney in der nächsten Woche die Mannschaft empfangen, die vor Newport die Liberty der USA schlug und mit der Australia II zum ersten Male in der 132jährigen Geschichte des America's Cup die begehrteste Segeltrophäe nach Australien holte. „Es wird das größte Fest sein, das es je in unserer Stadt gegeben hat", kündigte der Bürgermeister von Sydney, Doug Sutherland, auf einer Pressekonferenz an.

Gestern veröffentlichten die Zeitungen in Australien eine bemerkenswerte Bilanz der Feiern im ganzen Land. Danach habe es am Dienstag in fast allen Geschäften in Australien keinen Champagner mehr gegeben. Allein ein Geschäft in Sydney habe innerhalb von 90 Minuten 720 Flaschen verkauft. In Melbourne feierten 5000 Menschen den Segel-Sieg so überschwenglich, daß 25 Betrunkene in polizeilichen Gewahrsam genommen werden mußten.

Inzwischen steht bereits fest, daß die nächsten Regatten um den America's Cup 1987 auf einem Kurs zehn Meilen südlich von Perth stattfinden werden. Wie bekannt wurde, liegen schon Herausforderungen aus Deutschland, Neuseeland, Japan, Kanada, Schweden, Frankreich, England, Italien und den USA vor. Australien will mit drei Yachten teilnehmen.

Gegner in Libanon bilden Zentrum für Waffenruhe

rtr/AFP, Beirut

Die zur Überwachung des Waffenstillstands in Libanon eingesetzte Militärkommission hat sich gestern auf die Einrichtung eines gemeinsamen Operationszentrums geeinigt, meldete Radio Beirut. Dadurch wolle diese gemeinsame Militärkommission „über die Entwicklungen auf dem laufenden bleiben, um den Waffenstillstand zu stabilisieren". Neben der Kommission sollen nach amtlichen libanesischen Angaben 600 neutrale Beobachter die Einhaltung der Waffenruhe überwachen.

Der Kommission gehören Vertreter der libanesischen Armee, der Drusen, der Christen-Milizen und der Schiitenbewegung „Amal" an. Auf der Tagesordnung standen auch der Abzug der Palästinenser aus dem Gebirge und das Vorrücken der libanesischen Armee auf der Küstenstraße von Beirut bis zur Awali-Linie und auf den ersten 30 Kilometern der Straße von Beirut nach Damaskus. Am Dienstagabend hatte es noch Artillerieduelle zwischen Drusen und Christen gegeben. In den südlichen Vororten Beiruts kam es zu Schußwechseln.

Neue Gespräche China–UdSSR

dpa, Peking

China und die Sowjetunion wollen die Gespräche über eine Verbesserung ihrer Beziehungen am 6. Oktober in Peking fortsetzen, wurde gestern von einem Regierungssprecher in der chinesischen Hauptstadt angekündigt. Es ist die dritte Runde der chinesisch-sowjetischen Konsultationen, die vor einem Jahr begonnen haben.

Mitte dieses Monats hatte bereits der sowjetische Vize-Außenminister Michail Kapiza in Peking Gespräche über bilaterale Fragen und über die weltpolitische Lage geführt. China macht eine Normalisierung der Beziehungen zu Moskau davon abhängig, daß die Sowjetunion ihre Unterstützung für Vietnam bei der Besetzung Kambodschas aufgibt, ihre Soldaten aus Afghanistan abzieht und die Truppen an Chinas Grenze reduziert.

DAG-Vorsitzender im Amt bestätigt

rtr, Hamburg

Mit einer deutlichen Mehrheit ist auf dem 13. Bundeskongreß der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) deren Vorsitzender Hermann Brandt für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Brandt erhielt in Hamburg 177 Ja- und 21 Nein-Stimmen. Sechs Delegierte enthielten sich der Stimme. Zu seinen Stellvertretern wurden Roland Issen und Walter Quartier gewählt. Issen gab anschließend vor der Presse der Einführung der 35-Stunden-Woche den Vorzug vor einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

Die DAG sei sich darüber im klaren, daß die Forderung nach der 35-Stunden-Woche nicht ohne Auswirkung auf den Verteilungsspielraum bleiben werde. Es dürfe auf keinen Fall eine Einkommensreduzierung damit verbunden sein.

Stoiber: ‚DDR-Kredit hat sich schon jetzt gelohnt'

Weitere Erwartungen an Ost-Berlin / WELT-Gespräch

PETER SCHMALZ, München

Der von Franz Josef Strauß „eingefädelte" Milliardenkredit an die „DDR" wird nach Ansicht des Leiters der bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, schon bald als ein Meilenstein in den deutsch-deutschen Beziehungen gewürdigt werden. „Das werden auch die Kritiker in den eigenen Reihen anerkennen müssen", erklärte Stoiber in einem Gespräch mit der WELT. Schon jetzt habe sich der Kredit gelohnt. Der CSU-Politiker räumte jedoch ein, daß die bisherigen Gegenleistungen der „DDR" nicht ausreichend seien. Stoiber: „Wir erhoffen und erwarten noch mehr."

Der Strauß-Vertraute warnte aber vor zu hoch gesteckten Hoffnungen: „Ich glaube, daß die mancherorts gehegten Erwartungen ein bißchen irreal sind. Denn wir müssen doch auch sehen, daß die DDR bei diesem Bankgeschäft nichts geschenkt bekommt und sogar einen relativ satten Zinssatz zahlt."

Als ein „wesentliches Stück" bezeichnet Stoiber den begonnenen Abbau von Todesautomaten an der innerdeutschen Grenze. Die „DDR" sei offenbar zu der Enkenntnis gekommen, daß sie Leistungen der Bundesrepublik Deutschland nur erhalten könne, „wenn sie innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu substanziellen Gegenleistungen bereit ist". Auch Erleichterungen beim Zwangsumtausch seien ein wichtiger Schritt, die CSU erwarte hier jedoch noch mehr.

Stoiber plädierte für eine flexible Haltung gegenüber der „DDR": Die Bundesrepublik Deutschland solle ihre Maximalforderungen wie etwa die Aufhebung des Schießbefehls nicht aufgeben, dürfe ihre Verhandlungsposition aber nicht darauf verengen. „Die DDR kennt unsere Forderungen", meint Stoiber, „aber wir müssen doch auch sehen, daß auf breiter Ebene Erfolge erzielt werden, die bisher nicht möglich waren." Der bayerische Staatssekretär erwähnte in diesem Zusammenhang zwei Bereiche: Eine Reihe von „DDR"-Häftlingen, die bisher als aussichtslose Fälle gegolten hätten, seien inzwischen im Westen, und seit Jahren blockierte Gespräche über Umweltschutz hätten bereits zu ersten konkreten Ergebnissen geführt. Stoiber: „Wir müssen anerkennen, daß hier etwas in Bewegung gekommen ist."

Zur Frage nach weiteren Kreditwünschen der „DDR" erklärte der Politiker, ihm seien konkrete Anfragen nicht bekannt, man wisse aber, daß die „DDR" durch eine Reihe von Schulden, die im nächsten Jahr fällig werden, in Liquiditätsprobleme geraten könne. Stoiber: „Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß die DDR noch finanzielle Mittel brauchen könnte, und ich könnte mir vorstellen, daß bestimmte Erwartungen der DDR gegenüber uns durch Gegenleistungen, die jetzt schon getan werden, gefördert werden." Ehe Bonn diese Gegenleistungen abschließend begutachtet, sollte man noch etwas warten, meinte Stoiber und zitierte das Wort von Bundeskanzler Kohl, man solle noch „die Luft anhalten". „Ich bin aber sicher", fuhr der CSU-Politiker fort, „daß in den Verhandlungen, die auf den verschiedensten Ebenen laufen, überall Erfolge erzielt werden.

Am Jahresende Ebbe in der Rentenkasse?

GISELA REINERS, Bonn

Am Jahresende werden den Rentenversicherungsträgern voraussichtlich zwei bis drei Milliarden Mark fehlen. Auch in den nächsten Jahren wird ihnen der Liquiditätsengpaß zu schaffen machen, obwohl im Bundeshaushalt 1984 mehrere Konsolidierungsmaßnahmen Abhilfe schaffen sollten.

Wie am Rande der Anhörung der Verbände vor dem Arbeits- und Sozialausschuß des Bundestages zur Auswirkung der Haushaltsbegleitgesetze für 1984 zu erfahren war, liegt der Grund in den geringen Lohnsteigerungen dieses Jahres und an der hohen Zahl der Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Für sie werden von der Bundesanstalt für Arbeit keine Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt. Die Annahmen über die Einkommenssteigerungen, die vom Statistischen Bundesamt geschätzt werden, lagen über der tatsächlichen Entwicklung. Das Bundesamt errechnet nämlich einen Gesamt-Durchschnitt, für die Rentenversicherer zählt aber der Durchschnitt für die versicherungspflichtig Beschäftigten.

Für 1984 setzt die Bundesregierung eine Entgeltsteigerung von 3,8 Prozent im Durchschnitt an. Die Rentenversicherer gehen jedoch davon aus, daß sie niedriger liegen wird, weil es in der Lohnrunde mehr um Arbeitszeitverkürzung und weniger um Lohnprozente gehen werde. Dadurch wird die kurzfristige Liquiditätsenge, die für 1984 schon absehbar war, verlängert. Diese Berechnungen bedeuten jedoch nicht, daß Rentner um ihr Geld fürchten müssen. Der Bund ist gesetzlich verpflichtet, Defizite auszugleichen.

Gewerkschaft CFDT auf Distanz zu Mitterrand

Sie tritt für eine unabhängige Friedensbewegung ein

AFP, Paris

Die sozialistische Gewerkschaft CFDT will sich am Aufbau einer unabhängigen „Friedensbewegung" in Frankreich aktiv beteiligen. Mit dem jetzt veröffentlichten Kommuniqué, das die Arbeiterorganisation mit dem französischen „Komitee für die nukleare Abrüstung in Europa" (CODENE) unterzeichnete, hat sich erstmals eine Massenorganisation der nichtkommunistischen Linken Frankreichs von der Position der Pariser Regierung distanziert, die den NATO-Nachrüstungsbeschluß uneingeschränkt unterstützt.

Zugleich gewährt die von dem Sozialisten Edmond Maire geleitete zweitgrößte Gewerkschaft Frankreichs damit jenen Kräften ihre Unterstützung, die den Kommunisten ihre bisherige Monopolstellung innerhalb der französischen „Friedensbewegung" streitig machen wollen. CFDT und CODENE setzen sich nachdrücklich für den Erfolg der Genfer Verhandlungen ein. Sie machen beide Militärblöcke gleichermaßen für das „Wettrüsten" verantwortlich und sprechen sich für eine Politik der Blockfreiheit aus. Zugleich verweisen sie auf die Bildung von ähnlichen Protestbewegungen in Osteuropa, die einer „brutalen Repression" ausgesetzt seien. In diesem Zusammenhang betonen sie, der Kampf für den Frieden sei untrennbar mit dem Kampf für Freiheit verbunden. Dementsprechend wird eine Zusammenarbeit mit der KPF-nahen Bewegung „Mouvement pour la Paix" strikt abgelehnt.

Bei den Friedensdemonstrationen zum Auftakt der UNO-Abrüstungswoche Ende Oktober werden „Mouvement pour la Paix" und die unabhängige „Friedensbewegung" getrennt marschieren. Während die KP-nahen Organisationen für den 22. Oktober zu dezentralen Aktionen mobil machen, wollen CFDT und CODENE tags darauf in Paris die diplomatischen Vertretungen der UdSSR und der USA sowie die französische Nationalversammlung durch eine symbolische Menschenkette verbinden.

Französische Pressekommentare brachten die überraschende Stellungnahme der CFDT gestern in Zusammenhang mit dem zunehmenden Erstarken der „Friedensbewegung" auch in Frankreich. 300 000 beteiligten sich im Juni an einem Friedensfest des „Mouvement pour la Paix". Anfang August errang auch die unabhängige „Friedensbewegung" ihren ersten bescheidenen Erfolg, als 15 000 Menschen Larzac für das „Einfrieren der nuklearen Rüstung" demonstrierten.

Die Stellungnahme der CFDT wurde wenige Wochen nach einer Sitzung des Europäischen Gewerkschaftsbundes, auf der die Herbstaktionen der „Friedensbewegung" und der Gewerkschaften erörtert worden waren, veröffentlicht. Nachdem die CFDT bereits gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie starke Bedenken angemeldet hatte, differenziert sie sich jetzt auch in der Abrüstungsfrage von der regierenden Sozialistischen Partei, in der die grundsätzliche Zugehörigkeit Frankreichs zum westlichen Verteidigungsbündnis und der NATO-Nachrüstungsbeschluß bisher nicht in Frage gestellt werden.

Bischof: Der Sozialstaat hat Grenzen

KNA, Bonn

Die Bereitschaft, die Freiheit zu verteidigen, bildet nach Überzeugung des Bischofs von Stockholm, Hubertus Brandenburg, einen unverzichtbaren europäischen Wesenszug. Beim traditionellen St. Michael-Jahresempfang des Katholischen Büros in Bonn erinnerte Brandenburg an die vom Papst in Wien ausgesprochene Warnung vor einer Gefährdung menschlicher Freiheit durch deren Verwechseln mit Bindungslosigkeit. Brandenburg wies in seinem Festvortrag über Europa aus skandinavischer Sicht auf die Grenzen des Sozialstaates hin, deren Überschreitung die Freiheit dadurch gefährde, daß sie die Selbstverantwortung leugne und sich auf eine staatliche Versorgungsgarantie verlasse.

In Schweden mit seiner hohen Scheidungsrate, einem gesetzlich kaum abgesicherten Versorgungsanspruch des geschiedenen Ehepartners und damit mit seiner fast völligen Freigabe der Abtreibung entstünden für die christlichen Kirchen große Konflikte, sagte der Stockholmer Oberhirte.

„Persönlicher Friedensvertrag"

epd, Berlin

Mitglieder von Friedenskreisen der mecklenburgischen Landeskirche und der Kirchenprovinz Sachsen haben die Unterzeichnung „persönlicher Friedensverträge" zwischen Bürgern beider großer Militärbündnisse angeregt. In einem gemeinsamen Aufruf wird betont, daß das Wettrüsten zwischen den Machtblöcken die Lebensbedingungen der Völker zerstöre und die globale Katastrophe „immer wahrscheinlicher" mache. Die Unterzeichner versichern, gegen jede weitere Aufstellung atomarer Waffen, für einseitige Abrüstungsschritte und für den schrittweisen Abbau von Feindbildern einzutreten. Als konsequentester Schritt wird die Verweigerung des Waffendienstes bezeichnet. Abgelehnt wird ferner die Beteiligung an Wehrerziehung und paramilitärischer Ausbildung.

Aussiedlersteuer wird erstattet

p. p. Bonn

Im Petitionsausschuß des Bundestages ist gestern bekanntgegeben worden, daß alle deutschen Aussiedler aus Rumänien, die zwischen dem 22. Oktober 1982 und dem 31. Mai 1983 ihre „Ausbildungskosten" an Bukarest zurückzahlen mußten, dieses Geld erstattet bekommen. Die „Aussiedlersteuer" hatte zwischen 5000 Mark (für Kinder) und bis zu 50 000 Mark (für Ärzte) betragen und war erst nach massiver Intervention der Bundesregierung und der USA wieder aufgehoben worden. Im Rahmen eines bilateralen Abkommens gleicht Bonn inzwischen die Ausbildungskosten für Aussiedler in Form von Pauschalzahlungen ab. Wer noch für sich selbst – oder seine Verwandten – hatte zahlen müssen, kann die Erstattung beim Lastenausgleichsamt beantragen.

Bonn: Hinweis für totalen Abbau der Todesautomaten. BGS skeptisch

● Fortsetzung von Seite 1

wußt, daß die Möglichkeit einer Demontage der SM-70 bestehen würde.

*

DW. Bonn

Wesentlich zurückhaltender als Politiker in Bonn reagierte der Bundesgrenzschutz auf die Meldungen über einen Abbau von Selbstschußanlagen. Das Grenzschutzkommando Mitte in Kassel berichtet, im nordhessischen Bereich würden die SM-70 ausschließlich an Besucherschwerpunkten demontiert. Die Grenzbehörden glauben daher eher an eine „kosmetische Operation". Bereits einmal, Ende der sechziger Jahre, war der Eindruck entstanden, daß die „DDR" die Grenzüberwachung lokkere. Damals waren die Minen im doppelreihigen Stacheldrahtzaun geräumt worden. Statt dessen wurden aber Ende 1970 beziehungsweise Anfang 1971 die Selbstschußanlagen vom Typ SM-70 installiert.

Beim Bundesgrenzschutz liegen zudem Erkenntnisse vor, die auf eine Verlagerung des Sperrsystems schließen lassen. Ein am vergangenen Wochenende im hessischen Kreis Hersfeld-Rotenburg geflüchteter „DDR"-Soldat gab an, unter der Bezeichnung „System 701" sei im thüringischen Bereich Sonneberg ein modifiziertes Modell der SM-70 aufgestellt worden – jedoch am sogenannten Hinterlandzaun, der in 500 Meter Tiefe parallel zum Metallgitterzaun verläuft.

Bereits im Dezember 1982 hatte ein geflüchteter „DDR"-Soldat erklärt, dieses System 701 sei entlang der Grenze gegenüber Niedersachsen und Hessen installiert worden. Es handle sich um Schußminen, die elektrisch zu- und abgeschaltet werden könnten. Sie reagierten wie der bisherige Typ auf Be- und Entlastung des Auslösedrahts. Die Minen des neuen Systems seien jedoch kleiner, „dafür allerdings wirkungsvoller".

Im bayerischen Abschnitt der innerdeutschen Grenze war offenbar noch kein Abbau von Selbstschußanlagen registriert worden. „Wir trauen der DDR nicht zu, daß sie Löcher in die mit erheblichem finanziellen und personellen Aufwand errichteten Grenzanlagen reißt", meinte ein Sprecher des BGS-Kommandos Süd in München. „Wir vermuten, daß die Selbstschußanlagen SM-70 nur dort abgebaut werden, wo neuere und effektivere Sicherheitsanlagen installiert wurden."

So haben BGS-Beamte seit geraumer Zeit beobachtet, wie der 500 Meter hinter dem Todeszaun errichtete „Schußstreifenzaun" systematisch zu einem immer perfekteren Hindernis ausgebaut wurde. Der Zaun wurde nach diesen Beobachtungen mit Lichtsperren, elektrischer Ladung und akustischen Signalen ausgerüstet. Auch Kolonnenwege wurden angelegt, auf denen regelmäßig Streifen patroullieren. Ein BGS-Sprecher: „Möglicherweise erprobt die DDR nun ein anderes, aber wirkungsvolleres Sicherheitssystem, bei dem die Flüchtlinge schon weit hinter der eigentlichen Grenze abgefangen werden und somit die Selbstschußanlagen am vorderen Zaun überflüssig sind."

In Kassel sagte Oberrat Blessmann vom BGS-Kommando Mitte: „Seit dem vergangenen Jahr baut die DDR in verschiedenen Grenzabschnitten einen dritten Metallgitterzaun, der zwischen dem ersten Zaun und dem 500 Meter tiefer liegenden Signalzaun errichtet wurde. Wo dies geschehen ist, wurden die Selbstschußanlagen vom ersten Zaun abgebaut." Dies war in Blessmanns Abschnitt auch am vergangenen Wochenende zu beobachten, der BGS-Beamte selbst war Augenzeuge. „Die Todesautomaten wurden nicht gesprengt, sondern vorsichtig abmontiert und nach rückwärts transportiert." Blessmann geht davon aus, daß an dem neuen Zaun Selbstschußanlagen montiert werden. „Auch Flüchtlinge sagen das. Motiv: In der Tiefe kann man aktiver tätig werden, und man ist schwerer zu beobachten."

Der UNO präsentierte sich die EG in neuer Harmonie

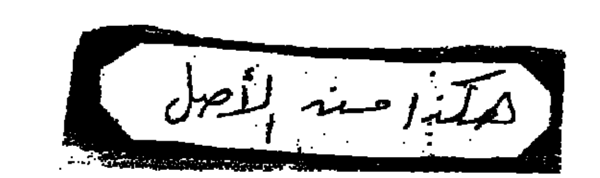
BERNT CONRAD, New York

Die Partner der Europäischen Gemeinschaft präsentieren sich derzeit im Rampenlicht der UNO-Vollversammlung mit überraschender Harmonie. Der griechische Ratspräsident, Außenminister Yannis Charalambopoulos, bemühte sich in seiner UNO-Rede am Dienstag und bei internen Kontakten mit seinen EG-Amtskollegen nicht ohne Erfolg, die allgemeine Verbitterung über seine eigenwillige Haltung auf dem Athener Außenministertreffen der EG zu überwinden.

Hatten Bundesaußenminister Genscher noch auf dem Flug nach New York Zweifel geplagt, ob der UNO-Auftritt des Griechen für die EG günstig ablaufen würde, so verblüffte Charalambopoulos ihn und die anderen Zuhörer im Glaspalast am East River durch europäische Solidarität. Dies galt sogar für den sowjetischen Abschuß einer südkoreanischen Verkehrsmaschine, den zu verurteilen sich Charalambopoulos in Athen hartnäckig geweigert hatte. Nun beklagte er namens der EG das sowjetische Vorgehen, das so viele unschuldige Menschenleben gekostet habe und forderte ein Verbot der Gewaltanwendung gegen Zivilflugzeuge.

In Athen hatte der Grieche mit seinen Partnern noch darüber gestritten, ob man Warschau nach Aufhebung des Kriegsrechts entgegenkommen sollte. Auf Drängen der Europäer sagte er jetzt vor der UNO, daß polnische Dissidenten heute mit anderen Mitteln unterdrückt würden und äußerte die dringliche Hoffnung nach „Versöhnung, Dialog und Reform". Ungewöhnlich offen wies Charalambopoulos auch auf die unverändert negativen Folgen der sowjetischen Invasion Afghanistans und der Überrüstung Moskaus hin. Um so nachdrücklicher konnte er sich dann im Sinne der ganzen EG für eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen einsetzen.

Der griechische Ratsvorsitzende hatte alle Korrekturen akzeptiert, die im Brüsseler EG-Hauptquartier an seinem Textentwurf vorgenommen wurden. Dort hatten zunächst Wirtschaftsexperten der Partnerstaaten den ökonomischen und den Nord-Süd-Teil umgeschrieben. Dann änderten die politischen Direktoren der beteiligten Außenministerien in New York einige Passagen des politischen Teils. Bei Treffen im Kreis der EG-Partner war Genscher, der sich über das griechische Verhalten besonders erregt hatte, über die auffallende Freundlichkeit des EG-Ratspräsidenten verblüfft. Dieser rühmte sogar den von Athen stets skeptisch beurteilten Genscher-Colombo-Plan für Schritte zur Europäischen Union.



Donnerstag, 29. September 1983
Nr. 227

Eigene Einsicht

Hdt – Die deutschen Werften machen in diesen Tagen Schlagzeilen, aber es gibt noch andere Industriezweige, die praktisch genau vor den gleichen Problemen stehen. Die Werkzeugmaschinenhersteller gehören dazu. Auch sie verfügen über einen hochqualifizierten Mitarbeiterstamm, deren Leistungen hinter denen der Schiffsbauer nicht zurückstehen, sie sind für ihre Qualitätsprodukte überall bekannt und haben trotzdem Schwierigkeiten. Hier wie dort ist es vor allem das Preisgefüge, der Druck des Wettbewerbs über den Preis, der die Betriebe in die Bedrängnis führt. Dabei ist gerade der Werkzeugmaschinenbau, der im Vorjahr Produkte im Wert von 3,5 Milliarden Mark exportierte, auf weltweite Märkte angewiesen.

Vor diesem Hintergrund ist die jetzt angekündigte Übernahme der Mehrheitsbeteiligung an der Pittler AG, Langen, durch die Gildemeister AG, Bielefeld, zu sehen. Zwei bedeutende deutsche Werkzeugmaschinenhersteller, über lange Zeiten hinweg Wettbewerber, legen damit ihre Möglichkeiten und ihre Kapazitäten praktisch zusammen, um für den großen Wettbewerb nach außen besser gerüstet zu sein. Erfreulich ist, daß eigene Einsicht und Initiative den Anstoß gab, sicher mit mehr oder weniger sanfter Nachhilfe durch die Hausbanken. Diese aber sind bei beiden Unternehmen eben nicht nur Geldgeber, sondern Teilhaber und somit an der Verantwortung und am Risiko voll beteiligt.

Daß sie sich dem nicht entziehen, beweist zumindest, daß Banker durchaus auch wie Unternehmer handeln können. Die Mitarbeiter beider Unternehmen, deren Arbeitsplätze zu erhalten sind, werden dies gewiß zur Kenntnis nehmen.

Patriotismus

fu (London) – Die Cunard-Reederei, Inhaberin unter anderem der „QE 2", Stolz eines jeden Briten, ist in den Augen sehr vieler Landsleute tief gesunken. Nicht nur hat es die Reederei gewagt, im Frühjahr die während des Falkland-Konflikts eingesetzte „Cunard Countess" nicht auf einer britischen Werft, sondern auf Malta wieder für die Kreuzfahrt herrichten zu lassen. Sondern jetzt, nur gut eine Woche nach der Vergabe eines speziellen Umrüstungs-Auftrags für die „QE 2" an die Hapag-Lloyd-Werft in Bremerhaven, beschloß Cunard auch, ihre beiden Neuerwerbungen, die Kreuzfahrtschiffe „Vistafjord" und „Sagafjord" auf Malta bzw. in San Francisco umrüsten zu lassen. Die Gewerkschaften werfen der Reederei Mangel an Patriotismus vor. Doch wie so oft in diesem Land wird vergessen, daß Patriotismus wenig mit den Realitäten des Wirtschafts-Alltags zu tun hat. Wenn die britischen Werften weder im Preis noch in der Reparatur-Zeit mithalten konnten, dann gibt es für Cunard keine Alternative.

STEUERPOLITIK / Hearing im Finanzausschuß – Kritik des DGB

Spitzenverbände unterstützen die Zielrichtung der Regierungspläne

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Die Zielsetzung, die die Bundesregierung mit dem Steuerentlastungsgesetz 1984 verfolgt, wird von den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft unterstützt. Die Entlastungen seien ökonomisch richtig angelegt. Allerdings hätte die Wirtschaft, wie jetzt in einem Hearing des Finanzausschusses des Bundestages betont wurde, eine oder nur wenige Schwerpunktmaßnahmen vorgezogen, die eine nachhaltige Entlastung der Unternehmen bewirkt hätten. Der DGB übte scharfe Kritik.

Die im Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und zur Einschränkung von steuerlichen Vorteilen (Steuerentlastungsgesetz 1984) vorgesehenen Maßnahmen schöpfen zusammen mit dem Entwurf des Vermögensbeteiligungsgesetzes den finanziellen Rahmen aus, der mit der Erhöhung der Umsatzsteuer zum 1. Juli 1983 für eine Umschichtung der Steuerstruktur von den direkten zu den indirekten Steuern geschaffen wurde. In einer gemeinsamen Stellungnahme begrüßten die Spitzenverbände DIHT, BDI, BGA, Bankenverband, der Einzelhandelsverband und die Versicherungswirtschaft, daß mit dem Steuerentlastungsgesetz die Steuermehreinnahmen nicht zur Deckung von allgemeinen Staatsausgaben eingesetzt werden.

Die Maßnahmen zielten darauf ab, die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen in der Bundesrepublik zu verbessern und spezifische Nachteile deutscher Firmen im internationalen Wettbewerb zu reduzieren. Die Wirtschaft hätte jedoch eine Konzentration der Maßnahmen vorgezogen. Die Halbierung der Wertansätze für das Betriebsvermögen wäre dazu geeignet gewesen. Es wäre zweckmäßiger gewesen, die Entlastung noch stärker auf den Bereich der ertragsunabhängigen Besteuerung zu konzentrieren.

Allerdings weisen die Verbände darauf hin, daß die in dem Entwurf als Hauptmaßnahme vorgesehene Reduzierung beim Ansatz des Betriebsvermögens volkswirtschaftlich sinnvoll und auch sachlich gerechtfertigt sei. Die damit für die Unternehmen verringerte Vermögensteuerbelastung sei ein richtiger Schritt, um die Unternehmensbesteuerung in der Bundesrepublik zu verbessern. Denn die Vermögensteuer müsse in ertragsschwachen oder ertragslosen Zeiten aus der Substanz gezahlt werden. Überdies werde eine solche Steuer in anderen Ländern nicht erhoben.

Die Verbände plädieren dafür, die vorgesehene Sonderabschreibung von zehn Prozent für kleine und mittlere Betriebe nochmals grundsätzlich zu überdenken. Statt einer Sonderabschreibung sollte den kleinen und mittleren Betrieben eine Investitionsprämie gewährt werden. Denn die Investitionsprämie bedeute eine echte Steuerminderung. Daher sei der Investitionsanreiz höher. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks erwartet, daß die Sonderabschreibung nach Eintritt der gewünschten Investitionsbelebung durch ene steuerstundende Investitionsrücklage ergänzt werde.

Die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer ASU glaubt, daß der Gesetzentwurf seine Signalwirkung durch zu viele unterschiedliche Maßnahmen verfehlen werde. Der Gesetzentwurf, der steuerliche Entlastungen von rund 3,5 Milliarden Mark vorsieht, erwecke wiederum den Eindruck einer Steuerpolitik nach dem Gießkannenprinzip. Die ASU fordert eine stärkere vermögenssteuerliche Entlastung.

Der DGB hält die drei ausdrücklichen Zielsetzungen des Gesetzentwurfes, nämlich die Rückführung der ertragsunabhängigen Unternehmensbesteuerung, Förderung der Eigenkapitalbildung und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, durch die vorgeschlagenen Maßnahmen für nicht erreichbar. Die Rückführung der ertragsunabhängigen Unternehmensbesteuerung sei überflüssig und die Förderung der Eigenkapitalbildung unbegründet. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit sei schon jetzt, wie die Exporterfolge zeigen, sehr zufriedenstellend. Der DGB plädiert für ein mittelfristiges Programm zur Förderung des qualitativen Wachstums durch Aufstokkung öffentlicher und einer gezielten Förderung privater Zukunftsinvestitionen „anstelle globaler Steuergeschenke an Unternehmer".

WÄHRUNGSTAGUNG

Stoltenberg wendet sich gegen Erlaß von Schulden

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Viel Zustimmung hat auf der Jahresversammlung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington die deutsche wirtschaftspolitische Position gefunden, die von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vertreten worden ist. Er gehörte zu den wenigen, die in ihrer Rede vor den Delegierten aus 146 Ländern vor einem übertriebenen Pessimismus warnten.

1. Um einen sich selbst tragenden Wachstumsprozeß zu erreichen, muß die Investitionstätigkeit rasch zunehmen. Das setzt seine stetige und verläßliche Politik zur Stärkung der Privatinitiative und betrieblicher Kapitalengagements voraus. Wichtige Rahmenbedingungen wie Teuerung, Energiebilanz und früher stets steigende Außenverschuldung haben sich verbessert und sind Zeichen der Ermutigung.

2. Eine Politik, die der Effizienz und Kreativität der Marktkräfte mehr Raum gibt, muß zugleich dem Protektionismus den Kampf ansagen. Das heißt, Anpassungsprogramme sind nur dann erfolgreich, wenn alle Staaten ihrer Verantwortung zur Öffnung der Märkte nachkommen – vor allem im Interessse der Entwicklungsländer.

3. Die Bundesrepublik begrüßt die Verschärfung der Überwachung der Wechselkurspolitik durch den IWF. Besonders wichtig ist die Früherkennung potentieller Schuldenprobleme.

Laut Stoltenberg müssen die Kreditgeberländer ein vitales Interesse daran haben, daß die Schuldnerländer ihre Probleme auf geordnete Weise lösen können. Deswegen sei diese Strategie, die zu einem inflationsfreien Zinsrückgang führte, der vordringlichste Beitrag, den die Industriestaaten leisten könnten.

Die Schuldnerländer müssen wiederum, so Stoltenberg, ihre wirtschaftliche Leistungskraft stärken und ihre Auslandsschulden mit der Fähigkeit ihrer Volkswirtschaften in Einklang bringen, den Schuldendienst aus internationalem Warenaustausch zu finanzieren. Das erfordere Mut und Ausdauer. „Große Entwürfe und mitreißende Vorschläge zu Schuldennachlässen tragen den besonderen Bedingungen der einzelnen Länder nicht Rechnung und sind eher geeignet, die Kreditwürdigkeit der Schuldnerländer zu schwächen", erklärte der Minister.

Stoltenberg sprach sich für eine Konditionalität des IWF bei der Kreditvergabe aus, die nicht schematisch angewendet, sondern den jeweiligen Verhältnissen der Kreditnehmerländer angepaßt wird. Die Bundesrepublik werde „zu jeder Zeit" der vereinbarten Erhöhung der Finanzmittel des Fonds zustimmen, versicherte der Minister.

Das deutsche Plazet für die Fortsetzung der Politik des „Erweiterten Zugangs" für eine begrenzte Zahl begründete Stoltenberg mit der internationalen Finanzkrise. Bei erfolgreicher Anpassung der Volkswirtschaften werde die Nachfrage nach IWF-Krediten wieder zurückgehen, betonte er.

IWF ohne Illusionen

Von CLAUS DERTINGER, Washington

Die Atmosphäre auf der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank ist auch 1983 wieder krisengeschwängert, allerdings mit etwas anderen Akzenten als vor einem Jahr in Toronto. Es gibt seither einige erfreuliche Fortschritte. Die Chancen für eine Erholung der Weltkonjunktur bessern sich. Die Inflationsraten sind spürbar gesunken. Und der IWF hat mit Rettungsaktionen, die er gemeinsam mit privaten Banken, Regierungen und Notenbanken unternommen hat, bewiesen, daß selbst ganz schlimme Zahlungskrisen nicht zu einem Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte und zum Chaos der Weltwirtschaft führen müssen, wie manche vor einem Jahr wegen der Zahlungsunfähigkeit Mexikos noch befürchteten.

Das sind erfreuliche Aspekte. Aber sie können nur vordergründig beruhigen. Sie lassen jedenfalls noch keinen Optimismus aufkommen, selbst nicht nach der Einigung zwischen dem IWF und den Banken über ein Hilfepaket für das in ärgsten Zahlungsnöten steckende Brasilien, die noch rechtzeitig vor dem offiziellen Beginn der Washingtoner Währungstagung erzielt wurde.

Nach einem Jahr mit vielen Umschuldungen mehren sich die Zweifel, ob sich die Probleme der Länder mit Schuldenkrisen in absehbarer Zeit wirklich lösen lassen. Daraus resultiert eine zunehmende Aversion privater Banken, sich an neuer Finanzhilfe zu beteiligen. Mancher Bankier bekennt ganz offen, daß er, soweit die Gewinne das zulassen, lieber sein Engagement auf das Verlustkonto abschreibt, als daß er weiter gutes Geld schlechtem nachwerfen würde. Mit solcher Einstellung schafft man es allerdings am sichersten, das internationale Finanzsystem und die Weltwirtschaft doch noch ins totale Chaos zu treiben. Wer das nicht einsieht, der handelt verantwortungslos.

Nicht minder besorgniserregend ist das Schmierestück, das der amerikanische Kongreß derzeit mit seiner Verweigerung der finanziellen Unterstützung des IWF und seiner Knauserigkeit gegenüber den Finanzwünschen der Weltbank aufführt. Hier regieren Provinzialität und ein eklatanter Mangel an Verantwortung für die Weltwirtschaft, der politisch unter dem Rubrum Isolationismus einzuordnen ist, besonders wenn argumentiert wird, mit einer Stärkung des IWF sollten nur Verluste amerikanischer Banken aus Steuergeldern abgedeckt werden.

Diese starre Haltung des Kongresses, den Präsident Reagan beschwor, auch an die internationalen Pflichten der USA zu denken, verdüstert die Atmosphäre auf der Washingtoner Währungstagung. Natürlich hoffen alle, daß die US-Parlamentarier doch über ihren Schatten springen. Aber vorerst könnte die fehlende finanzielle US-Unterstützung des Fonds für nicht wenige internationale Bankiers ein Grund mehr sein, eine abwartende Haltung bei Hilfeaktionen für in Bedrängnis geratene Länder einzunehmen.

So bleibt denn die Situation an der internationalen Schuldenkrisenfront spannungsgeladen. Die Zitterphase hält an, solange das Brasilien-Arrangement mit den Banken nicht endgültig unter Dach und Fach ist und die ausstehenden amerikanischen Milliarden in der IWF-Kasse klingen.

Sicherlich hat der IWF geschickt agiert, als er trotz dieses Schwebezustandes durch eine Fortführung des „erweiterten Zugangs" die formalen Voraussetzungen für künftig noch höhere Finanzhilfe an bedrängte Schuldner schuf. Er dokumentierte damit den Willen, weiterhin seine Rolle zu spielen. Ob sich allerdings der amerikanische Kongreß dadurch, wie manche Beobachter meinen, unter Druck gesetzt fühlt und nun eher einer Kapitaleinzahlung in den Fonds zustimmt, bleibt abzuwarten. Zudem ist auch die Finanzierung der nun ermöglichten größeren Kreditaktivitäten des Fonds eine offene Frage.

In Washington war dieser Tage viel die Rede davon, daß die Lösung der Schuldenkrise eine Gemeinschaftsaufgabe von Schuldnern internationaler Institutionen, Banken, Zentralbanken und Regierungen sei, wobei der IWF eine zentrale Rolle zu spielen habe. Das ist richtig. Aber vergegenwärtigt man sich, daß die wichtigsten Pflöcke auf diesem Weg noch nicht fest eingerammt sind, so bleibt beim Versuch, ein Fazit zu ziehen, nur die desillusionierende Feststellung: Die IWF-Tagung in Washington hat keine überzeugenden Fortschritte gebracht.

AUF EIN WORT

„Die weitgesteckten umweltpolitischen Ziele lassen sich nur bei gesicherten und ausreichenden Wachstumsraten ohne destabilisierende Wohlstandsverluste und ohne Überforderung der Wirtschaft verwirklichen."

Prof. Rolf Rodenstock, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Köln FOTO: JUPP DARCHINGER

Zehn Prozent weniger Rohöl

AP, **Frankfurt**

Die Bundesrepublik hat in den ersten acht Monaten dieses Jahres 10,1 Prozent weniger Rohöl eingeführt als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Wie das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn bei Frankfurt mitteilte, gingen die Rohölimporte auf 43,3 Millionen Tonnen zurück. Die Rohölrechnung belief sich bei einem Durchschnittspreis von 569,59 Mark je Tonne frei deutsche Grenze auf rund 24,65 Milliarden Mark. Im gleichen Vorjahreszeitraum hatten die Kosten für die Rohölimporte bei einem Durchschnittspreis von 607,38 Mark noch rund 29,2 Milliarden Mark betragen.

FORSCHUNGSPOLITIK

Kabinett beschließt Hilfe zur Selbsthilfe

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die Bundesregierung will die Einführung von computergesteuerten Planungs- und Fertigungstechniken mit einem auf die Jahre 1984 bis 1987 befristeten Programm von 530 Millionen Mark unterstützen. Nach der gestrigen Kabinettssitzung, auf der das Programm „Fertigungstechnik" beschlossen wurde, sprach Forschungsminister Riesenhuber von Hilfe zur Selbsthilfe der Unternehmen.

Die Förderung erstreckt sich auf die Bereiche Personalkosten und externe Beratung, auf die Mitarbeiterschulung, Forschungs- und Entwicklungsaufträge und auf die Kosten für die Technologiebeschaffung. 40 Prozent davon Kosten können übernommen werden. Der Höchstbetrag für ein Unternehmen liegt bei 400 000 Mark.

Die Inlandsproduktion müsse sich, wie vom Forschungsministerium betont wird, zunehmend auf die Fertigung hochwertiger Güter konzentrieren. Dieses sei nur durch die Anwendung fortschrittlicher Fertigungstechnologien möglich. Die Bedeutung der fertigungstechnischen Industrie liege nicht nur in der Versorgung des Binnenmarktes, sondern zwei Drittel der Produktion – 1981 waren dies rund 70 Milliarden Mark –, werden exportiert.

Die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit dieser mittelständisch strukturierten Industrie werde zunehmend schwieriger. Mehr als 90 Prozent der 2000 Unternehmen, die Fertigungstechnologien entwickeln und anbieten, haben weniger als 500 Beschäftigte. Sie kommen vor allem aus dem Bereich des Maschinenbaus. Im Werkzeugmaschinenbau sei die Produktion bereits im vergangenen Jahr um real zehn Prozent gesunken, ein ähnliches Ergebnis wird für 1983 erwartet. Die Hauptkonkurrenten seien die USA und Japan.

KONJUNKTUR

Leichte Anzeichen für Belebung des Exportgeschäfts

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Der konjunkturelle Erholungsprozeß in der Bundesrepublik hat sich nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums weiter gefestigt. Deutlichstes Anzeichen hierfür sei der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Das Bruttosozialprodukt habe, wie es im jüngsten Lagebericht des Ministeriums heißt, im zweiten Quartal um real 1,5 Prozent gegenüber dem ersten Vierteljahr zugenommen. Es habe damit um 0,7 Prozent über dem Vorjahresstand gelegen.

Vor allem die Zunahme der Binnennachfrage habe zu einer besseren Auslastung der Kapazitäten geführt. Das Schwergewicht habe dabei im zweiten Quartal auf einem kräftigen Zuwachs der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen gelegen. Der private Verbrauch habe das deutlich erhöhte Niveau des ersten Quartals aufgrund der weiter gesunkenen Ersparnisbildung annähernd halten können. Von der Außenwirtschaft seien bisher eher dämpfende Einflüsse ausgegangen.

Allerdings sei der Anstieg der Ordereingänge im Juni/Juli gegenüber den vorangegangenen zwei Monaten überwiegend auf die verstärkte Hereinnahme von Auslandsaufträgen (plus 3,5 Prozent) zurückzuführen. Ob dies bereits eine dauerhafte Belebung des Exportgeschäfts signalisiere, lasse sich zur Zeit noch nicht sagen. Allerdings spreche einiges dafür, daß sich hier erste Auswirkungen der in letzter Zeit günstigeren Konjunkturentwicklung in anderen Industrieländern, vor allem in den USA und Großbritannien, bemerkbar machen. Immerhin richte sich die Nachfragebelebung aus dem Ausland am stärksten auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, das durch die in Gang gekommene Aufstokkung der Läger begünstigt wird.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Leutwiler warnt die Geschäftsbanken

Washington (Sbt.) – Der Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel und Chef der Schweizerischen Notenbank, Fritz Leutwiler, hat vor dem Nationalen Presseklub in Washington an die Geschäftsbanken appelliert, sich durch Sonderrückstellungen vor den möglichen Folgen der Verschuldungskrise zu schützen. Sie hinterläßt nach seiner Ansicht in den Bankbilanzen tiefe Spuren, weil „viele ausstehende Kredite nicht wieder hereinzuholen sind". Laut Leutwiler ist die internationale Finanzlage aber „nicht so schlecht, wie viele sagen". Sie habe sich durch die Einigung IWF/Brasilien erheblich gebessert.

Lieferanteil erhöht

Frankfurt (AFP) – Nach einer Untersuchung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt, haben deutsche Unternehmen ihren Lieferanteil an den im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern von der Bundesrepublik erbrachten Leistungen im letzten Jahr von 64 auf 70 Prozent steigern können. An die deutschen Unternehmen gingen nämlich Aufträge von 1,5 und 2,1 Milliarden Mark. Der Anteil der übrigen Industrieländer ging von 29 auf 23 Prozent zurück. Die Staatshandelsländer lagen bei zwei Prozent Lieferanteil bei der deutschen Entwicklungshilfe und die Entwicklungsländer selbst bei fünf Prozent.

Innerdeutscher Handel

Wiesbaden (rtr) – Der deutsch-deutsche Handel hat sich im laufenden Jahr beträchtlich ausgeweitet; dabei nahmen insbesondere die Lieferungen aus der Bundesrepublik in die „DDR" und nach Ost-Berlin ganz erheblich zu. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, erhöhten sich die Lieferungen in die „DDR" von Januar bis August um 26 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 4,98 Milliarden Mark, während die Bezüge um ein Prozent auf 4,39 Milliarden Mark stiegen. Allein für August erreichten die Lieferungen in die „DDR" und nach Ost-Berlin nach vorläufigen Ergebnissen 531 Millionen Mark; dies bedeutet eine Steigerung um 13 Prozent.

Finanzierungsrisiko

Bonn (dpa/VWD) – Die SPD-Bundestagsfraktion sieht für die Finanzierung des Schnellen Brüters in Kalkar trotz gegenteiliger Beteuerungen der Bundesregierung nach wie vor „große Unsicherheiten und Risiken". In einer in Bonn veröffentlichten Erklärung fordert sie die Regierung auf, den Betrag zu nennen, der durch die ständigen Baukostenerhöhungen auch auf den Stromkunden der beteiligten Energieunternehmen zukommt.

Finanzplatz Nummer eins

London (dpa/VWD) – Die Londoner City ist immer noch internationaler Finanzplatz Nummer eins. Nach einem Bericht der Zeitschrift „Die Bank", Köln, war die britische Hauptstadt im September 1982 mit 642 Milliarden US-Dollar (1,6 Billionen Mark) oder 27 Prozent des Gesamtvolumens noch vor New York mit 14,5 Prozent der bedeutendste Euromarktplatz. An diesem Geschäft sind in London neben den britischen rund 449 ausländische Banken beteiligt. Der Devisenmarkt an der Themse liegt mit einem täglichen Umsatz von rund 20 Milliarden Pfund (80 Milliarden Mark) weltweit vor New York auf Platz eins.

Höhere Goldproduktion

Johannesburg (dpa/VWD) – Südafrika, der Welt größter Goldproduzent, dürfte in diesem Jahr seine Förderung um 18 Tonnen auf 680 Tonnen steigern. Dies erwartet das Büro für minerale Rohstoffe in Johannesburg. Auf der Basis eines durchschnittlichen Preises von 440 US-Dollar je Unze (31,1 Gramm) rechnet das Büro mit Einnahmen von 10,45 Milliarden Rand (nach derzeitigem Wechselkurs 24,2 Milliarden Mark).

KREDITWESEN-NOVELLE

Bankenverband fordert eine angemessene Anpassungsfrist

CLAUS DERTINGER, **Washington**

Die deutschen Banken werten das Zustandekommen einer grundsätzlichen Übereinkunft über eine neue Kreditgewährung an Brasilien als Beweis für ihre Bereitschaft, einen erheblichen Teil zur Überwindung akuter internationaler Zahlungsprobleme beizutragen. Ihr Verbandspräsident Hanns Schroeder-Hohenwarth und Vorstandssprecher F. Wilhelm Christian von der Deutschen Bank verhehlten allerdings nicht, daß es noch unsicher sei, ob es gelingt, alle Banken nun zur Mitwirkung an der Hilfsaktion zu bewegen.

Die privaten Banken werden, wie Schroeder-Hohenwarth ankündigte, den Fall Brasilien zum Anlaß nehmen, im Zusammenhang mit der in der geplanten Novelle zum Kreditwesengesetz vorgesehenen konsolidierten Bilanzbetrachtung der Bankkonzerne die Forderung nach ausreichenden Anpassungsfristen für die Rückführung ihrer Kreditvolumina auf das Achtzehnfache ihres Eigenkapitals zu stellen. Der Bankenverband bezeichnet es als widersprüchlich, daß die Banken einerseits zur Erhöhung riskanter Engagements in Krisenländern im Interesse der Weltwirtschaft animiert werden, daß aber andererseits die Bankenaufsicht auf einer Rückführung der Kreditengagements besonders in Risikoländern besteht.

Vorstandsmitglieder des Verbandes betonten, daß es dabei nicht nur um die neuen Kredite an Brasilien gehe. Es müsse vielmehr auch die unfreiwillige Aufstockung der Kreditengagements an andere Länder im Zusammenhang mit Umschuldungen berücksichtigt werden. Dadurch würde es dem Kreditgewerbe erschwert, der deutschen Wirtschaft ausreichende langfristige Kredite zur Finanzierung des Aufschwungs zu geben.

INFLATION / RWI hat Sorgen wegen dauerhafter Preisstabilität

„Die Politiker haben sich gedrückt"

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Fortschritte bei der Stabilisierung des Preisauftriebs in nahezu allen Ländern der westlichen Welt sieht das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) als gefährdet an, soweit das Nachlassen des Lohnkostendrucks auf die Preise nur unter dem Zwang der Rezession oder mit staatlicher Nachhilfe zustande gekommen ist. In seinem neuesten Konjunkturbrief befürchtet das Institut, „daß die Gewerkschaften bei einer Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung nachholen, was ihnen jetzt versagt blieb. Die Folge: Der Preisauftrieb würde wieder verstärkt, und die wirtschaftliche Belebung geriete erneut ins Stokken."

Die bisher erzielte Preisdämpfung fußt nach Meinung der Essener Konjunkturforscher ohnehin nur zum Teil auf Erfolgen bei der Bekämpfung der Inflation, sondern auf marktwirtschaftlichen Reaktionen auf vorangegangene Verteuerungen und „Geschenken des Himmels" oder „Zufällen". Zu den marktwirtschaftlichen Reaktionen werden die Verbilligung von Rohöl und Mineralölerzeugnissen gezählt, zu den „Geschenken des Himmels" die reichlichen Ernten in einigen Ländern mit Verbilligungen oder jedenfalls nur geringen Verteuerungen bei zahlreichen Nahrungsmitteln, zu den „Zufällen" die leeren Kassen der Europäischen Gemeinschaft, die durch Aufkaufen der Überschüsse stärker erhöhte Preise nicht mehr garantieren kann.

Der Erfolg der Notenbanken im Kampf gegen die Inflation hat sich dagegen, so die Wirtschaftsforscher, nahezu überall erst auf dem Umweg über eine tiefgreifende Rezession und bei den Tarifparteien unter dem Eindruck stark steigender Arbeitslosigkeit eingestellt.

Die in den letzten beiden Jahren weniger stark gestiegenen Lohnkosten je Produktionseinheit in der Bundesrepublik waren nicht nur eine Folge nicht mehr so hoher Tarifabschlüsse, sondern des drohenden Arbeitskräfteabbaus und des kostenbedingt verstärkten Einsatzes von Maschinen.

Kritik übt das RWI an wiederholten Anhebungen von Mehrwertsteuer und anderen Abgaben sowie staatlichen Regelungen, in deren Schutz sich inländische Erzeugnisse wie derzeit Kohle und Strom nicht verbilligen oder stärker verteuern, als es sonst der Fall wäre. Das RWI: „Mit ihnen haben sich die Politiker vor der Aufgabe gedrückt, die Staatsfinanzen durch Ausgabenbeschneidung in Ordnung zu bringen. Statt dessen haben sie die Kosten und Preise in die Höhe getrieben und auf diese Weise die Lasten des Sparenmüssens den Privaten zugeschoben."

TUNESIEN / Deutsches Engagement erwünscht

Investitionen stagnieren

H. OSCHWALD, Tunis

Die tunesische Wirtschaft sieht sich zunehmenden Schwierigkeiten gegenüber. In diesem Jahr konnte zwar mit Einsparungen im Haushalt in Höhe von 21 Millionen Dinar (fast 80 Millionen Mark) eine höhere Auslandsverschuldung vermieden werden. Doch belasten Lohnerhöhungen und Schuldendienst, sinkende Einnahmen aus dem Ölexport, das dritte Dürrejahr hintereinander und ein schlechteres Investitionsklima die weiteren Aussichten.

Tunesien hatte sich nach dem Ausfall Beiruts als Finanzplatz lange Zeit vergeblich Hoffnungen als aufstrebender Ausweichplatz für das Nahostgeschäft und Zufluchtstätte für arabisches Kapital gemacht. Nun sieht es sich gezwungen, den Gürtel enger zu schnallen, um nicht die Auslandsverschuldung von zur Zeit 2380 Millionen Dinar (neun Milliarden Mark) und damit 44 Prozent des Bruttosozialprodukts zu überziehen. Noch gilt der Maghreb-Staat als kreditwürdig.

Das Land hofft für das laufende Jahr auf ein Wirtschaftswachstum von 4,5 Prozent. Einige kürzlich unter Dach und Fach gebrachte Verträge scheinen solche Erwartungen auch längerfristig zu stärken. So sollen 1985 zwei Montagewerke den Betrieb aufnehmen, ein mit Mercedes-Spanien vereinbarter Bau von Nutzfahrzeugen und ein Volkswagen-Werk für die Montage von Golf, Jetta und Kleinlastwagen. Ansonsten weiß aber die vor vier Jahren gegründete deutsch-tunesische Handelskammer trotz ihrer inzwischen auf 440 gewachsene Mitgliederzahl von einem „stagnierenden Geschäft an Neuinvestitionen" zu berichten.

Aus deutscher Sicht haben die tunesischen Zahlen zwei Seiten. So ist die amtliche Inflationsrate an einem Warenkorb orientiert, der nicht unbedingt vergleichbar ist. Die Inflation wird amtlich mit 13,8 Prozent angegeben, andere Berechnungen kommen aber auf rund 20 Prozent. Die Arbeitslosigkeit wird mit elf Prozent der aktiven Bevölkerung von 18 bis 59 Jahren angegeben. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze steht im Mittelpunkt des gerade in Planungs- und Finanzministerium aufgeteilten, ehemals übermächtigen Planungsministeriums.

Die Schwierigkeiten liegen besonders in der Struktur der tunesischen Wirtschaft, der es bislang nicht gelungen ist, das selbst gestellte Ziel eines Technologie-Transfers und einer krisensicheren Produktion zu erreichen. So nimmt die weltweit kriselnde Textilindustrie einen wichtigen Platz ein. Dieser Bereich und der Bau von elektronischen Elementen beherrschten noch immer die landestypische Lohnfertigung: Ausländische Unternehmen schicken Material. In Tunesien wird von vergleichsweise billigen Arbeitskräften fast ausschließlich für den Rückexport genäht und zusammengebaut.

Hoffnungen werden in ein für die nächste Zeit vorgesehenes zweites „Dreiecksgespräch" von Nefta gesetzt. In dem Wüstenort haben sich bereits einmal deutsche Industrievertreter mit arabischen Geldgebern und tunesischen Staatsmanagern zusammengesetzt, um deutsches Können, arabisches Geld und tunesische Arbeitskraft zum Vorteil aller drei nutzbringend einzusetzen. (dpa/VWD)

EG / Süderweiterung erfordert beträchtliche Konzessionen an Paris, Rom und Athen

Gefahr der falschen Weichenstellung

WILHELM HADLER, Brüssel

Nicht viele Leute finden Gefallen daran, die Diskussion über die Revision der europäischen Obst- und Gemüsemarktordnung zu verfolgen. Hinter dem harmlos klingenden Begriff der Agrar-Technokraten verbergen sich jedoch auch diesmal wieder Streitfragen von erheblichem wirtschaftlichem und politischem Zündstoff.

Es geht im Kern um die Suche nach einem neuen Interessengleichgewicht zwischen den nördlichen und südlichen Mitgliedsländern der Gemeinschaft. Anlaß ist der bevorstehende Beitritt Spaniens und Portugals, der nach Meinung Frankreichs und Italiens im Agrarbereich einseitig zu Lasten der südlichen EG-Staaten geht.

Ohnehin klagen Mittelmeeranrainer seit langem über einen „Nachholbedarf" an Absatz- und Einkommenssicherungen für ihre Erzeuger. In der Tat sind die (durchweg reicheren) Getreide- und Milchbauern des Nordens im allgemeinen weit besser vor Absatzrisiken geschützt als ihre südlichen Berufskollegen.

Während sich jedoch im Norden die Erkenntnis Bahn zu brechen beginnt, daß das System unbegrenzter Preisgarantien finanziell nicht länger zu verkraften ist, kämpfen die Mittelmeerländer verbissen um einen weiteren Ausbau dieser Sicherungen. Die Beitrittsverhandlungen sind daher eher Vorwand als Ursache.

Schon jetzt jedenfalls steht fest, daß die Süderweiterung mit beträchtlichen Konzessionen an Paris, Rom und Athen „erkauft" werden muß. Diese werden – wie groß sie letzten Endes auch ausfallen – aller Voraussicht nach eine falsche Weichenstellung für die europäische Agrarpolitik bedeuten. Umstritten ist nämlich nicht mehr das Prinzip einer Verstärkung der Interventions- und Einfuhrschutzmechanismen, sondern nur noch deren Ausmaß.

Im Mittelpunkt der geplanten Neuregelung steht die Idee, die Erzeugerorganisationen erheblich zu stärken. Sie sollen künftig eine Schlüsselrolle auf dem Markt erhalten. Einschneidend ist vor allem der Vorschlag, Erzeuger, die nicht Mitglied einer Genossenschaft sind, zur Einhaltung der von dieser festgelegten Preise zu verpflichten. Nach dem jüngsten Stand der Diskussion sollen die Mitgliedsstaaten zur Einführung einer derartigen Regelung berechtigt werden, wenn in einem Einzugsgebiet 50 Prozent der Erzeuger und 50 Prozent der Produktion von der Organisation erfaßt werden und sich nicht mindestens ein Drittel der Erzeuger dagegen ausspricht. Dies würde – wenngleich für die einzelnen EG-Länder auf fakultativer Basis – eine Monopolisierung der Preisbildung bedeuten. Bonn hat deshalb verlangt, daß zumindest zwei Drittel der Erzeuger von einer Genossenschaft erfaßt sein müssen, um die „Allgemeinverbindlichkeit" der Preise bewirken zu können.

Ebenso umstritten ist bisher noch die Frage, unter welchen Bedingungen bei Marktstörungen die „schwere Krise" ausgerufen werden kann, die zum Aufkauf von überschüssigen Produkten mit öffentlichen Mitteln verpflichtet. Je nach dem, wie streng diese Voraussetzungen definiert werden, wächst auch die Gefahr, daß die Landwirte nur noch „für die Intervention produzieren". Die Bundesregierung bemüht sich in der Diskussion unter anderem, die Zahl der in Betracht kommenden Erzeugnisse möglichst klein zu halten.

Im externen Teil geht es vor allem um die Berechnung der Referenzpreise. Sie bestimmen jeweils die Höhe der Einfuhrabgaben für Drittlandsbezüge. Ein Vorschlag der griechischen Präsidentschaft, die Preise jährlich nach bestimmten automatischen Kriterien zu erhöhen, zeigt die Neigung, den EG-Markt weiter abzuschotten. Er ist bisher bei mehreren Mitgliedstaaten auf entschiedenen Widerstand gestoßen.

Deutlich wird das Bemühen um einen Ausbau der Einkommenssicherungen für die südlichen Landwirte auch durch die Forderung der Mittelmeerstaaten, die geänderten Vorschriften schon vor dem spanischen Beitritt einzuführen. Dabei müssen die Spanier ohnehin mit einer längeren Übergangszeit im Agrarbereich rechnen, während der sie nicht unbegrenzt in die EG exportieren können.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bamberg: HBN Hausbau Neunkirchen GmbH, Neunkirchen a. Br.; **Bochum:** Margarete Balke; **Essen:** INFER Organisation GmbH f. integrierte Fertigungsorganisation, Essen-Heidhausen; **Freudenstadt:** Bodo Kosmahl, Inh. d. Modehauses Kosmahl, Alpirsbach; **Groß-Gerau:** Altenpflegeheim Rühlmann GmbH, Büttelborn-Klein-Gerau; **Herford:** Nachl. d. Bernhard Engelbrecht, Löhne 3; **München:** Projekt Management Team PMT GmbH München; TEVOG Technische-Vertriebsorganisation GmbH; Nachl. d. Paul Gernoth, Vermessungsing.; **Neu-Ulm:** Hans Dietrich; **Siegen:** Maschinenfabrik E. Bach GmbH & Co. KG; **Wuppertal:** Becker Bau GmbH; HATIFA GmbH, Tisch- u. Sitzmöbelfabrik, Haan 1.

Vergleich eröffnet: Wetzlar: Druckhaus Osswald Verlagsges. mbH.

Vergleich beantragt: Bamberg: Otto Grasser, Alleininh. d. TMG Teppichbodenmarkt Otto Grasser, Eggolsheim; **Witten:** Gerhard Kaufmann, Kaufm.; **Wolfenbüttel:** Jochmann-Moden, Inh. Roswitha Jochmann.

Rangliste der Kreditfähigkeit

Sbt. Washington

Anläßlich der Währungstagung in Washington hat das amerikanische Finanzmagazin „Institutional Investor" 107 Staaten wieder nach ihrer Kreditwürdigkeit gewertet. Die ersten zwölf Plätze werden von den USA, der Schweiz, Japan, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Kanada, Norwegen, den Niederlanden, Australien, Österreich, Frankreich und Singapur eingenommen. Auf den fünf letzten Positionen rangieren El Salvador, Zaire, Nicaragua, Nordkorea und Uganda. Wie relativ so ein „credit rating" jedoch ist, zeigt das Beispiel Brasiliens: Das mit 92 Milliarden Dollar am höchsten verschuldete Entwicklungsland wurde auf Platz 51 gesetzt. Mexiko, Chile und Argentinien folgen an 60., 62. und 70. Stelle.

Für Abbau von Handelsbarrieren

dpa, Ottawa

Die Handelsminister der USA, Kanadas, Japans und der Europäischen Gemeinschaft haben sich bei einem zweitägigen informellen Treffen in Kanada zufrieden über das Ausmaß der Wirtschaftserholung in den USA sowie über die Zeichen eines Aufschwungs in Europa und Japan geäußert. Sie waren sich einig, daß vor dem Hintergrund dieser Konjunkturverbesserung protektionistische Tendenzen bekämpft und Barrieren im Welthandel abgebaut werden müssen.

An diesem vierten derartigen Treffen dieses Jahres nahmen der für Außenhandel zuständige Vizepräsident der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, der amerikanische Handelsbeauftragte William Brock, der japanische Minister für Industrie und Internationalen Handel, Sosuke Uno, sowie der kanadische Handelsminister Gerald Regan teil.

Regan betonte, die Vierergruppe habe spezifische Vorschläge erörtert, wie ein Abbau der Handelsschranken erreicht werden könne. Dazu gehöre eine weitere Verstärkung der verschiedenen Codes der Tokio-Runde. Mit mehr Transparenz im Gatt (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) müsse beispielsweise eine weitere Ausbreitung der „Grauzone" kurzfristiger, inoffizieller Handelsrestriktionen verhindert werden.

NAMEN

Wilhelm Karl Prinz von Preußen wird sich am 1. Oktober aus der Funktion als Geschäftsführer der Dragoco Holzminden und der Internationalen Dragoco-Gruppe zurückziehen. Er bleibt aber weiterhin Vorsitzender des Beirates. **Dietrich Fuhrmann** und **Horst-Otto Gerberding**, Geschäftsführer der Dragoco Holzminden, werden zum 1. Oktober 1983 in die Internationale Geschäftsführung berufen.

Joachim-Heinrich Krohn (40) wurde zum Verkaufsdirektor von Mobil Plastics Europe im deutschsprachigen Raum bestellt. Gleichzeitig wurde er mit der Geschäftsführung der Niederlassung Karlsruhe betraut.

HOCHTEMPERATURREAKTOR / Schmehausen

Finanzierung gesichert

HANS BAUMANN, Essen

Die am Projekt des Hochtemperaturreaktors in Schmehausen in Westfalen beteiligten Elektrizitätsversorgungsunternehmen haben gestern einen Vertrag unterzeichnet, mit dem die restlichen 237 Mill. DM Restfinanzierung gesichert sind. Insgesamt wird der Prototyp bis zu seiner Betriebsbereitschaft am 1. Oktober 1985 4 Mrd. DM gekostet haben.

Der Thorium-Hochtemperatur-Reaktor (HTR 300) in Schmehausen ist der Ausgangspunkt einer fortschrittlichen Linie der Hochtemperaturreaktoren. Sie werden später nicht nur Strom erzeugen, sondern auch Prozeßwärme für die Industrie abgeben – insbesondere für die Veredlung von Kohle. Als aussichtsreich gilt ein von der VEW entwickeltes Kohleumwandlungsverfahren, für das zur Zeit eine zweite Prototypanlage beim Gersteinwerk in Westfalen entsteht. Dort sollen 1984 stündlich 10 Tonnen Steinkohle in Gas umgewandelt werden. Allein für diese Anlage wird die VEW mit Hilfe staatlicher Zuschüsse 130 Mill. DM investieren.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie, Heinz Riesenhuber, und der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Reimut Jochimsen, besuchten den Hochtemperaturreaktor, über dessen Montagestand sie der Vorsitzende des Vorstandes der VEW, Prof. Klaus Knizia, unterrichtete. Am 13. September gelang eine sich selbst erhaltende nukleare Kettenreaktion, womit der erste Schritt der nuklearen Inbetriebnahme vollzogen wurde. Zur endgültigen Füllung des Reaktorkerns gehören 675 000 Betriebselemente, davon 358 000 kugelförmige Brennelemente (6 cm Durchmesser) und 317 000 Graphitelemente. Bei Vollbetrieb erreicht der Reaktor eine Leistung von 750 Megawatt.

UdSSR/OECD-Bericht zu Ernährungslage

Auf Agrarimporte angewiesen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die von Moskau angestrebte Verminderung der Lebensmittelimporte könnte nur zu Lasten des Verbrauchers gehen. Denn die Aussichten für die Steigerung der sowjetischen Agrarproduktion sind weniger günstig als die sowjetische Regierung annimmt. Zu diesem Ergebnis kommt der Landwirtschaftsausschuß der OECD in einer Untersuchung der Agrarverhältnisse in der Sowjetunion.

Seit dem letzten, vor fünf Jahren veröffentlichten OECD-Bericht dieser Art hat sich die Versorgungslage des Landes infolge mehrerer Mißernten wesentlich verschlechtert, heißt es. Die Sowjetunion ist inzwischen der größte Getreide- wie Fleischimporteur der Welt geworden.

Gleichwohl hat sich die Ernährungslage der Sowjetbürger verschlechtert. Insbesondere ihr Fleischverbrauch ist inzwischen unter den aller anderen Ostblockstaaten abgesunken. Er müßte noch weiter zurückgehen, wenn die Sowjetunion die Getreideimporte nicht in dem geplanten Umfang vermindern kann. Denn dann würden neue Abstriche bei den Fleischimporten erforderlich werden, meint die OECD.

Diese Voraussagen beruhen auf der Hypothese, daß die Sowjetunion ihre agrarpolitischen Produktionsziele nicht erreicht. Für Getreide sind das 230 Millionen Tonnen 1985 und 250 Millionen Tonnen 1990. Aber selbst wenn diese Zahlen erreicht würden, würde die Fleischproduktion wesentlich geringer als erwartet ausfallen. Für 1985 schätzt sie die OECD auf 17,5 statt 18,2 Millionen Tonnen und für 1990 auf 18 statt 20 Millionen Tonnen.

Unter diesen Umständen müßten nicht nur die Getreideimporte für den Nahrungsmittelbereich gesteigert werden, sondern auch die für Futtermittel. Demgegenüber strebt Moskau eine Verminderung der Getreideeinfuhr von gegenwärtig 15 auf zehn Millionen Tonnen an.

Diese Importzahlen würden, wie die OECD meint, aber wohl eher erhöht werden müssen, vor allem in den schlechten Erntejahren. Unter anderem auch deshalb, weil die sowjetische Lagerkapazität nicht ausreicht, um Mißernten voll zu überbrücken.

KARTOFFELBÖRSE / Starke Preiserhöhung

Niedrigste Ernte seit 1949

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Ein knappes Angebot und deutlich höhere Preise werden in den nächsten Wochen den deutschen Kartoffelmarkt bestimmen. Die Gründe dafür liegen in den schlechten Ernteergebnissen. Sprecher des Bundesernährungsministeriums und des Zentralverbandes des Deutschen Kartoffelhandels erklärten auf der traditionellen Herbstbörse in Hannover, das Jahr 1983 bringe mit knapp 5,5 Mill. Tonnen die niedrigste Kartoffelernte seit Bestehen der Bundesrepublik. Gegenüber dem ohnehin schwachen Vorjahr (7,05 Mill. t) bedeute das einen weiteren Rückgang um 22,3 Prozent.

Das schlechte Ergebnis, so die Sprecher, sei nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es der Landwirtschaft im vergangenen Jahr nicht gelang, kostendeckende Erlöse zu erzielen. Dadurch sei die Anbaufläche 1983 um weitere 6,2 Prozent auf 223 361 (238 000) Hektar verringert worden. Allein dies habe eine Minderung des Kartoffelaufkommens um 440 000 t bedeutet. Der weitaus größere Einbruch indes sei durch den späten Pflanztermin sowie den heißen und niederschlagsarmen Sommer verursacht worden. Er führte zu Ernteverlusten von 1,13 Mill. t.

Davon betroffen waren vor allem der Westen und der Norden der Bundesrepublik. Ernteeinbußen seien aber auch in den traditionellen Exportländern Holland, Frankreich und Belgien zu erwarten. Eine Schließung der Lücken im Inland durch höhere Importe sei also nicht zu erwarten, zumal auch England einen gestiegenen Bedarf anmelde.

Alle diese Umstände führen dazu, daß der Speisekartoffel-Verbraucher in diesem Jahr „mit deutlich höheren Preisen als in den Vorjahren" rechnen müsse. Nach Informationen des Kartoffelhandels ist zu Beginn der Bevorratungsperiode mit Abholpreisen für Einkellerungsware zwischen 12,50 DM und 15 DM pro 25-kg-Packung zu rechnen. Im Vorjahr lagen diese Preise zwischen 7,50 DM und 11 DM. Der Kartoffelhandel geht nicht davon aus, daß sich die Preise in den folgenden Wochen ermäßigen und empfiehlt deshalb, schon jetzt Vorräte an Speisekartoffeln anzulegen. Qualitätsmäßig werde die Ware allen Ansprüchen gerecht.

FRANKREICH / Pariser Regierung legt Einzelheiten des Elektronikplans vor

In fünf Jahren drittgrößter Hersteller

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der von Staatspräsident Mitterrand zur „Priorität aller Prioritäten" seiner Amtszeit erklärte Elektronikplan, der Frankreich in diesem Bereich aufgrund von 140 Milliarden Franc (46 Milliarden Mark) Investitionen in den fünf Jahren bis 1987 zum drittgrößten Produzenten der Welt nach den USA und Japan erheben und die dritte industrielle Revolution erfolgreich bestehen lassen soll, ist jetzt von Industrie- und Wissenschaftsminister Fabius näher definiert worden. Als erstes Ziel der Regierung bezeichnete der Minister die Schaffung der industriellen Basis zur Entwicklung einer „elektronischen Verbundwirtschaft" (Filière Electronique). Dabei sollen die Produktionsbereiche gestärkt werden, in denen Frankreich international gut plaziert ist, insbesondere also die Telekommunikation, die Telematik, die Monetik, die Logistik und die militärische Elektronik.

Zu diesem Zweck wurde kürzlich eine umfassende Restrukturierung der beiden verstaatlichten Elektro- und Elektronikkonzerne Compagnie Générale de l'Electricité (CGE) und Thomson beschlossen. Danach werden alle Telekommunikationsaktivitäten der beiden Konzerne, insbesondere der Telefonbereich, unter die Kontrolle der CGE gestellt, während andererseits die Unterhaltungselektronik, die Elementefertigung und die militärische Elektronik bei Thomson konzentriert werden.

Darüber hinaus sollen, wie jetzt von Fabius angekündigt wurde, die Aktivitäten des im staatlichen Mehrheitsbesitz befindlichen EDV-Konzerns Bull „konsolidiert und diversifiziert" werden. Offensichtlich soll Bull einerseits Informatik-Interessen von CGE und Thomson übernehmen und andererseits seinen unterentwickelten Büromaschinensektor ausbauen; dabei scheint aber nicht an eine verstärkte Bindung an die italienische Olivetti gedacht zu sein, an der Bull mit 25 Prozent beteiligt ist.

Internationale Kooperationen werden von der französischen Regierung für den gesamten Elektronikbereich für notwendig gehalten. Als Vorbild im europäischen Bereich nannte Fabius die Projekte Eurodis (Urananreicherung), Ariane (Raumfahrt), Airbus (Flugzeugbau) sowie das von Bull mit Siemens und ICL projektierte zukunftselektronische Forschungszentrum, das in München erstellt wird. Auch erlaubt die Übernahme von Telefunken durch Thomson laut Fabius die Stärkung der europäischen Unterhaltungselektronik gegenüber der amerikanischen und japanischen Konkurrenz.

Daneben bestehen eine Reihe von Kooperationsverträgen mit amerikanischen und japanischen Unternehmen, die ausgebaut werden sollen. Zuvor müßte aber die französische Elektronik ihre internationale Wettbewerbsposition stärken, um sich eine gute Verhandlungsbasis zu schaffen. Das Außenhandelsdefizit Frankreichs im Elektronikbereich beträgt elf Milliarden Franc im Jahr.

Bedeutende staatliche Mittel werden für die Ausbildung von jährlich mehr als 3000 Elektronikingenieuren, für die Einführung der Informatik in den Schulen und für eine große Aufklärungskampagne bereitgestellt, in der die Franzosen unter Einschaltung des Staatsfernsehens mit der Elektronik des täglichen Lebens vertraut gemacht werden sollen.

Schließlich hilft die Regierung den kleinen und mittleren Industrieunternehmen (bis 2000 Beschäftigte), die bei der Entwicklung neuer Fabrikate elektronische Bauelemente nationaler Herkunft verwenden. Die Entwicklungskosten können dann zu zwei Dritteln (bis zu 70 000 Franc) und die Realisierungskosten zur Hälfte (bis 300 000 Franc) vom Staat zurückerstattet werden.

GILDEMEISTER / Mehrheit bei Pittler übernommen

Markt fordert Konzentration

HEINZ HILDEBRANDT, Bielefeld

Die Gildemeister AG, Bielefeld, übernimmt die bisher von der Deutschen Bank und der Dresdner Bank gehaltenen 51 Prozent Anteile am 18,8 Mill. DM Grundkapital der Pittler AG, Langen. Der Bielefelder Werkzeugmaschinenhersteller, der bereits seit März dieses Jahres mit 24 Prozent bei Pittler beteiligt ist, wird dadurch mit 75 Prozent zum Mehrheitsaktionär des hessischen Produzenten.

Gildemeister begründet die Übernahme mit dem trotz leichter konjunktureller Besserung unverändert harten Wettbewerb auf dem internationalen Werkzeugmaschinenmarkt. Dies zwinge zu konsequenten Ausschöpfungen aller Rationalisierungsmöglichkeiten und zur Konzentration auf Fertigungsschwerpunkte. So zielt die bereits in Aussicht gestellte Zusammenarbeit mit Pittler auf eine weitgehende Zusammenfassung von Forschung und Entwicklung, auf gegenseitige Ergänzungen im Fertigungsbereich und auf eine Kooperation im Vertrieb, vor allem auf den Exportmärkten.

Der Gildemeister-Aufsichtsrat hat der Übernahme bereits zugestimmt. Das Unternehmen wird daher sein Grundkapital aus genehmigter Kapitalerhöhung um acht Mill. DM auf 48 Mill. DM aufstocken. Gildemeister (Umsatz 1982: 428,2 Mill. DM, davon 63 Prozent Exportanteil) will die bei Pittler bereits eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen fortführen; die bisherige Gesellschaftsform der neuen Tochter soll jedoch nicht geändert werden. Die Pittler-Gruppe erzielte 1982 einen Umsatz von 162,6 Mill. DM. Gildemeister-Vorstandssprecher Horst Göhren und Vertriebsvorstand Prof. Dieter Weidemann sollen in den Pittler-Aufsichtsrat entsandt werden. Hans-Georg Schuhbauer bleibt wie bisher Vorstandssprecher bei Pittler. Neues Vorstandsmitglied in Langen wird jedoch Heinz Schäfer, Gildemeister-Vorstand für Finanzen und Controlling.

DEUTSCHE PHILIPS / Nach zwei Verlustjahren wieder ein positives Ergebnis

Ertragsaussichten deutlich verbessert

DOMINIK SCHMIDT, Hamburg

Die Allgemeine Deutsche Philips Industrie GmbH (Alldephi), Hamburg, Holding der deutschen Philips-Unternehmen, hat im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 4.) nach zweimaligen Verlustabschlüssen wieder die Gewinnzone erreicht. Mit 66 Mill. DM hält sich der Jahresüberschuß zwar noch in bescheidenen Grenzen; angesichts des im Jahre 1981/82 ausgewiesenen Fehlbetrags von 39 Mill. DM, der vor dem Hintergrund von Gesellschafterzuschüssen in Höhe von 120 Mill. DM zudem als „geschönt" betrachtet werden muß, spricht Alldephi-Geschäftsführer Karl-Heinz Busacker dennoch von einem Erfolg. Neben den Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen hätten sich auch externe Einflüsse positiv bemerkbar gemacht.

Busacker läßt keinen Zweifel daran, daß dieses Ergebnis längst nicht den Ansprüchen genügt. Erstes Ziel der deutschen Philips bleibe es, die Umsatzrendite von derzeit 1,7 Prozent auf mindestens 3 Prozent zu erhöhen. Das bedeute ein Ergebnis vor Steuern von 435 (1982/83: 104) Mill. DM. Gemessen an der Muttergesellschaft müßte der Überschuß sogar auf über 500 Mill. DM wachsen.

Die Entwicklung im bisherigen Verlauf des neuen Geschäftsjahres signalisiert, daß auf dem Weg dorthin bereits ein beträchtlicher Schritt getan wird. In den ersten vier Monaten nahm der Umsatz um eine zweistellige Prozentzahl zu. Wenngleich Zweifel daran bestehen, ob diese Entwicklung über das gesamte Jahr beibehalten werden kann, zeigt sich Philips doch zufrieden. Dies gilt auch für die Ertragsseite. Busacker rechnet damit, daß der im Berichtsjahr ausgewiesene Verlustvortrag von 66 (108) Mill. DM deutlich überkompensiert wird. Sorge bereite lediglich der Bereich der Unterhaltungselektronik, der umsatzmäßig zwar gut wachse, nach wie vor aber ertragsschwach sei.

Im Berichtsjahr erhöhte sich der vergleichbar gemachte Außenumsatz der in den Teilkonzern einbezogenen Unternehmen um 3 Prozent auf 6,26 (6,06) Mrd. DM (im Vorjahr war die Philips Kommunikations Industrie AG, Nürnberg, nur mit vier Monaten im Jahresabschluß enthalten). Busacker weist darauf hin, daß diese 3 Prozent reales Wachstum bedeuten. Höhere Preise im Investitionsgüterbereich seien durch niedrigere Verkaufspreise für Konsumgüter und Bauelemente ausgeglichen worden. Die Anteile der einzelnen Bereiche am Gesamtumsatz blieben nahezu unverändert: Investitionsgüter 50 Prozent, Konsumgüter 31 Prozent, Industriezulieferungen 19 Prozent. Der Produktionswert erhöhte sich wieder kräftiger, nämlich um 8 (4) Prozent.

Die Investitionen erreichten mit 252 (261) fast das hohe Vorjahresniveau. Schwerpunkte bildeten das Röhren- und Halbleiterwerk in Hamburg-Lokstedt, die Bildröhrenfertigung in Aachen und die Kommunikations Industrie AG (neue Übertragungstechniken und optische Nachrichtenübermittlung). Busacker geht davon aus, daß die Investitionen im laufenden Jahr eher noch etwas steigen werden. Die Abschreibungen werden mit 244 (231) Mill. DM ausgewiesen.

Erneut zurückgegangen ist die Beschäftigtenzahl. Ende April 1983 zählten die deutschen Philips-Unternehmen 31 600 Mitarbeiter, 4 Prozent weniger als vor Jahresfrist.

Die Bilanzsumme verringerte sich leicht auf 3,49 Mrd. DM. Neben der Verringerung der Vorräte und der flüssigen Mittel ist dies im wesentlichen auf die Ausgliederung der Heinrich Behncke GmbH (Bank-Interessen) zurückzuführen. Die Eigenkapitalausstattung wurde deutlich verbessert: Der Eigenkapitalanteil stieg auf 30 (19) Prozent, vor allem auf Grund der Begebung von Alldephi-Genußscheinen in Höhe von 200 Mill. DM.

Aktuelle Überlegungen, die Beteiligung am Hausgerätehersteller Bauknecht (derzeit 25 Prozent) aufzustocken, gibt es nach den Worten Busackers nicht. Grundsätzlich aber stehe Philips zu der Vereinbarung, die Anteile stufenweise zu erhöhen und Bauknecht in den Konsolidierungskreis einzubeziehen. Dafür habe man aber noch fünf Jahre Zeit. Bauknecht selbst arbeite derzeit mit schwarzen Zahlen. Der Umsatz liege bei 800 Mill. DM, davon entfalle die Hälfte auf das Inland.

Hermanus Koning, Vorsitzender der Alldephi-Geschäftsführung, bestätigte die Absicht von Philips, die derzeitige Beteiligung an Grundig um 1 Prozent auf eine Schachtel aufzustocken. Allerdings müsse die Entscheidung des Kartellamtes abgewartet werden. Weitergehende Überlegungen müßten jedoch von Max Grundig ausgehen.

SAUER GETRIEBE / Bosch ist ausgestiegen

Umsatz stagniert seit 1981

KAREN SÖHLER, Hamburg

„Wir laufen seit 26 Monaten nominal auf flachen Linien", erklärte Klaus Murmann, Vorstandsvorsitzender der Sauer Getriebe AG, Neumünster. Daß sich die 1983 angekündigte Wende für den Hydrostatik-Getriebehersteller als Luftschloß entpuppt hat, beweisen die Zahlen des ersten Halbjahres: konsolidierter Gruppenumsatz 102 Mill. DM gegenüber 107 Mill. DM im Vorjahr, Kapazitätsauslastung zwischen 60 und 70 Prozent, Rückgang der Mitarbeiter um 175 auf 1356 in der Gruppe.

Aufgrund der weiterhin unbefriedigenden Konjunktur in der Baumaschinenindustrie rechnet Murmann auch für das zweite Halbjahr nicht mit einer Verbesserung. Die Schließung der Promethevs Maschinenfabrik GmbH, Berlin, wird den Jahresabschluß zusätzlich belasten. Für 1983 erwartet das Anfang 1982 in eine Kapitalgesellschaft umgewandelte Unternehmen daher bestenfalls ähnliche Ergebnisse wie im Vorjahr.

Dabei hatte Sauer Getriebe schon 1982 anfangs aufgebaute Hoffnungen zum Ende des Geschäftsjahres (31. 12.) wieder begraben müssen. Der konsolidierte Gruppenumsatz verharrte mit 204 Mill. DM auf dem Niveau von 1981 (203 Mill. DM). Vorwiegend führt Murmann die Entwicklung auf das unbefriedigende Inlandsgeschäft zurück. Daß die Auslandsgesellschaften günstigere Zahlen ausweisen konnten, wirkte sich wechselkursbedingt nicht auf den Umsatz aus. Die AG mußte sogar einen Umsatzrückgang von 9,2 Prozent auf 130 (143) Mill. DM hinnehmen.

In die Modernisierung und Rationalisierung der Fertigung hat das Unternehmen auch 1982 investiert. Das Brutto-Sachanlagevermögen lag mit 14 Mill. DM um 37 Prozent über den Investitionen des Vorjahres. Die Rationalisierungs-Investitionen sollen auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

Das schon 1981 als sehr mager bezeichnete Ergebnis schrumpfte um 34,7 Prozent auf 1,4 (2,2) Mill. DM. Wichtigste Gründe für diesen Einbruch seien der Preisdruck und das anhaltend hohe Zinsniveau.

Trotz des insgesamt recht trüben Bildes glaubt Murmann fest an eine leichte Belebung in den kommenden Jahren. Für Sauer Getriebe sei es dabei von Vorteil, daß sie durch die neue Partnerschaft mit Volvo Flug-Motor AB, Schweden, die Produktpalette mit der Schrägachsentechnologie ausweiten konnten.

Diese Angebotserweiterung war Auslöser für eine Veränderung im Aktionärskreis. Die Robert Bosch GmbH hat nach zwölfjähriger Beteiligung an Sauer Getriebe ihre Schachtel an die Familie Murmann abgegeben. Damit hält Murmann nunmehr 75 Prozent des Stammkapitals von 30 Mill. DM. Wie Murmann sich ausdrückte, erfolgte die Übernahme „fern vom Nominalkurs". Die verbleibenden 25 Prozent hält die Westdeutsche Landesbank.

Die mit der Umwandlung in die AG verknüpften Ziele – Gang an die Börse und Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmen –, hat Murmann einstweilen aufgeschoben. Die Situation müsse sich erst einmal bessern.

KAPITAL & WERT / Neuer Fonds aufgelegt

Vorstoß für Wagniskapital

INGE ADHAM, Frankfurt

„Wir wollen den Nachweis erbringen, daß es geht", kommentiert Vorstandsvorsitzender Uwe Gabbert die Pläne der Mainzer Anlagegenossenschaft Kapital & Wert e. G. (K&W), einen Wagniskapitalfonds aufzulegen. Vom 15. Oktober an bieten die Mainzer, bisher vor allem bei geschlossenen Immobilienfonds engagiert, ihren rund 8500 Mitgliedern – und nur diesen – den „Inno-Wert Fonds 1" zur Zeichnung an. Bei einem Zeichnungskapital von 20 Mill. DM wurde die Höchstbeteiligung pro Mitglied auf 20 000 DM begrenzt, um das Risiko für die Mitglieder zu begrenzen. Denn, daran erinnerte Grabbert bei der Vorstellung seines neuen Fonds-Modells, schließlich handele es sich um echtes Risikoeigenkapital, feste Verzinsung und Rückzahlung könne man den Zeichnern deshalb naturgemäß nicht anbieten.

Die Beteiligung des Fonds an mindestens vier bis fünf Unternehmen verschiedener Branchen und Entwicklungsstadien soll jedoch das Risiko eines „Flops" für den Fonds minimieren. Bei der Realisierung der Wagniskapitalvorhaben kooperiert K&W mit der Unternehmensberatung Schmücker & Partner, Gummersbach. Schmücker war bis vor kurzem Generalbevollmächtigter der Unternehmensberatung Kienbaum. Gabbert zeigte sich bei der Vorstellung seines neuen Projekts überzeugt vom Interesse der K & W-Genossen, da man über Jahre Solidität bewiesen habe und auch jetzt offen auf das Risiko hinweise. In den nächsten 5 Jahren will K & W insgesamt 300 Mill. DM Wagniskapital aufbringen, jeweils in geschlossenen Fonds zu 20 Mill. DM.

Im Rumpfgeschäftsjahr 1983 (1. 1. bis 30. 6.) hat K & W insgesamt 86,1 (i. V. 38) Mill. DM Eigenkapital plaziert, für das zweite Halbjahr dieses Jahres werden rund 210 Mill. DM erwartet. Damit wären seit der Gründung vor sechs Jahren insgesamt 1,3 Mrd. DM Zeichnungskapital plaziert worden; davon die Hälfte in den mit der Deutschen Anlagen-Leasing entwickelten Real-Wert Fonds, die andere Hälfte in Boden-Wert Fonds und zum kleineren Teil in US-Wert Fonds.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Von Flick zu Krupp?

Düsseldorf (J. G.) – Recht sicherem Vernehmen nach wird Harald J. Schröder, Geschäftsführungsmitglied der Holding Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA, Düsseldorf, und Vorstandsmitglied der Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG, Köln, in den Vorstand der Konzernholding Fried. Krupp GmbH, Essen, wechseln und dort das bisher als Stabsabteilung geführte Ressort Controlling übernehmen. Krupp gibt dazu noch keine Stellungnahme ab, während man bei Flick betont: „Er ist noch da und scheidet auch nicht aus." Tut er es doch, so hätte sich das vor Jahresfrist noch elf Personen starke Führungsgremium der Flick-Holding, den Vorsitzenden und Eigentümer Friedrich Karl Flick mitgerechnet, auf nur noch drei Mann reduziert.

Warburg Berlin zu Lampe

Düsseldorf (Py.) – Das mehrheitlich zur Oetker-Gruppe gehörende Bankhaus Hermann Lampe KG, Bielefeld/Düsseldorf, übernimmt Ende Oktober das Geschäft der Niederlassung Berlin der Effectenbank Warburg, Frankfurt. Während sich das Frankfurter Institut (Bilanzsumme 1,8 Mrd. DM) in den zurückliegenden Jahren vom Massengeschäft und jetzt auch von der letzten Filiale getrennt hat, sieht Lampe (Bilanzsumme: 2,4 Mrd. DM) am Platz Berlin, wo das Institut bereits mit einer stark expandierenden Niederlassung vertreten ist, zusätzliche Geschäftsmöglichkeiten für eine Privatbank mit mittelständischer Unternehmens- und gehobener Privatkundschaft. Die Lampebank ist mit vier Niederlassungen vornehmlich im kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäft, im Dienstleistungssektor und in der Vermögensberatung tätig.

Zuversicht für Sollinger

Uslar (dos) – Die im April in Konkurs gegangene Sollinger Hütte GmbH, Uslar, hat gute Chancen, fortgeführt zu werden. Konkursverwalter Gunther Gustafsen erklärte gestern auf einer Betriebsversammlung, aufgrund des hohen Know-how im Stahl-, Lager- und Brückenbau rechne er damit, den Betrieb „in den nächsten Wochen auf einen neuen Unternehmer zu überführen". Derzeit verhandele er ernsthaft „mit mehreren namhaften Interessenten". Der Auftragsbestand sichere die Auslastung für sieben Monate. Rund 130 Arbeitsplätze würden erhalten bleiben. Auch die beiden anderen zur Gruppe gehörenden Firmen, die GFK-Keramik-Maschinen GmbH und die Sollinger Bautischlerei GmbH, entwickelten sich günstig. Die Gespräche mit potentiellen Erwerbern seien noch im Gange. Gustafsen geht davon aus, daß künftig drei selbständige Firmen mit insgesamt 190 Dauerarbeitsplätzen in Uslar etabliert sein werden.

DAL / In Zukunft auf kleinerer Flamme

Wachstum brachte Probleme

INGE ADHAM, Frankfurt

Am Nachmittag wurden die Herren vom Vorstand der Deutschen Anlagen-Leasing GmbH (DAL), Mainz, dazu gebeten: Ob ihnen der Aufsichtsrat der größten deutschen Leasing-Gesellschaft, die mit deutlichem Wertberichtigungsbedarf für die '82er Bilanz, die im Oktober vorgelegt werden soll, ins Gerede gekommen war, Angenehmes mitzuteilen hatte, darf bezweifelt werden.

Zwar stand das Ergebnis der Gesellschafter-Sitzung (Westdeutsche Landesbank, Landesbank Rheinland-Pfalz, Hessische Landesbank, Bayerische Landesbank und Dresdner Bank), die eine Entscheidung über die künftige Unternehmenspolitik bei der DAL bringen sollte, bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Tatsache aber ist, daß die Gesellschafter die – wie schon berichtet – mit knapp 100 Mill. DM dafür sorgen, daß die Bilanz bei der DAL für 1982 „stimmt", schon vor der Sitzung sich darüber einig waren, daß bei der DAL in Zukunft „auf kleinerer Flamme gekocht" werden soll.

Denn auch das rasche Wachstum hat ihr die Probleme ins Haus geschaufelt, mit denen sie heute gemeinsam mit ihren Gesellschaftern fertig werden muß. Wer so schnell wächst, holt sich eben nicht nur erste Adressen ins Haus, ist in der Branche zu hören. Die inzwischen entstandene Marktsituation hat zudem ohnehin eine kritischere Bewertung der Immobilienobjekte notwendig gemacht. Auch das Mobilien-Leasing hat sich (nicht nur bei der DAL) teilweise zum Verlustbringer entwickelt. Vor diesem Hintergrund ist klar, daß für ein Unternehmen mit unzureichender Risikovorsorge die Luft zum Atmen dünn wird und es bei anhaltend rollender Pleitewelle auch in diesem Jahr bleiben wird.

Einen zu abrupten Kurswechsel will DAL-Chef Günter Zöller nach eigenem Bekunden nicht mitmachen. Ob seine Gesellschafterbanken da mitziehen, ist noch offen; dem Vernehmen nach sieht man sich im Kreis der Landesbanken nach einem „Feuerwehrmann" um, unter dessen Ägide die DAL zu neuer Form finden soll. Erst dann wäre übrigens die vieldiskutierte Anlehnung an die Deutsche Leasing denkbar.

Aktien nicht ganz einheitlich

Konjunkturhoffnungen sorgen für Sonderbewegungen

DW. – Trotz des Rückschlages an der New Yorker Börse setzte sich auf dem deutschen Aktienmarkt am Mittwoch auf Teilgebieten eine freundlichere Tendenz durch. Anlaß dazu waren Hoffnungen auf eine sich allmählich verbreiternde Konjunkturerholung, aber auch der sinkende Dollar. Außerdem verfestigte sich die Ansicht, daß der Zins an die Decke gestoßen ist und sich jetzt leicht zurückbilden wird. Daß sich die Anleger den nach wie vor in einigen Branchen bestehenden Risiken bewußt sind, macht die Vernachlässigung der Bankaktie deutlich. Die Verhandlungen auf der Weltwährungskonferenz zeigen, wie groß die Krise tatsächlich ist, in der sich das westliche Bankensystem befindet.

Selektiv gekauft wurden im Bereich der Maschinenbauaktien Deutsche Babcock Stämme lebhaft bis 181 DM (plus 3,20 DM). Weiterhin reges Interesse aber auch für *IWKA, wo der Kurs um 2 DM auf* 159 DM angehoben wurde. Zu den bevorzugten Papieren zählen aus konjunkturellen Gründen weiterhin die Elektrowerte, von denen sich Siemens allerdings nur um 1 DM auf 346 DM verbesserten. AEG-Telefunken, beliebte Spekulationswerte, legten dagegen gleich um 3 DM auf 85 DM zu. Die Diskussionen über die mögliche Gründung einer deutschen Stahl AG scheinen vor allem dem Hoesch-Kurs zugute zu kommen, der sich um 3 DM auf 91,50 DM befestigte.

Düsseldorf: Balcke Dürr und *Dyckerhoff St. erhöhten je um 2,50* DM, Kabel und Metall um *3,80 DM* und Rheag um 10 DM. Mauser legten 3 DM zu. Hageda verloren 2,20 DM und Hein. Lehmann 4 DM. Kochs Adler verminderten um 3 *DM auf 257 DM und Stahlwerke* Bochum um 5 DM auf 162 DM.

Frankfurt: Verstärktes Kaufinteresse war bei AEG festzustellen, die mit 84,80 DM (plus 2,40 DM) schlossen. Ansonsten steigerten sich Chemieverwaltung um 10 DM auf 290 DM, Rütgers fielen um 7,50 auf 316 DM, Schwäbische Zellstoff ebenfalls um 7,50 DM auf 200,50 *DM.*

Hamburg: Versorgungswerte legten 1 DM zu. Conti Gummi verbesserten sich um 1 DM, während Phoenix Gummi 1 DM verloren. Für Reichelt wurden 82,10 DM (minus *2,90 DM*) bezahlt. Flensburger Schiffbau mußten 1 DM hergeben und Nordd. Steingut lagen 1,50 DM fester.

München: Audi NSU gaben um 2 *DM auf 268 DM nach und Erlus* Baustoffe verminderten um 9 DM auf 471 DM. Reichelbräu verloren 15 DM auf 345 DM und Spinnerei Kolbermoor 18 DM auf 841 DM. Würzburger Hofbräu verminderten um 2 DM auf 368 DM.

Berlin: Bekula lagen um 0,70 DM geringfügig freundlicher. DeTeWe wurden um 5 DM, Herlitz Stämme um 4 DM, Orenstein um 3 DM und DUB-Schultheiss um 2 DM zurückgenommen. Herlitz Vorzüge gaben um 1,90 DM und Rheinmetall um 1 DM nach. Berthold und Schering bröckelten um je 0,50 DM ab.

Nachbörse: lustlos

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München

[illegible]

Aktien-Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Toronto

[illegible]

London

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

Mailand

[illegible]

Wien

[illegible]

Tokio

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

Zürich

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Madrid

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Singapur

[illegible]

Paris

[illegible]

Sydney

[illegible]

Optionshandel

Frankfurt: 28. 9.: 605 Optionen = 31 650 (29 950) Aktien davon 114 Verkaufsoptionen = 5800 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-75/9, 10-80/3,50, 1-75/14, 1-80, 1-85/6,50, 1-90/4, 4-80/14,90, 4-85/10, 4-90/7,40, Siemens 10-330/14, *10-340/4, 1-340/22, 1-350/20,* 1-360/14, 1-370/5,60, 1-380/5, 1-390/4, 4-350/30, 4-370/15,60, Veba 10-172,50/3, 1-170/10,40, 4-170/17, 4-10/8,40, BASF 10-144,30/6,30, 1-150/7,90, 4-150/13,10, 4-160/8,20, 4-170/5, Bayer 1-150/7, Hoechst 1-160/8, 4-160/11,50, BMW 1-390/16, VW 10-190/26, 10-210/11,40, 1-220/15, 1-230/10, 4-220/20, 4-240/15,60, 4-250/8, Conti Gummi 10-90/19,60, 10-110/3, 10-120/1, 1-110/7, 4-110/11,60, 4-120/7, 4-130/5,60, Commerzbank 1-170/4, 1-170/12,60, 1-180/7, 4-180/12,90, 4-190/7,50, 4-200/5,50, 4-210/3,50, Dt. Bank 1-320/12, 1-330/9, 1-340/7, Dresdner Bank 10-180/1,50, 1-180/7, 4-170/17,30, 4-180/14, Hoesch 10-90/2,50, 1-90/7, 4-90/11,40, 4-100/5, Mannesmann 1-150/4, 4-140/13,20, 4-160/6,90, Thyssen 1-70/6,20, 1-75/4, 4-70/12, 4-75/7, 4-80/5, Bayr. Hypo 4-290/18, Bayr. Vereinsbank 1-320/19,40, Bekula 10-11/1, BBC 4-230/16,40, Daimler 10-528,50/45, 1-538,50/51,25, Dt. Babcock St. *10-170/9, 1-170/15,60, 4-170/20,10,* Vz. 10-160/9, GHH Vz. 4-130/25, Karstadt 10-254/4,80, Kloeckner 1-40/2,90, 4-45,2, MAN 1-140/10,30, RWE St. 1-170/7,40, 4-180/6,20, Alcan 4-110/12, Chrysler 1-80/10, 1-90/6, General Motors 10-180/15, 4-210/20,40, IBM 4-330/48, 4-340/30, Litton 4-170/26, Xerox 4-130/7, Royal Dutch 1-140/6, 4-130/11,5, Elf 4-65/8,40, Norsk Hydro 1-170/28, 1-210/8. Verkaufsoptionen: AEG 1-75/1,30, 1-80/2,35, 1-85/5, 4-80/4,40, Siemens 1-330/2,60, BASF 1-150/3,35, Bayer 1-150/2,80, 4-150/4,90, Hoechst 1-150/1, 4-150/3,80, BMW 10-370/2, 4-350/2,50, VW 1-210/4, 1-230/17,40, 4-220/10,60, Conti Gummi 1-110/3, 4-110/4,10, Lufthansa St. 1-120/1,80, Commerzbank 1-170/3,60, Dt. Bank 1-300/4, 1-310/7, Dresdner Bank 4-170/5,35, Hoesch 1-85/2, 1-90/4, 1/95/10, 1-100/12, 4-90/7,40, Mannesmann 1-140/5, 4-3,40,4-140/6,50, Thyssen 1-70/1,90, *4-75/7,90,* Bayr. Hypo *1-280/7,* GHH *St. 1-140/*5,40, 1-150/10,40, Karstadt 1-260/9,60, Xerox 10-120/8. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼– 9½	5½–5¾	4¼–4½
3 Monate	9⅜– 9⅝	5½–5¾	4¼–4½
6 Monate	9½– 9⅞	5⅞–6⅛	4½–4¾
12 Monate	9⅞–10⅛	6⅛–6⅜	4½–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 28. September *folgende* Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1525,00	1852,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1232,00	1447,71
5 US-Dollar (Liberty)	510,00	631,30
1 £ Sovereign alt	250,00	307,80
1 £ Sovereign Elizabeth II	246,00	303,24
20 belgische Franken	192,00	246,24
10 Rubel Tscherwonez	264,00	328,32
2 südafrikanische Rand	248,00	304,38
Krüger Rand, neu	1113,00	1308,72
Maple Leaf	1113,00	1308,72
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	258,00	319,20
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	270,18
20 franz. Franken „Napoléon"	210,00	263,34
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1028,00	1235,76
20 österr. Kronen (Neuprägung)	205,00	256,50
10 österr. Kronen (Neuprägung)	107,00	139,08
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	468,00	573,42
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	122,00	150,48

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

28. 9. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,6342	2,6422	2,6136	2,59	2,68
London¹)	3,945	3,959	3,916	3,80	4,04
Dublin¹)	3,107	3,121	3,064	3,08	3,23
Montreal³)	2,1370	2,1450	2,1296	2,10	2,19
Amsterd.	89,285	89,455	89,35	88,25	90,25
Zürich	123,890	124,050	123,55	122,50	125,25
Brüssel	4,921	4,941	4,880	4,75	4,97
Paris	32,835	32,995	32,196	32,00	34,00
Kopenh.	27,655	27,775	27,396	26,75	28,75
Oslo	35,740	35,860	35,16	34,75	36,50
Stockh.**)	33,650	33,810	33,17	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,646	1,656	1,602	1,64	1,73
Wien	14,200	14,240	14,201	14,11	14,33
Madrid**)	1,735	1,745	1,689	1,70	1,82
Lissabon**)	2,115	2,135	2,005	1,80	2,60
Tokio	1,1160	1,1190	–	1,07	1,13
Helsinki	46,500	46,700	45,42	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	22,00
Rio	–	–	–	0,10	0,50
Athen*) **)	2,804	2,841	–	2,30	3,10
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3540	2,3680	–	2,31	2,41
Johannesbg.*)	2,3810	2,3930	–	1,94	2,29

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar. 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der gestrige Höhenflug des Dollar hielt am 28. 9. nicht an, denn schon in Amerika geriet der Kurs aufgrund von starker Nachfrage nach Schweizer Franken am Markt in Chicago, die auch auf die D-Mark ausstrahlt, unter Druck. Der Kurs pendelte in Europa zwischen 2,6350 und 2,6405. Die niedrigen FED-Funds-Sätze von deutlich unter 9 Prozent und die anstehenden, nicht sehr günstig erwarteten Handelsbilanzzahlen für August Notiz lag mit 2,6382 ½ Prozent unter Vortag. Kursrückgänge verzeichneten auch die meisten anderen Währungen. Erneut historische Tiefstkurse erreichten das irische Pfund mit 3,114, der belgische Franc mit 4,931, der französische Franc mit 32,915, die dänische Krone *mit* 27,715, die spanische Pesete mit 1,740 und der portugisische Escudo mit 2,125. Diesen Abschwächungen standen deutliche Kursgewinne des Schweizer Franken um 2,9 Promille auf 123,95 und des japanischen Yen um 4 Promille auf 1,1175 entgegen. Wodurch die ansonsten *feste Tendenz der D-Mark eine gewisse Einschrän*kung erfährt. US-Dollar in: Amsterdam 2,9515; Brüssel 53,4950, Paris 8,0110; Mailand 1597,50; Wien 1855,00; Zürich 2,1284; IR. Pfund/DM 3,114; Pfund/Dollar 1,4980.

Ostmarkkurs am 28. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,50; Verkauf 20,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Dollar-Deports am 28. September deutlich geschrumpft, da von den schwachen Tagesgeldzinssätzen von unter 9 Prozent Auswirkungen auf alle Laufzeiten zu notieren waren.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,89/0,79	2,50/2,40	4,85/4,65
Pfund/Dollar	0,02/PARI	0,03/0,06	0,20/0,25
Pfund/DM	1,90/0,50	4,20/2,80	7,20/5,80
FF/DM	27/11	76/60	160/144

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28. 9.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; *Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.*

Privatdiskontsätze am 28. 9.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 28. 9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an): Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, *2 Jahre* 7,27. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,40, Rendite 8,15.

Bundesanleihen

		28. 9.	27. 9.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,5	100,6G
5½ Bund 78 I	1/84	99,9	99,95
6 dgl. 84 I	1/84	100	100G
8 dgl. 78 I	2/84	100,5	100,5
7 dgl. 77	3/84	100,25	100,25G
7½ dgl. 76 II	4/84	100,45	100,45
5 dgl. 78	5/84	99,25	99,25
6 dgl. 78 III	8/84	99,45	99,4
8¼ dgl. 76	9/84	101,2G	101,2
6 dgl. 78 IV	12/84	98	98,85
6¾ dgl. 79	1/85	98,9G	98,9
8½ dgl. 73 I	3/85	101,5	101,5
7 dgl. 79	4/85	99,6	99,55
7¼ dgl. 79 II	6/85	99,8	99,8
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,35	100,35
8 dgl. 75 IV	10/85	100,95	100,95
5½ dgl. 78 II	3/86	95,6	95,5
5¾ dgl. 78	5/86	95,4	95,3G
7¼ dgl. 76 I	12/86	98,05	98
6½ dgl. 79	1/87	95,6	95,55
7¼ dgl. 76 II	1/87	97,85G	97,85
6¾ dgl. 77	4/87	95,9G	95,9
6½ dgl. 77	7/87	94,85	94,95G
6 dgl. 77	10/87	93,3	93,3
6 dgl. 78 I	1/88	92,75	92,6
6½ dgl. 78 I	9/88	93,85	93,85
6½ dgl. 78 II	12/88	93,4G	93,35G
6¾ dgl. 79	1/89	94	94
7¼ dgl. 79 I	4/89	98	98
10 dgl. 81	4/89	107,85	107,7
7½ dgl. 79 I	6/89	97,05G	97,05
8 dgl. 79 I	7/89	99,25	99,25
8 dgl. 79 II	8/89	99,25	99,25
7½ dgl. 79 II	9/89	97,15	96,9
7¾ dgl. 79 II	11/89	98,05	98
7¾ dgl. 80 I	1/90	97,7bG	97,85 G
10 dgl. 80	4/90	107,9bG	107,75
5¾ dgl. 78	5/90	90,7	90,7
8¾ dgl. 80 I	7/90	99,85	99,75
8¾ dgl. 80 II	11/90	99,85bG	99,75
7¾ dgl. 82	11/90	97,05	96,95
9 dgl. 81	2/91	103,35	103,35
10¼ dgl. 81	7/91	110,1bG	109,75G
10¾ dgl. 81	9/91	113,05bG	112,8G
10 dgl. 81 II	12/91	108,95bG	108,7
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,65bG	107,35G
9¾ dgl. 82 II	3/92	107,75bG	107,45
8 dgl. 78 II	3/93	88,2	88,2
9,5 dgl. 82	4/92	106,45bG	106,15G
9 dgl. 82	5/92	103,5	103,4
8½ dgl. 82	6/92	100,8	100,65bG
9 dgl. 82	8/92	103,55	103,35
8¾ dgl. 82	9/92	102,35	102,15bG
7¾ dgl. 82	12/92	96,25	96
7½ dgl. 83	1/93	94,5	94,3
7½ dgl. 83 II	3/93	94,45	94,25
7½ dgl. 83 III	5/93	95,35	95,25
8¼ dgl. 83	6/93	99,3	99bG
8 dgl. 83	7/93	97,6	97,4bG
8¼ dgl. 83 II	8/93	99,35bG	99,1bG
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,8bG	100,8bG
8 dgl. 80 S.2	2/85	100,9	100,9
8½ dgl. 80 S.3	2/85	101,2G	101,2G
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,4	102,4
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,7	101,7
8½ dgl. 80 S.6	5/85	101,05	101,05G
8 dgl. 80 S.7	6/85	100,7	100,7
7½ dgl. 80 S.8	8/85	99,9	99,9
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,3	101,3
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	101,7	101,7
9 dgl. 81 S.11	1/86	101,95	101,95
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,35G	103,35
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,1	104,1
9½ dgl. 81 S.14	4/86	102,95G	102,95
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,1G	104,1
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,4	105,4
11 dgl. 81 S.17	8/86	106,8	106,9
10½ dgl. 81 S.18	10/86	106,1	106,1
10 dgl. 81 S.19	10/86	104,95	104,95
9½ dgl. 81 S.20	11/86	103,5G	103,5
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,45G	105,45
10 dgl. 81 S.22	11/86	104,8G	104,8G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	103,5G	103,5
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,3	104,3
9½ dgl. 82 S.25	3/87	103,75G	103,85
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,05	103,05
9 dgl. 82 S.27	4/87	102,3	102,3
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,05bG	100,95bG
9½ dgl. 82 S.29	7/87	104,1	104,1
9 dgl. 82 S.30	9/87	102,9	102,75
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102G	102
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,25	100,25
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,5bG	99,4
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	98,65	98,55
7½ dgl. 82 S.35	12/87	97,75	97,6
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	96,7	96,6
6¾ dgl. 83 S.37	5/88	94,7	94,55
7 dgl. 83 S.38	5/88	95,55	95,4
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	96,4G	96,4G
7½ dgl. 83 S.40	6/88	97,35	97,35G
8 dgl. 83 S.41	9/88	99,25	99,15bG
F 6 dgl. 78 II	7/88	92,15	92,15
6½ dgl. 77	5/89	92,7	92,7
8 dgl. 79 I	7/89	99,25	99,25G
6 dgl. 78 I	2/90	89,2	89,2
8 dgl. 80 II	7/90	98,8	98,7
9 dgl. 81	3/91	103,25	103,1
10½ dgl. 81	9/91	111,55G	111,55G
10¾ dgl. 81	11/91	110,35	110,15
8 dgl. 80 I	2/92	97,85	97,85
10 dgl. 82	2/92	108,9	108,9G
9½ dgl. 82	7/92	106,4bG	106,2
8 dgl. 82	11/92	97,6	97,35G
7¾ dgl. 83	1/93	96bG	95,9G

Bundesbahn

		28. 9.	27. 9.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
10 Bdbahn 73 II	11/83	100,35G	100,35
7½ dgl. 72	2/84	100,45	100,45
8 dgl. 72	9/84	101	100,95
8½ dgl. 76	9/84	101,25G	101,25
6 dgl. 78 III	11/84	99,15bG	99,05
6½ dgl. 79	2/85	99,1bG	99,05G
8½ dgl. 73	2/85	101,35	101,35
7 dgl. 77	2/87	97,05	96,95
6 dgl. 77	9/87	93,25	93,3G

Bundespost

		28. 9.	27. 9.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
8 Bdpost 72 II	12/83	100,45G	100,45G
6½ dgl. 68	6/88	98,25G	98,25G
8 dgl. 72 I	9/87	100,1	100,1
10 dgl. 81	3/89	107,35	107,15
10¼ dgl. 81	6/89	108,7	108,45
8 dgl. 80	3/90	98,8G	98,7
7¾ dgl. 80	8/90	97,65bG	97,5
8¾ dgl. 80	12/90	102,25	102,1
10½ dgl. 81	10/91	111,75	111,65
9¾ dgl. 82	2/92	107,75bG	107,55
8¾ dgl. 82	8/92	102,3	102,15
8½ dgl. 82	10/92	100,95	100,75
7¾ dgl. 83	2/93	96,2	95,9
8½ dgl. 83	9/93	101	100,7

Länder – Städte

		28. 9.	27. 9.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	95,5	95,5
8¼ dgl. 82	92	99	99,25G
M 7 Bayern 66	86	99,25	99G
6½ dgl. 67	87	99,5	99,25
6 dgl. 68	85	98G	98G
7 dgl. 72	84	100G	100G
7½ dgl. 76	84	100,4G	100,4G
6 dgl. 78	88	92,1	92,1G
8¾ dgl. 80	90	101,5G	101,25G
8¾ dgl. 82	90	101,4G	101,4
7½ dgl. 83	93	93,75G	93,25G
B 8½ Berlin 70	85	101,5G	101,5
8 dgl. 72	85	100,5G	100,5G
7½ dgl. 76	84	100,4G	100,4G
7 dgl. 77	85	99,5G	99,5
6½ dgl. 78	88	95	94,75
8¾ dgl. 80	88	102	102G
Br 7¾ Bremen 71	87	100G	100G
8 dgl. 72	87	100,25G	100,25G
7½ dgl. 83	93	93,5G	93,5G
H 8½ Hamburg 70	85	101,3G	101,3G
6¼ dgl. 77	92	93,9G	93,9G
8 dgl. 80	92	98G	98,4
9¾ dgl. 82	92	106,3G	106,3G
7½ dgl. 83	92	92,8	93,3
F 8 Hessen 71	86	100G	100
6¼ dgl. 76	88	92,5	92,25
Hn 6 Nieders. 69	84	99,8G	99,8G
8½ dgl. 70	85	101,25G	101,6G
7½ dgl. 72	87	98,8G	98,8
8 dgl. 72	87	100,3	99,8G
7½ dgl. 79	87	97,2	97,2G
7¾ dgl. 82	92	94,9G	94,9G
8 dgl. 83	93	96,5	96,5G
D 7½ NRW 71	83	100,15G	100,15G
7½ dgl. 83	93	93,25bG	93,75bG
7¾ dgl. 83	93	95G	95G
8½ dgl. 83	93	100,1	100,1
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	98,85G	98,85G
8 dgl. 71	86	100,25	100,25
F 8½ Saar 70	85	100,4	100,4G
7 dgl. 72	87	97,75	97,75G
6 dgl. 78	88	92,4	92
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,5G	99,5G
6 dgl. 64 II	84	99,2G	99,2
7¼ dgl. 72	87	99G	99
8½ dgl. 73	85	101,25	101,25G
D 7 Essen 72	85	100G	100G
M 6 München 64	84	99,35G	99,35G
S 7½ Stuttgart 71	86	100G	99,75
7¾ dgl. 72	87	97,5G	99,75G
8 dgl. 83	93	97	97

Bankschuldverschreib.

	28. 9.	27. 9.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	80,5	80,5G
6½ dgl. Pf 5	85G	85G
7 dgl. Pf 2	99	99G
F 7½ Bakola Pf 104	99,35G	99,35G
9 dgl. Pf 106	101,7G	101,7G
10 dgl. Pf 108	106,6G	106,6G
7 dgl. KS 132	93,3G	93,3G
8 dgl. KS 155	97,25G	97,25G
9 dgl. KS 168	101,85G	101,85G

Renten teilweise freundlicher

Am Rentenmarkt hat sich die Stimmung gebessert, ohne daß dazu neue Anstöße aus den USA kamen. Es setzt sich aber immer mehr die Meinung durch, daß sich der Zins im langfristigen Bereich jetzt eher auf 8,25 als auf 8,75 Prozent hinbewegen wird. Öffentliche Anleihen wurden am Mittwoch bis zu 0,25 Prozentpunkte heraufgesetzt. Entscheidend dafür scheint die Abgeberseite zu sein, die sich angesichts der veränderten Konstellation vom Markt weitgehend zurückgezogen hat. Bei den Pfandbriefen bleiben die Kurse weitgehend unverändert, dagegen konnten die DM-Auslandsanleihen von der besseren Stimmung profitieren.

	28. 9.	27. 9.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	80TG	80TG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	93,25G	93G
7 dgl. Pf 3	93,25G	93G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,1G
8½ dgl. KS 14	95G	94,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120,5G	120,5G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	78G	78G
6 dgl. KO Pf 50	99,5G	99,5G
8½ dgl. Pf 10	80bG	80G
6 dgl. KS 1	98G	98G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	94,4G	94,4G
6 dgl. IS 16	93,75G	93,75G
6 dgl. IS 17	93G	93G
8½ dgl. KO 49	101,5G	101,5G
8½ dgl. KO 48	101,5G	101,5G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	98,75G	98,75G
9½ dgl. Pf 106	102G	102G
10 dgl. KS 307	101,8G	101,8G
9½ dgl. IS 726	102,25G	102,25G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	116G	116G
5½ dgl. Pf 28	78G	78G
6 dgl. Pf 4	88,5G	88,5G
6½ dgl. Pf 3	84G	84G
6½ dgl. Pf 12	84,5G	84,5G
7 dgl. Pf 20	94,5G	94,5G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	98,25G	98,25
6 dgl. Pf 34	95,5G	95,5G
6½ dgl. Pf 37	98G	98G
8 dgl. Pf 51	100,5G	100,5G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	117G	117G
7 dgl. Pf 80	84,55G	84,55G
7½ dgl. Pf 87	89,95G	89,95G
6 dgl. KS 29	78,5G	78,5G
7 dgl. KS 30	86,55G	86,55G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	114G	114G
5 dgl. Pf 54	114,5G	114,5G
6 dgl. Pf 109	78G	78G
6½ dgl. Pf 123	85G	85G
6½ dgl. Pf 141	85G	85G
7 dgl. Pf 143	89G	89G
8½ dgl. Pf 191	100,4G	100,4G
7 dgl. KO 113	100G	100G
9 dgl. KO 217	101,5G	101,5G
9 dgl. KO 215	101,5G	101,5G
9½ dgl. KO 218	102,5G	102,5G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	114G	114G
5½ dgl. Pf 50	73G	73G
6 dgl. Pf 84	99,95G	99,95G
9 dgl. KS 139	102,4G	102,4G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,4G	100,4G
9 dgl. Pf 239	101,3G	101,3G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	107,25	107,25
7 dgl. KS 35	98G	98G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	89,7G	89,7G
6 dgl. IS 71	99G	99G
5¼ dgl. IS 73	95,2G	95,2G
6¾ dgl. IS 80	99,75bG	99,75bG
F 6 Dgz.Dt.Komm. KO55-4	81G	81G
8 dgl. KO 46	77G	77G
7 dgl. KO 97	100G	100G
7½ dgl. KO 185	95T	94,5G
9 dgl. KO 129	102G	102G
10 dgl. KO 125	101,85G	101,85G
Hn 5 Dt. Hyp. Hann. 48	100G	100G
6 dgl. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	98,9G	98,9G
10 dgl. KS 134	102,9G	102,9G
8¾ dgl. KS 140	101,3G	101,3G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	77G	77G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	70G	70G
5½ dgl. Pf 59	77G	77G
6 dgl. Pf 162	77G	77G
B 9 Dt.Pf.Wi. Bnt. 482	102,25G	102,25G
Br 8 Dt. Schiffsbk. Pf 46	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	97,75G	97,75G
6¼ dgl. Pf 80	93,2G	93,2G
6½ dgl. Pf 74	97,05G	97,05
6¾ dgl. Pf 76	94,5G	94,5G

	28. 9.	27. 9.
Br 6½ dgl. Pf 77	91,55G	91,55G
6 dgl. Pf 42	89,75G	89,75bG
8½ dgl. Pf 47	99,95G	99,95G
F 5 Frk. Hypobk. Pf 66	88T	88T
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	76G	76G
6 dgl. Pf 130	90,5T	90,5T
6½ dgl. Pf 133	84bG	84bG
10 dgl. Pf 188	100,1G	100,1G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	88,5G	88,5
6 dgl. 47	77	77
10 dgl. IS 48	–	–
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
8 dgl. Pf 60	92,15G	91,95G
8 dgl. Pf 73	99,75G	99,6G
4 dgl. KO 6	99G	99G
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 96	78,75G	78,75G
6½ dgl. Pf 80	87,75G	87,75G
8 dgl. Pf. 248	100,55	100,55
9 dgl. KO 125	101G	101G
8 dgl. KO 175	99,9G	99,9G
9 dgl. KO 259	101,5	101,5G
9¾ dgl. KO 262	102,3G	102,3G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	111G	111G
5 dgl. Pf 12	89G	89G
7 dgl. Pf 25	92,5G	92G
10 dgl. Pf 40	102,5G	102,5G
6 dgl. KO 30	99,25G	99,25G
9¾ dgl. K 84	101,75G	101,75G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 11	86G	86G
7 dgl. Pf 12	89,5G	89G
4½ dgl. KO 6	100,25G	100,25G
5½ dgl. KO 4	100G	100G
7½ dgl. KO 80	100,25G	100,25G
8½ dgl. KO 81	98G	98G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101G	101G
6 dgl. Pf 28	87G	87G
6 dgl. Pf 49	84G	83,5G
8 dgl. KS 1	–	–
8½ dgl. KS 8	100,25G	100,25G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	93G	83G
7 dgl. Pf 97	88,5G	88,5G
10 dgl. Pf 32	101,2G	101,2G
10 dgl. Pf 33	102,9G	102,9G
6½ dgl. KS 78	97G	97G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo.Pf 100	83,5G	83,5G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	100	100
6½ dgl Pf 42	97,75G	97,75G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	92,5G	92,5G
7¼ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	100,5G	100,5G
9 dgl. KO 53	101,7G	101,7G
7½ dgl. IS 6	97,5G	97,5G
10 dgl. IS 37	102,6G	102,6G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108G	108G
6 dgl. Pf 58	82,4G	82,4G
6 dgl. Pf 95	–	–
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	122G	122G
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	100G	100G
6 dgl. Pf 28	91G	91G
6½ dgl. Pf 67	84G	84G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9¾ dgl. KO 58	102,25G	102,25G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	111G	111G
5½ dgl. Pf 109	68G	68G
7 dgl. Pf 125	95,5G	95,25G
7 dgl. Pf 128	88G	87G
8 dgl. Pf 177	104G	104G
9 dgl. Pf 167	100,75G	101,25G
6 dgl. KS 77	78G	78G
8½ dgl. KS 80/1	99,75G	99,7G
8½ dgl. KS 110	100G	100G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	81,2G	81,2G
5½ dgl. Pf 43	80,5G	80,5G
6 dgl. Pf 56	76G	76G
7 dgl. Pf 61	84,25G	84,25G
8 dgl. Pf 70	99,25G	99,25G
9 dgl. Pf 68	101,45G	101,45G

	28. 9.	27. 9.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl Pf 45	99,9G	99,9G
M 6 Südboden Pf 41	87G	86,5G
5½ dgl. Pf 57	74,5G	74,5G
6½ dgl. Pf 143	92G	92bG
7 dgl. Pf 87	92,5bG	92,5bG
7½ dgl Pf 104	94,5G	94G
7 dgl KS 49	90,75G	90,75G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	96,5TG	96,5TG
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	103G	103G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 95	76G	76G
7 dgl Pf 100	98,5bG	98,5G
D 8 WestLB Pf 350	100,2G	100,2G
6¾ dgl Pf 403	95,35G	95,35G
9½ dgl Pf 1007	104,5G	104,5G
8 dgl. Pf 1015	97,45G	97,45G
7 dgl KO 556	98,95G	98,95G
6¼ dgl KS 420	93,65G	93,65G
9¾ dgl. KO 1301	103,4G	103,4G
8½ dgl. KS 1278	101,05G	101,05G
8 dgl. IS 1512	98,8G	98,8G
9¼ dgl. IS 1520	101,95G	101,95G
6½ dgl IS 879	92,35G	92,35G
7½ dgl IS 1503	100,35G	100,35G
D 4 Westf. Land. Pf 4	98G	98G
6 dgl Pf 16	94G	94G
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl Pf 20	88,5G	88,5G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	100,6G	100,6G
9 dgl Pf 564	102,7G	102,6G
9¼ dgl. KS 294	103G	103G
9½ dgl. KS 334	106,1G	106,1G
S 6 Würt. Hypo. Pf 84	76G	76G
7 dgl. KS 58	99,25G	99,25G
S 6¾ Würt. KoLa Pf 1	86,4G	86,4G
7 dgl. Pf 5	99,9G	99,9G

Sonderinstitute

	28. 9.	27. 9.
D 6 DSLB Pf 28	82,5G	82,5G
6 dgl. Pf 47	78,5G	78,5G
7 dgl. Pf 83	87,5G	87,5G
5½ dgl. PF 99	91G	91G
8 dgl. Pf 104	96G	96G
8 dgl. Pf 165	98,75G	98,75G
5½ dgl RS 45	97G	97G
6 dgl. RS 73	95G	95G
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl. RS 153	101G	101G
7 dgl. RS 162	94,25G	94,25G
9½ dgl. RS 172	103,5G	103,5G
9 dgl. RS 186	102,5T	102,5T
10 dgl. RS 193	104G	104G
11¼ dgl. RS 195	107,5G	107,5G
D 6 IKB Abl. 68	–	–
6½ dgl. 69	100bG	100G
F 7½ KfW 70	100,5	100,55
8 dgl. 70	101	101
8 dgl. 75	100,55	100,66
7¼ dgl. 79	97,05	97,05
10 Kredit 81	107,9	107,9
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	100	100
F 6 Lw. Rentbk. RS 13	–Zhg.	–Zhg.
6 dgl RS 14	99,75G	99,75G
6 dgl. RS 15	95	95G
6 dgl. RS 16	94,65G	94,65G
6 dgl. RS 19	96G	96G
6 dgl. RS 20	99G	99
6 dgl. RS 21	98,25G	98,25G
6 dgl. RS 26	98,75G	98,75G
7½ dgl. RS 27	100,25G	100,25G
6½ dgl. RS 60	94,25G	94,25G
7 dgl. 94	93,5G	93,5G
7 dgl. 99	99,3G	99,3
8 dgl. 101	98,25G	98,25G
7½ dgl. 102	95,25G	95,25G
9½ dgl. 126	103,25G	103,25G
D 7¾ LAG TS 76	100,4G	100,4G
8 dgl. TS 76	100,7G	100,7G
6½ dgl. TS 77	94,3G	94,3G
5½ dgl. 78	91,1	91,2
7 dgl. 79	96,3bG	96,3bG

Industrieanleihen

	28. 9.	27. 9.
F 6 Badenwerk 64	99,5G	99,5G
5 dgl. 78	93,25	93,1
5 BASF 59	98,5T	98,5T
5 Bayernw. 59	98,75G	98,75G
F 8 Chem. Hüls 71	100	100T
7¾ Cont. Gum. 71	99,4T	99,4T
6 Dt. Texaco 64	98,5G	98,5G
6 Gelsenb. 64	99,25T	99,25T
5½ HEW 62	96,25G	95,25
7½ dgl. 71	99,25G	99,25G
7¾ dgl. 71	99,5G	99,5G
4½ Harpen 59	178G	178G
6 Hoechst 64	98,25G	98,25G
6 Hoesch 64	97T	97,25T
7½ dgl. 71	98,5T	98,5T
7½ Karstadt 71	98,5T	98,5T
7½ Kaufhof 71	98,5G	98,5
7¾ dgl. 71	99,5T	99,5bG
7½ dgl. 75	98	98T
7½ Klöckner W. 71	99G	99G
8 dgl. 72	99	99T
6 Krupp 64	99T	99T
6 Linde 64	99G	99G
5 Mannesmann 59	98G	98
6 Moselkraft 63	98,75G	98,75
6 MWK 61	98G	98
6 dgl. 62	95G	95G
6 ObDuc. Kraft. 64	93T	93T
5½ Öst. BayK. 58	99,75G	99,75G
D 6 Rur Verb. Stk. 65	99G	98,5G
F 5½ Rh.Braunk. 58	99G	99G
6 dgl 63	95T	95T
6 dgl. 65	94,5bG	94,5G
5½ RWE 59	98,5G	98,5G
6 dgl. 63	94,75	94,75T
6 dgl. 65	94,5G	94,5G
7¾ dgl. 71	99,7T	99,7T
7 dgl. 72	97,5T	97,5T
6 Rh.-M.-Don. 62	95,25G	95,25G
6½ dgl. 63	98G	98G
8 Schleswag 71	100G	100G
5 STEAG 59	98G	98G
7½ Thyssen 71	98,5T	98,5T
8 dgl. 72	99,9G	99,8G
7¼ dgl. 77	95,6	95,6G
5 Veba 59	98,5T	98,5G
8 VEW 71	100,3G	100,3G
6¾ dgl. 77	94,25	94,75G
7 VW 72	97,5G	97,5G

Wandelanleihen

	28. 9.	27. 9.
F 4¾ AKZO 69	86G	86G
3½ All Nippon 78	94,5	93,5
3½ Asahi Opt. 78	123G	123G
4¾ Canon Inc. 77	410G	410G
3½ Cas. Comp. 78	290T	285T
5¾ Daei Inc. 80	115,5G	116,5
4¼ Fossu Lim. 78	685G	690G
5 dgl. 79	460G	464
5¼ Hoogovens 68	89G	89G
3½ Izumiya Co 78	100G	100
3½ Jusco Co. 78	97,75G	98bB
4 Kansai El. 79	99,35	99,35
8 Komatsu 76	155,5G	155,5G
6 Konishiroku Pho. 81	125	124,5
6¾ dgl. 82	125,25	125
3½ Korakuen 78	91,75G	91,75
7½ Kraft Inc. 70	112G	112
3¼ Marudai F 78	96	95,5
6 Michelin Int. 70	93G	93G
5¾ Minolta 77	237,5G	234G
4 dgl. 79	123G	180G
6¼ Mitsub. Ch. 76	207G	198G
6,75 Mitsub. H 81	156,75	153,5
6 dgl. 81	116	115bG5G?
6 Mitsui Co Ltd 80	119,75G	119,75G
7 Nippon Sh. Gl. 82	150	146,5
3¾ Nippon Sh. 78	150G	145G
3½ Nissan Mot. 78	94G	94G
4 Nisshin Steel 78	144G	144G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	250G	257G
3¾ Omron Tat. 79	330G	330G
4¾ Orient Fin 79	215G	205G
3½ Ricoh Comp. 78	184G	184
6¼ Rothm. Int. 72	95	95
3¾ SankyoElec. 78	116,5G	116,5G
3½ Sanyo Elec. 78	170G	169,5G
3¾ Seiyu Stores 78	95,5G	95,5
6¼ Sekisui 76	138G	138G
3½ Stanley 78	140T	140,25G
6 Taiyo Yuden 82	144	143
5 Texaco Int. 66	95,1	95,1
3½ Tok. Elec. 78	415G	420G
4¾ Tok. Sanyo 77	295G	295
4 Tokyu Land 79	102G	102
3½ Trio Kenw. 78	110,25G	110,25
6½ Uny Ltd. 78	138G	138,5G

Optionsscheine

	28. 9.	27. 9.
F 11 BASF Over Zee 82	43,9	43,9
7¾ Bayer Fin. 79	39,5	39,9
10½ Bayer Fin. 82	51,5	51,7
7½ BHF Bk. Int. 83	96	96
6¾ Ciba-Geigy 75	875	875
3½ Commerzbk. 78	47	47,6
7 Combk. Int. Lux. 83	75	75
4½ Dt. Bk. Comp. 77	129	129,3
2½ Dt. Bk. Int. 83	88	89
8¼ Degussa 83	139G	140
4 Dresdner Bk. Int. 83	64,8	65,8
10 Hoechst 75	223	232
6¾ dgl. 79	50bB	49,9
8 Hoechst 83	65,4	65
7½ Jap.Syn. Rubber 82	1375	1375
5¾ Jusco 83	2330	2340
Mitsui 82	322	315
7¾ Siemens 83	153	152,8
6¼ Wells F 73	310	315

Optionsanleihen

	28. 9.	27. 9.
F 8½ BASF 74 m O	138,6G	138,6
8½ BASF 74 oO	100,5G	100,5
M 3½ Stumpf 88 mO	160B	162,1bG
M 3½ Stumpf oO	80G	80bG

Währungsanleihen

	28. 9.	27. 9.
F 8 Brasilien 72	95G	95G
6¼ Kopenhagen 72	95	95G
9½ Norwegen 79	98G	98G

Optionsanleihen

	28. 9.	27. 9.
F 7½ BHF Bk Int.83 mO	102,1G	102,1bG
7½ dgl 83 oO	78G	78G
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	109,25G	109,25G
F 3½ dgl. 78 oO DM	87,9	87,9G
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	123G	123G
4½ dgl. 77 oO $	83,5	83
3¾ Dr. Bk. 82 mO	107,75	107,5
3¾ dgl 83 oO	81G	80,7
7½ Jap. Synth. 82	148,5G	150bG
7½ dgl. 82 oO	98,2	98,5G
5¾ Jusco 83 mO	128,5bG	128,25G
5¾ dgl 83 oO	90,5G	90,5G
F 6½ Wells F. 73 mO DM	126G	126G
6½ dgl. 73 oO DM	96G	96,5G

Optionsscheine

	28. 9.	27. 9.
F 8½ BASF 74	56	56
Stumpf 78	83,1G	82,1B

Wandelanleihen

	28. 9.	27. 9.
F 5 Bayer 69	102bG	101,5
H 8 Beiersdorf 82	162,5	162
F 4½ Commerzbk. 78	99,5	99,5bG
D 9 Girmes 74	314	312G
6½ KSB 83	121,5	121,8

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	28. 9.	27. 9.
F 6 AKZO 84	99G	99G
6½ dgl. 86	97,25G	97,25G
7¾ Arbed 83	98,75G	98,75G
7½ dgl. 85	92,75G	92,75G
9 dgl. 87	98T	98T
F 6¾ Asfal 89	93/4,25	93/4,25
10 dgl. 88	104,25G	104,25G
8 Asst. 87	102,5G	102,5G
8½ dgl. 87	102,5G	102,5G
F 7½ BEC 83	99,85G	99,85G
5 CFOB 84	99,4/9,9	99,4/9,9
6½ Estel 84	97G	97G
6¼ dgl. 85	96,75G	95,75G
8¾ dgl. 87	97G	97G
6¼ Euratom 91	92G	92G
F 6¾ Eurofima 87	97,75G	97,75G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	91T	91T
6½ Lufthansa 86	98,25G	98,25G
6 Montedison 90	92,75/3	92,75/3
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99G	99G
7½ Parker-H. 87	97,5GG	97,5GG
7½ Schweden 89	97,5/8,5	97,5/8,5
F 6¾ Weltbank 83	99,9G	99,9G
6½ dgl. 85	98G	98G
7½ dgl. 87	98/8,75	98/8,75
7¾ dgl. 90	98,25G	98,25G
9 dgl. 88	102G	102G
8½ dgl. 88	101,5G	101,5G
7¾ dgl. 88	99,75G	99,75G
9½ dgl. 89	104,25T	104,25T
8 dgl. 90	98,5/9,6	98,5/9,6
11 dgl. 91	112G	112G

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	28. 9.	27. 9.
F L'Air Liquide	–	152
D Akzo	71,1	72,1
F Alcan	100	101,8
F Alcoa	119	120,5
F Alg. Bk. Nedld	330	330G
F All Nippon Air	3,5T	3,5T
F Amax	72	72,5bB
F Am. Cyanamid	143,5	147
D American Expr	100G	102
D Am. Motors	20,5	20,7
F Am. T & T	173,5	173,1
F Amro Bank	56,1	56,1
M Anglo Am. Gold	327	327,5
F Anglo Am.m.O.	55,5	54
F dgl. o.O.	–	–
F Arbed	66	67
F Asahi Chem	4,3	4,25exD
M Atl. Richfield	126,8	127,3
H Atlas Copco	37G	37G
M Avon	65,3	64,5
F Bell Canada	–	–
F Banco Central	23	23,4
F Banco de Bilbao	21,4	21
F Banco de Santander	17bG	17bG
F Banco de Vizcaya	26,5	26,8
F Banco Hisp. Americ.	19bB	18,7T
D Beatrice Foods	77G	78G
D Bell Canada	62G	62G
F Black & Decker	57	57
F Boeing	106	112
M Bougainville Copper	6,3	6,4
F Bowater	8	8,2
D BP	17,05	17,3
M Broken Hill	29,5	29,3
F Bull	13,5bB	13,5bB
F Can Pacific	109,8	112
F Canon	16	16,3
F Casio Comp.	17,4	17
F Caterpillar	118	120
D Ch. Manhattan	128	128G
F Chrysler	78,8	82
M Citicorp	96	97
F City Investing	98T	98G
F Coca-Cola	140	137
D Colgate	60G	60bG
F Cons. Gold F	22,5	22,5bB
D Cont. Group	124G	125G
F Control Data	138,5	142
M CRA	13,4	13,7
M CSR	9,45	9,65
F Dart & Kraft	180	185
M De Beers Cons.	23,1	23,3
F Deere Comp	108	106
M Digital Equipm.	282,1	286,9
M Disney Prod.	162,5	166,5
M Dome Petroleum	11,75	11,8
D Dow Chemical	97,5	98,5
D Dresser	56,4	58,1
D DuPont	137	142,5
M East Drief. Gold	88,9	89,4
D East Air Lines	12	14
F Eastman Kodak	188	186,5
F Elf Aquitaine	60,5	62,8
F Emhart	145G	145G
D Ericsson	151G	151
D Esmark	200G	204G
D Exxon	98,1	98,1
D Fiat St.	5	5,2bB
D dgl. Vz	3,4bG	3,5G
F Fraser	–	–
D Fanuc	27,8G	28,5G
M Fluor	52,8	53,3
D Ford	169	170,5
F Fosesco Minsep	5,1	5,2
F Fujitsu	16,3	16,3exD
F General Electric	137,5	137
F General Mining	70	73G
D General Motors	194	197
D Gen. Shopping	730G	728G
M Getty Oil	181,7	179,1
D Gevaert	119G	120bB
F Goodyear	79,5	81,5
H Grace	127,5	128,5
D GKN	6,5	6,5G
F Gulf	114	114,5
F Highveld m. St.	11,6	11,7
F dgl. o. St.	–	–
F Hitachi	1010	1000exD
M Holiday Inns	146,4	148,3
F Homestake	86,5	87
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,25	2,35
D Hoogovens	31,3	31,8
F IBM	336	338,1
F ICI	20,3G	20,1
M Impala Plat. Hold.	34,9	35
M Imperial Oil	85	86,2
F Inco	46	47
F Int. T & T	115,5	118
D Istituto Fin.	8G	8G
F Italcementi	75,1	75,5
F Izumiya	8,3G	8,3T
F Japan Line	1,9G	2exD
D Jusco	8,2G	8,2G
F Kawasaki Kisen	1,65T	1,65exD
F Kawasaki Steel	2,05T	2exD
M Kloof Gold Min.	123,2	127,1
F Komatsu	5,4	5,4
D KLM	130G	131G
F Kubota	3,2G	3,2G
D Lafarge	94G	–
D Litton Ind.	172	174,5
F Lone Star	78	77G
D LTV	–	48,5
M M.I.M. Hold.	18,85	19,8
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,1G	3G
F Marudai Food	6,5T	6,5T

	28. 9.	27. 9.
D Matsushita El.	19,4bB	18,8
M McDonald's	173bG	172,5
M Merrill Lynch	91	95
F McDonnell D	121	146
D Minnesota M	221G	221G
D Minolta Camera	7,7T	7,4exD
F Mitsubishi Chem	2,95	2,8
F Mitsubishi El.	4,8	4,75exD
F Mitsui Bk.	4,8T	4,9exD
F Mitsui & Co.	4G	4exD
F Mitsui Engin.	1,9T	1,9exD
F Mitsui O. S. K.	1,8G	1,8G
F Mitsumi El.	9,6	9,75
H Mobil Oil	85	83,7
F Monsanto	295	302
F Montedison	0,33	0,33
F Murata	25,5T	26T
M Nat. Semicond.	145	147,9
D Nat. Westminster	24G	23
F Nestlé	4900	4900G
D Nikko Sec.	4,45	4,35exD
F Nippon El.	15,7	15,9exD
F Nippon Kokan	1,85	1,75exD
F Nippon Shinpan	7,7G	7,7exD
F Nippon Yusen	2,8	2,8G
F Nissan Motor	7,8	7,5exD
F Nisshin Steel	1,75bG	1,8exD
F Nissho-Iwai	3,3G	3,3exD
F Norsk Hydro	190	190,5bG
F Norton Simon	–	–
H Occ. Petroleum	63	64
D Océ v. d. Grint.	188G	187
F Olivetti Vz.	5,1	5,4
F Olympus Optical	14G	13,8
H v. Ommeren	26,5	25,5
F Omron Tateisi	18	18exD
F Pakhoed	52,1	52
M PanAm	19,8	20,4B
M Pepsi	93,4	94B
F Pernod-Ricard	250T	250T
F Peugeot	71	74
F Philip Morris	177	176
H Philips	42,6	43,2
D Phoenix Ass.	12,5G	12,5G
F Pirelli	2,7	2,7bB
M Polaroid	86,2	82,7
M Prime Computer	48,4	49,5B
F Procter & G	147,1	148,5
D Ramada Inns	27	28,2
M Ranger Oil	30	30G
F Rank Org	6,95	7,05
F Ricoh	10,5	10,5exD
F Rio Tinto NA-St.	25,5	24,6
H Robeco	284,5	285G
F Rockwell	77,7	77,6
H Rolinco	275,5	278
F Rorento	172,5G	172,5
F Rothmans Int.	4,3T	4,3T
H Royal Dutch	122,5	124,8
M Rustenburg Plat. Hold	28,8	29,1
F Sanko Steamship	2,65T	2,65T
F Sanden Corp.	7,25	7,2exD
M Santos	18,75	19,5
F Sanyo Elec	5,25	5,25
F Sanwa Bk.	5,3G	5,2exD
M SASOL	10,3G	10,3G
F Schlumberger	145	150,5
F Schw. Alum	942	951
F Schw. Bankverein	316,5	314,1
M Sears, Roebuck	98,7	102,8
F Seiyu Stores	7,4G	7,4
F Sekisui Prefab	6,5	6,75G
F Selected Risk	396	396
H Shell T & T	24	24
D Singer	64,9	62,8
F Snia Viscosa	1,88	1,92
D Solvay	158T	160G
D Sony Corp	41,4	40,8
D Sperry Corp.	117	120
F Squibb	125	136,5
F Stanley Elec	8G	8exD
F Steyr-Daimler-P.	216	21,2bB
F Sumitomo Heavy	2,3G	2,2exD
D Sumitomo Metal	1,7G	1,7exD
F Sumitomo Shoji	5,7T	5,45exD
D Sun	116G	117G
M Sunshine Mining	40,5	41,6G
F Swissair	1030	1042G
F Taisei Kens.	2,35G	2,35exD
M Tandy	106,1	108,9
F Tenneco	110,9	110,8
D Texaco	95,5bG	98,5
D Thomson-CSF	60	62G
D Thorn Emi	23G	22
D Tokyo Pac	286G	280G
F Tokyo Sanyo El	6,3G	6,3G
F Trio Kenwood	7,8G	7,8G
F TRW Inc.	194G	194G
D Toray	4,7bB	4,7exD
D Toshiba	4,25G	4,2
D UAL	78G	79
H Unilever	205	205,5
F Union Carbide	178,9	181
D Uniroyal	43,8	43,5
F United Techn	183	188
F US Steel	78,8	80
M Vaal Reefs Expl	311	318,5
D Ver.-Stork	65G	65G
D Volvo A	155	150T
D dgl. Nam B	155T	150T
F Warner Commun.	57,5	59,5
F Warner Lambert	79,9	–
F Wells Fargo	100	100
M Western Deep L.	146,9	148,4
M Western Mining	11,1	11,15B
F West.-Utrecht H.	93,5	94
D Xerox Corp.	115	115

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jesserich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anne Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee fester notierte, mußte Kakao Einbußen hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

	27. 9.	26. 9.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	375,75	374,00
März	392,25	390,25
Mai	358,50	366,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif	27. 9.	26. 9.
St. Lawrence 1 CW	239,79	241,04
Amber Durum	262,99	262,64
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	158,00	157,50
Dez.	161,80	160,20
März	155,50	165,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	133,00	129,50
Dez.	125,00	124,20
März	125,30	123,30
Hafer Chicago (c/bush)	27. 9.	26. 9.
Dez.	190,25	159,75
März	201,25	200,00
Mai	208,00	207,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	354,25	348,50
März	358,50	353,25
Mai	360,00	357,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	27. 9.	26. 9.
Okt.	131,00	128,70
Dez.	132,80	130,70
März	135,50	133,50

Genußmittel

	27. 9.	26. 9.
Kaffee		
New York (c/lb)	27. 9.	26. 9.
Dez.	133,50	132,50
März	130,50	129,60
Mai	127,80	127,10
Kakao		
New York ($/t)	27. 9.	26. 9.
Dez.	2052	2100
März	2075	2114
Terminkontr. Mai	2109	2130
Umsatz	–	3149
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	9,75	9,30
Jan.	10,50	101,10
März	11,03	10,71
Mai	11,37	11,10
Juli	11,87	11,45
Umsatz	20 450	15 400
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	27. 9.	26. 9.
	8,71	8,85
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Sept.	27. 9.	26. 9.
	1770–1772	1771–1774
Nov.	1752–1754	1751–1752
Jan.	1731–1734	1725–1727
Umsatz	1437	1399
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1440–1450	1455–1460
Dez.	1483–1484	1493–1494
März	1473–1475	1491–1491
Umsatz	3028	–
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Okt.	158,75–159,25	150,75–151,25
Dez.	168,00	162,50–163,00
März	–	–
Mai	184,75–185,00	179,55–179,75
Aug.	–	–
Umsatz	5675	4505
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	27. 9.	26. 9.
schw. Sarawak spez.	247,50	247,50
weißer Sarawak	337,50	337,50
weißer Muntok	340,00	340,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	27. 9.	26. 9.
Nov.	118,60	119,25
Jan.	114,40	114,60
März	113,30	113,70
Mai	112,50	113,10
Juli	112,50	112,90
Umsatz	250	200

Öle, Fette, Tierprodukte

	27. 9.	26. 9.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	27. 9.	26. 9.
Südstaaten fob Werk	53,00	52,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	35,00	35,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	33,55	33,87
Dez.	34,00	34,17
Jan.	33,90	34,13
März	33,65	33,80
Mai	32,85	33,20
Juli	32,05	33,25
Aug.	30,50	30,75
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	36,50	37,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	21,50	22,00
Choise white hog 4% fr. F.	14,125	15,25
Talg		
New York (c/lb)		
top white	17,50	17,50
fancy	17,00	17,00
bleichfähig	16,75	16,75
yellow max 10% fr. F.	14,25	14,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Okt.	41,80	41,50
Dez.	42,15	42,25
Febr.	45,80	45,80
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	59,40	60,40
März	59,40	60,55
Mai	61,50	62,50
Häute		
Chicago (c/lb)	27. 9.	26. 9.
Ochsen einh. schwere River Northern	52,00	51,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Nov.	894,00	879,00
Jan.	908,00	893,00
März	918,00	905,00
Mai	919,00	907,50
Juli	910,00	898,50
Aug.	985,00	867,50
Sept.	785,00	782,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Okt.	234,00	229,50
Dez.	238,50	233,00
Jan.	240,00	234,50
März	242,00	235,50
Mai	242,50	237,00
Juli	243,00	237,00
Aug.	234,00	225,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	27. 9.	26. 9.
Okt.	403,50	393,50
Dez.	413,00	403,00
März	428,00	416,00
Kokosöl		
New York (c/lb)	27. 9.	26. 9.
Westküste fob Werk	42,00	43,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	28. 9.	27. 9.
jegl. Herk. cif	1100,00	1095,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	680,00	695,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	700,00	672,50
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	222,00	219,50
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	960,00	930,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	344,75	336,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	27. 9.	26. 9.
Baumwolle		
New York (c/lb)	27. 9.	26. 9.
Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	75,15	74,35
Dez.	76,80	76,20
März	78,45	77,86
Mai	79,40	78,85
Juli	79,85	75,40
Okt.	75,30	74,60
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	59,75	59,75
Wolle		
Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	27. 9.	26. 9.
Okt.	421–423	421–423
Dez.	419–421	421–423
Jan.	419–421	419–421
Umsatz	118	61
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	27. 9.	26. 9.
Okt.	46,30	geschl.
Dez.	46,00	geschl.
März	46,30	geschl.
Mai	46,60	geschl.
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	27. 9.	26. 9.
Okt.	547,5–548,0	550,0–551,0
Dez.	567,0–568,0	568,0–569,5
März	584,0–584,5	584,5–585,0
Umsatz	66	60
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	27. 9.	26. 9.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	27. 9.	26. 9.
Okt.	13 511	13 566
Nov.	13 530	13 575
Kautschuk		
London (p/kg)	27. 9.	26. 9.
Nr. 1 RSS loco	73,75–75,50	74,50–76,50
Nov.	74,80–75,00	76,00
Dez.	75,50–76,00	–
Jan/März	75,70–75,80	77,80–78,00
Tendenz: leichter		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	27. 9.	26. 9.
Nr. 1 RSS loco:	252,00–253,00	252,50–253,50
Okt.	253,00–254,50	254,00–255,00
Nov.	256,25–258,00	257,00–258,00
Nr. 2 RSS Okt.	249,50–250,00	250,00–251,00
Nr. 3 RSS Okt.	246,00–247,00	246,50–247,50
Nr. 4 RSS Okt.	239,50–240,50	240,00–241,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	27. 9.	26. 9.
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	396,00	396,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	28. 9.	27. 9.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	110,46–110,85	114,23–114,43
drittfolg. Monat	114,42–114,81	118,31–118,50
Zink: Basis London		
laufend. Monat	213,98–214,18	218,70–218,90
drittfolg. Monat	220,32–220,52	225,17–225,27
Produz.-Preis	232,51	233,8
Reinzinn 99,9%	3714–3751	3713–3750

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	28. 9.	27. 9.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	401,84–404,22	412,93–415,31
Blei in Kabeln	118,25–119,25	122,00–123,00
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	28. 9.	27. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	355–372	362–379
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	401–407	409–414
MS 63	407–411	414–419

Zinn-Preis Penang

	28. 9.	23. 9.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,01	30,01

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	28. 9.	27. 9.
Leg. 225	445–463	445–473
Leg. 226	447–465	447–475
Leg. 231	487–495	487–505
Leg. 233	497–505	497–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	28. 9.	27. 9.
Platin (DM je g)	39,45	39,45
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	35 600	35 750
Rücknahmepr.	34 850	35 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 520	35 680
Rücknahmepr.	34 450	34 610
verarbeitet	37 280	37 440
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 210	35 370
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1026,50	1029,60
Rücknahmepr.	990,60	993,60
verarbeitet	1072,00	1075,20

Internationale Edelmetalle

	28. 9.	27. 9.
Gold (US-$/Feinunze)		
London	28. 9.	27. 9.
10.30	414,00	413,50
15.00	413,60	412,25
Zürich mittags	414,40–414,90	413,30–413,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	107 000	107 300
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	794,20	799,00
3 Monate	812,65	811,50
6 Monate	831,85	830,50
12 Monate	868,35	860,70
Platin (£-Feinunze)		
London	27. 9.	26. 9.
fr. Markt	285,15	287,55
Palladium (£-Feinunze)		
London	–	–
f. Händlerpr.	101,15	101,40

New Yorker Preise	27. 9.	26. 9.
Gold H & H Ankauf	412,25	415,00
Silber H & H Ankauf	1188,00	1198,00
Platin fr. Händlerpr.	426,00–432,00	425,00–436,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	151,00–153,00	153,00–155,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	1191,70	1203,00
Okt.	1192,50	1201,00
Dez.	1209,00	1219,00
Jan.	1221,40	1231,40
März	1240,00	1250,00
Mai	1263,70	1274,20
Juli	1285,20	1296,00
Umsatz	25 000	23 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	27. 9.	26. 9.
Sept.	68,25	69,85
Okt.	68,25	69,90
Dez.	69,50	71,25
Jan.	70,25	72,00
März	71,70	73,40
Mai	73,00	74,85
Juli	74,40	76,25
Umsatz	13 000	8 500

Londoner Metallbörse

	28. 9.	27. 9.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1061,0–1062,0	1077,0–1078,0
3 Monate	1090,0–1090,5	1106,5–1107,0
Blei (£/t) Kasse	279,00–280,00	288,00–289,00
3 Monate	289,00–290,00	298,50–299,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1002,5–1003,0	1025,0–1025,5
3 Monate	1030,0–1030,5	1051,5–1052,0
abends Kasse	–	1014,0–1015,0
3 Monate	–	1042,0–1042,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	978,00–980,00	993,00–995,00
3 Monate	1003,0–1004,0	1017,5–1018,0
Zink (£/t) Kasse	540,50–541,00	552,00–553,00
3 Monate	556,50–557,00	568,00–569,00
Zinn (£/t) Kasse	8525–8528	8580–8590
3 Monate	8600–8605	8675–8680
Quecksilber ($/Fl.)		305–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)		79-83

FINANZANZEIGEN

Kreditanstalt für Wiederaufbau

Frankfurt am Main

Die aufgrund der Anleihebedingungen vorzunehmende Auslosung der am 1. Februar 1984 zur Rückzahlung gelangenden Inhaberteilschuldverschreibungen unserer

7½% Anleihe von 1970 – F/A –

– Wertpapierkenn-Nr. 276.231/240 –
(9. Auslosung) zu 100%

findet am

19. Oktober 1983, vormittags 11.00 Uhr,

in unseren Geschäftsräumen statt.

Frankfurt am Main, im September 1983

KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau
Palmengartenstraße 5–9
6000 Frankfurt am Main 1

Moselkraftwerke
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Saffig

Bekanntmachung über die letzte planmäßige Tilgung unserer
6%-Anleihe von 1963
– Wertpapier-Kenn-Nr. 375 401 –

Wir geben hiermit davon Kenntnis, daß die zwanzigste und somit letzte Gruppe „J", umfassend die Nummern

102 401 – 102 700 =	300 / 5 000,–
128 501 – 131 500 =	3 000 / 1 000,–
155 261 – 155 980 =	720 / 500,–
171 501 – 172 900 =	1 400 / 100,–
	= DM 5 000 000,–

zur Rückzahlung am 2. Januar 1984 fällig wird. Die Verzinsung endet mit dem Fälligkeitstag.

Die Teilschuldverschreibungen dieser Gruppe werden ab 2. Januar 1984 zum Nennwert kostenfrei gegen Einreichung der nach der Nummernfolge geordneten Stücke unter Beifügung eines Nummernverzeichnisses bei der Gesellschaftskasse sowie bei den Niederlassungen der nachstehenden Banken eingelöst:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Deutsche Bank Saar AG
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG

Die bisher noch nicht eingereichten Anleihestücke der

Gruppe „M" ausgelost zum 2. Januar 1975
Gruppe „A" ausgelost zum 2. Januar 1976
Gruppe „B" ausgelost zum 2. Januar 1977
Gruppe „O" ausgelost zum 2. Januar 1978
Gruppe „F" ausgelost zum 2. Januar 1979
Gruppe „P" ausgelost zum 2. Januar 1980
Gruppe „E" ausgelost zum 2. Januar 1981
Gruppe „K" ausgelost zum 2. Januar 1982
Gruppe „D" ausgelost zum 2. Januar 1983

werden ebenfalls bei obigen Zahlstellen eingelöst.

Saffig, im September 1983

Die Geschäftsführung

Verspätete Wahrheit

ves – Es war eine phantastische Rede, ein hinreißendes Plädoyer für die Familie, eine Rede von unverblümter, bitterer Wahrheit, die da die Abgeordnete aus Anlaß der Haushaltsdebatte im Bundestag hielt. In den Medien fand sie keinerlei Beachtung. Könnten wir nur hoffen, daß sie bei unseren Regierenden nicht zum einen Ohr hinein, zum anderen hinausginge; denn die Abgeordnete hatte nur allzu recht, wenn sie warnte: Beachtet die Unterprivilegiertheit der Familie, die Ungerechtigkeit besonders im Hinblick auf diejenigen Mütter, die ihren Beruf aus Verantwortung für die Kinder an den Nagel gehängt haben!

Wer war es, der da so ungeschminkt, so ohne strategische Abstriche im Parlament die volle Wahrheit zu sagen wagte? Nun, es handelte sich um die ehemalige Familienministerin Antje Huber (SPD). Aus dem Munde ausgerechnet dieser Politikerin wirkte die Rede von der Oppositionsbank her bedauerlicherweise billig und opportunistisch. Denn als Frau Huber als Ministerin die Position der Familienmütter nachhaltig hätte verbessern können, hat sie statt dessen eine ganze Kette von Maßnahmen entwickelt, die aktiv zur Zerstörung der Familie beitrugen.

Unterstützt wurde vor allem das Bestreben der Frauen, sich aus der „Fesselung" an die unmündigen Kinder zu lösen – unterstützt durch die blinde Propagierung des Tagesmüttermodells, durch die Forderung eines Mutterschaftsgeldes lediglich für berufstätige Mütter, durch die Honorierung der Abtreibung seitens der Krankenkasse, durch die Ablösung der Kinder aus der familiären Erziehung, durch immer mehr staatlich geförderten und befürworteten Massenpferch, wo auch immer.

Aus ihrer Rede im Bundestag konnte nun jeder heraushören, wie klar Frau Huber es im Bewußtsein hat, was für eine riesengroße Gefahr für die Zukunft die unzureichende Beachtung der Familie bedeutet. Der Fall stimmt melancholisch. Er zeigt mit geradezu exemplarischer Deutlichkeit, wie opportunistisch unsere Politiker mit dem, was not tut, umgehen. Frau Huber hatte im Grunde kein Recht, eine solche Rede zu halten. Aber die jetzige Regierung sollte sie sich trotzdem hinter die Ohren schreiben.

Oper: „Hans Heiling"

Rache am Tage der Hochzeit

Heinrich Marschners romantische Oper „Hans Heiling" wurde vor 150 Jahren uraufgeführt und geriet wie seine anderen Werke durch die neue musikalische Sprache Wagners in Vergessenheit. Entgegen der Erfahrung, daß in der Musikgeschichte Vergessen zumeist Barmherzigkeit gegenüber dem Komponisten bedeutet, erscheint die allmähliche Wiederentdeckung Marschners aber doch begründet. Hannover jedenfalls eröffnete jetzt seine Opernsaison mit dem „Hans Heiling" – nicht zuletzt auch eine Reverenz an den einstigen hannoverschen Kapellmeister.

Marschner verfügte über praktische Erfahrungen: Er traute seinem Orchester und seinen Sängern nicht zu, was sie nicht leisten konnten und so bietet sich diese Oper von großem Wohlklang für eine jede Bühne an. Die Musik erinnert an Weber und Lortzing, ihre dramaturgischen Mittel sind genau eingesetzt, und das Gegeneinander einer Welt der Sehnsucht, und jener der frommen Einfalt des Volks ist vom Dirigenten George Alexander Albrecht präzise herausgearbeitet.

Hans Heiling, eine Gegenfigur zur Undine, erträumt als Sohn der Königin der Erdgeister ein Leben unter den Menschen. Er gibt seine Rechte im Reich des Unterirdischen auf und will das von ihm geliebte Mädchen Anna mit kostbarem Schmuck betören. Das fromme Mädchen folgt dem Wunsch ihrer Mutter, trotz ihrer Liebe zum Jäger Konrad, und verlobt sich mit dem reichen Heiling. Dann jedoch beginnt sie, die dämonische Kraft Heilings zu fürchten. Anna verspricht Konrad die Ehe, aber Heiling ruft die Geister herbei, um am Tage der Hochzeit Rache zu üben. Da erscheint die Königin und wendet die Rache ab. Heiling kehrt in die Arme seiner Mutter zurück, auf menschliche Erlösung verzichtend.

Das Bühnenbild von Carlo Tommas verbindet glücklich Modernes mit romantischen Versatzstücken. Die Kostüme des Chors der Erdgeister, des festlich in österreichischen Trachten gekleideten Volkes, der prächtigen Geisterkönigin (Carola Rentz) sind nicht minder suggestiv als der volle Klang des Orchesters. Der Applaus galt vor allem den Arien von Helen Donath als Anna. Heinz Jürgen Demitz war ein schöner und männlicher Heiling.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

Warten auf Faust: Zum 100. Geburtstag des Deutschen Theaters in Berlin

Mit Otto Brahm in den Olymp

Die Feiern, mit denen heute abend das schöne, alte, geschichtsreiche und ehrenvolle Deutsche Theater in der Ost-Berliner Schumannstraße wiedereröffnet wird, werden bei allem fröhlichen Pathos flau klingen müssen. Das schöne Haus ist in zwei Jahren glanzvoll restauriert worden. Otto Brahms und Max Reinhardts Bühne, umweht von Reminiszenzen an eine der glorreichsten Epochen unserer aller Theatergeschichte, präsentiert sich äußerlich in ihrem alten, schönsten Gewande. Dieser Festtag einer neuen Weihe des Hauses zu seinem 100. Geburtstag greift weit über seine berlinische Bedeutung hinaus. Dies ist heiliger Theatergrund.

Natürlich hatte man vor, den Termin auch theatralisch mit höchster Festlichkeit zu begehen. Die ruhmbedeckte Bühne sollte mit „Faust II" neu eröffnet werden. Friedo Solter sollte Regie führen. Man wurde nicht fertig. Die geplante Jubiläumspremiere wurde auf den kommenden Februar vertagt. Man holt zur neuen Weihe des Hauses, blamablerweise, eine acht Jahre alte „Tasso"-Inszenierung aus der Versenkung. So bleibt die Jahrhundertfeier peinlich verdunkelt.

Dabei gibt es diese Bühne im Grunde schon viel länger als nur 100 Jahre. Schon 1848, im Revolutionsjahr, hatte ein unternehmender Theatermann, Friedrich Wilhelm Deichmann, einen damals noch primitiven Bau als sogenanntes „Sommertheater" errichtet, das höchst erfolgreich gegen das teure Hoftheater anzuspielen verstand. Man baute es um, machte es winterfest. Albert Lortzing dirigierte, als man das neue Gebäude eröffnete, die Festouvertüre. Bedeutsam wurde die neue Bühne nicht.

Vor hundert Jahren dann übernahm Adolphe L'Arronge das Haus mit einer namhaften Sozietät von Bühnenleuten. Er entrümpelte den Spielplan und ließ Bühnengötter wie Josef Kainz, Ludwig Barnay (einen seiner Sozietäre) und den Stifter des Iffland-Ringes, Friedrich Haase, spielen. Aber erst als Otto Brahm, der große Dramaturg des Naturalismus und Kritiker, die Bühne übernahm, begann sie weit überregionalen Glanz und europäische Größe zu gewinnen.

Brahm veränderte die Szene radikal. Er hatte zu den Gründern der „Freien Bühne" gehört, die mit einem neuen Realismus, mit einer Hinwendung zu bürgerlich-kritischen Themen und dreist auch zu einer deutlichen Kleineleute-Dramatik einen neuen Zeitgeist auf der Bühne signalisieren wollten. Er verfocht ein Theater der Wahrheit. In den zehn Jahren seines Direktoriums hat er zehn bittere Stücke von Henrik Ibsen auf deutsch erstaufgeführt. Er brachte ebenso viele Uraufführungen aus des jungen Gerhart Hauptmanns Feder.

Brahm führte Regie, wenn man das schon so nennen konnte, denn die Institution des allmächtigen Inszenators gab es ja noch gar nicht. Er stimmte seine Spiele ab. Er sorgte für eine neue Intensität der Stille. Er holte sich, vornehmlich aus dem Protagonistenstall des großmächtigen Theaterherzogs von Meiningen, die besten Kräfte, den Albert Bassermann, die Sorma und immer wieder den „göttlichen" Josef Kainz.

Brahm übergab sein Haus dem blutjungen Max Reinhardt. Den hatte er sich aus Salzburg geholt als Schauspieler, der ihm bizarrerweise vorerst nur in Greisenrollen aufgefallen war. Die sollte Reinhardt noch jahrelang spielen. Reinhardt dürstete es nach einem neuen Tun. Wenn Brahm die szenische Eindringlichkeit der Stille und der vorsätzlich intensiven Dürftigkeit gepflegt hatte – Reinhardt stand der Theatersinn nach voller Festlichkeit.

Reinhardt hat die großen Maler seiner Zeit zur Mitarbeit immer wieder herangezogen. Er ließ, als er die Kammerspiele neben dem Deutschen Theater, 1906, eröffnete, Edvard Munch die Szenenbilder entwerfen. Er hat den alten Menzel noch herangezogen, Max Liebermann, Max Slevogt und immer wieder den genialen Raumbildner Ernst Stern. Reinhardt zog magnetisch eine neue Garde junger Spieler an und ließ sie an seinem Hause heimisch werden. Plötzlich gab es bei ihm eine ganze Rotte genialer Komiker wie Arnold, Waßmann, später Pallenberg, Curt Bois oder Gerron.

Reinhardt entdeckte auf deutscher Szene Shakespeares Komödien erst wirklich und ließ sie betäubend spielen. Für den „Sommernachtstraum" hat er sogar die erste Drehbühne erfunden. „Jetzt dreht sich bei Reinhardt der Wald!" sagten die Berliner, wenn sie um neun auf ihre Uhren blickten. Die Fülle der schauspielerischen Festlichkeit, die er entdeckte und um sich sammelte, ist nicht zu nennen: die Heims, den Heysler, den Bassermann, den Kortner, den Krauss, die Bergner, die Thimig, die Mosheim, die Eckersberg, den Wegener, die Durieux, den Moissi und wie sie alle hießen.

In den zwanziger Jahren löste Reinhardt sich zeitweise von der Schumannstraße, zog ins Große Schauspielhaus, das er sich vom Architekten Poelzig umbauen ließ, um nun vor den Dreitausend zu spielen. Er gründete seine kleinen, intimen Lustspielhäuser am Kurfürstendamm, gründete mit Hofmannsthal die Salzburger Festspiele, ging immer wieder auf lange triumphale Tourneen über Länder und Meere.

Er kehrte immer wieder zurück in die Schumannstraße. Hier war seine Heimat, seine künstlerische. Er hat immer aus voller Hand Theater gemacht, und er hat nie auch nur eine einzige Mark Subvention erbetteln müssen oder gar erhalten. Die Banken, wenn Reinhardt schon Geld brauchte, drängten sich geradezu, es ihm vorzuschießen. Das waren noch Zeiten!

Max Reinhardt mußte, 1933, Deutschland verlassen. Er hat aus der Emigration in einem rührenden Brief das Haus dem deutschen Volk überlassen und geschenkt. Der Brief, liest man ihn heute, treibt einem immer noch Schamröte ins Gesicht. Heinz Hilpert wurde sein Nachfolger. Er hat das Theater durch alle Klippen höchst ehrenvoll bis zum Kriegsende geführt. Seine Inszenierungen und viele von Erich Engel hielten, so gut es immer gehen wollte, die Tradition lebendig.

Das Deutsche Theater war eins der wenigen, das den Krieg unversehrt überstand. Drei Wochen nach Kriegsende, die Rauchschwaden standen sozusagen noch über der Stadt, wurde es gleich wieder eröffnet. Hier spielte Paul Wegener endlich wieder Lessings „Nathan". Wolfgang Langhoff wurde Intendant, dann Wolfgang Heinz, dann der unglückselige Anselm Perten, später Gerhard Wolfram und jetzt Rolf Rohmer.

Der alte Glanz war nur selten zu erwecken. Brecht hat hier seine ersten Inszenierungen nach seiner Rückkehr triumphal gezeigt. Dann zog er in sein altes Theater am Schiffbauerdamm um. Er hat es (im Vergleich) dem Deutschen Theater sofort schwergemacht. Die Ost-Berliner Volksbühne ist auch lange Jahre soviel wichtiger geworden, als denen, die jetzt auf Reinhardts Stuhl saßen, lieb sein konnte.

Jetzt beginnt in der Schumannstraße eine neue Ägide. Möge sie glücklich verlaufen. Dies Theater ist auf heiligem Grund gebaut. Dies Haus ist Theatergeschichte, gesamtdeutsch.

FRIEDRICH LUFT



Alexander Kluges Film-Essay „Die Macht der Gefühle" angelaufen

Ein Feuerwehrmann sucht den Gral

Ich werde das Gefühl nicht los, der kluge Kluge bearbeitet hier mit bürokratisch kontrollierter Phantasie bildlich ein Gedankenfeld, auf dem er auch wörtlich infolge diffuser Begriffe und ästhetisch-philosophischer Kurzschlüsse nicht klarkommen kann. Wie Gefühle sich organisieren, will er in mindestens zwei Dutzend verfilmter Geschichten und Situationen aus fünftausend Jahren vorführen – wobei er auch mit fünftausend Geschichten aus zwei Dutzend Jahren nicht mehr Einsicht befördert hätte als mit einer einzigen, genau entwickelten.

Die schöne, oft bedenkliche Zeitkrankheit, in Bilderfolgen zu denken, ihnen gar das Denken zu überlassen, hat Kluge zu einer Supermontage aus unterschiedlichsten Gefühls-Szenen ermutigt: vom fühligen Drehen einer kleinen Schraubenmutter bis zum Totschlag mit einer großen. Von Kriemhilds Rache zur Staatstrauer in der Paulskirche. Von Krupps Dicker Bertha zu Rigolettos Tochter im Sack. Von der Unbetroffenheit einer Genotzüchtigten bis zur Enttäuschung des Feuerwehrmanns, der im brennenden Opernhaus den Gral sucht und nichts drin findet.

Im Tempo schnell gesprochener Satzfetzen sehen die ersten Minuten, zu Parsifal-Klängen, unter anderem etwa so aus: Frankfurter Hochbauten, romantische Landschaft mit Flugzeug und Mond, anrollende Panzer, sterbendes Kind, Szene aus Fritz Langs „Nibelungen", Wehner redet auf Mischnick ein, O. E. Hasse als Teufels General, und dann fragt die Reporterin (Alexandra Kluge) den Kammersänger (Edgar Boehlke), wieso er im 1. Akt so hoffnungsfroh aussieht, wenn er doch weiß, wie gräßlich es im 5. zugeht...

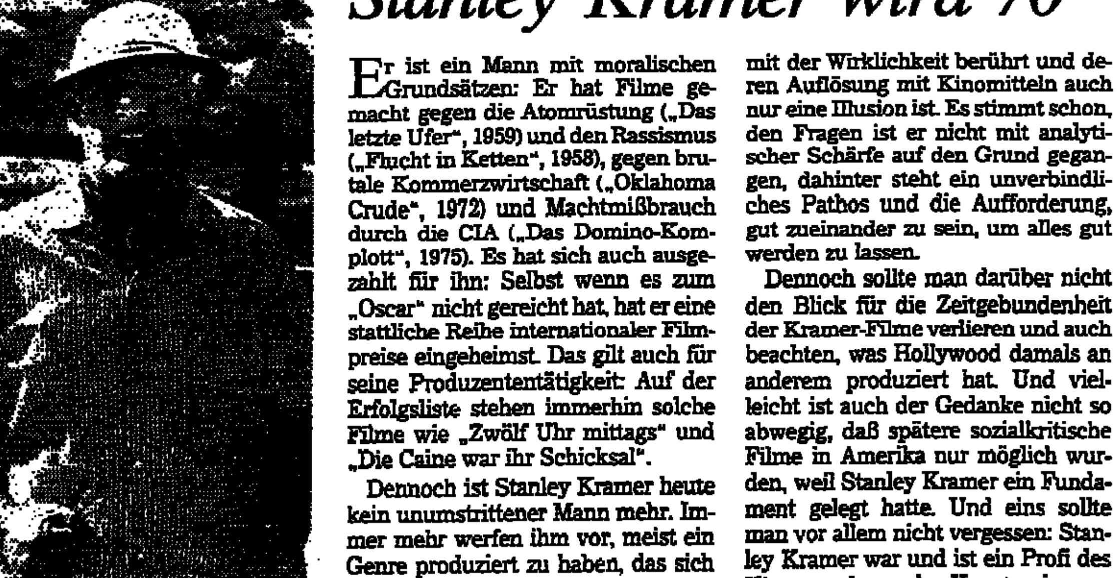
Mehr als 18 Stunden Lebensgefühl, meint Kluge, bietet er in anderthalb Stunden an. Damit die Gefühle auch lokalisiert und geordnet nachzufühlen sind, braucht er allerdings viele barsche Inserts – wer kann schon immer erraten, welches von den meist unübersichtlichen Gefühlen in einer Szene gerade gemeint ist. Zuletzt gibt er diesen nervösen Assoziations-Stil auf, um wenigstens einmal in einer zusammenhängenden Krimi-Handlung (zwei Paare reagieren verschieden auf einen Mord) zu zeigen, worauf es ihm jedenfalls ankommt; wie Gefühle auf das Verhalten wirken, zu Taten führen.

Das große „na und?", zu dem dieser Film-Essay beim erstenmal provozieren kann, wird erst danach durch Kluges Äußerungen beantwortet, wenn auch nicht ganz überzeugend. Er will eine Art Gefühlskontrolle des Verstandes. Eine Politik der Gefühle, von denen er glaubt, sie irrten sich weniger als jede andere menschliche Kraft – vorausgesetzt, sie wissen, wohin sie gehören (wozu sie natürlich auch den Verstand brauchen ...).

Wundert es noch jemanden, daß die Filmkritiker in Venedig auf den neuen Kluge geflogen sind? Und daß sich bei ihnen eine Menge des hier aufgestauten Denkmaterials wiederfindet? Zum Entsetzen mancher, die einfach fasziniert sind von dieser tollen Montage (Beate Mainka-Jellinghaus) aus hervorragenden Aufnahmen (Werner Lüring, Thomas Mauch), aus spannenden Handlungsfetzen (siehe Beate Holle als weggeworfene Geliebte, Hannelore Hoger als justizfremde Angeklagte, Susanne von Borsody als treue Prostituierte) und aus populärsten Opernzitaten zum Beispiel von Verdi und Puccini.

Dagegen nämlich ist die „Macht der Gefühle" machtlos: daß einer den Film weiter nichts als recht munter findet, etwas wirr, aber im ganzen abenteuerlich, so richtig was zum Glotzen, mit der angeheizten Neugier: Was kommt jetzt?

ARMIN EICHHOLZ



Mann mit moralischen Grundsätzen: Der amerikanische Regisseur Stanley Kramer FOTO: AP

Stanley Kramer wird 70

Er ist ein Mann mit moralischen Grundsätzen: Er hat Filme gemacht gegen die Atomrüstung („Das letzte Ufer", 1959) und den Rassismus („Flucht in Ketten", 1958), gegen brutale Kommerzwirtschaft („Oklahoma Crude", 1972) und Machtmißbrauch durch die CIA („Das Domino-Komplott", 1975). Es hat sich auch ausgezahlt für ihn: Selbst wenn es zum „Oscar" nicht gereicht hat, hat er eine stattliche Reihe internationaler Filmpreise eingeheimst. Das gilt auch für seine Produzententätigkeit: Auf der Erfolgsliste stehen immerhin solche Filme wie „Zwölf Uhr mittags" und „Die Caine war ihr Schicksal".

Dennoch ist Stanley Kramer heute kein unumstrittener Mann mehr. Immer mehr werfen ihm vor, meist ein Genre produziert zu haben, das sich in Deutschland einmal Problemfilm genannt hat. Will sagen, daß er sich für die Leinwand eine Problematik geschaffen hat, die sich nur äußerlich mit der Wirklichkeit berührt und deren Auflösung mit Kinomitteln auch nur eine Illusion ist. Es stimmt schon, den Fragen ist er nicht mit analytischer Schärfe auf den Grund gegangen, dahinter steht ein unverbindliches Pathos und die Aufforderung, gut zueinander zu sein, um alles gut werden zu lassen.

Dennoch sollte man darüber nicht den Blick für die Zeitgebundenheit der Kramer-Filme verlieren und auch beachten, was Hollywood damals an anderem produziert hat. Und vielleicht ist auch der Gedanke nicht so abwegig, daß spätere sozialkritische Filme in Amerika nur möglich wurden, weil Stanley Kramer ein Fundament gelegt hatte. Und eins sollte man vor allem nicht vergessen: Stanley Kramer war und ist ein Profi des Kinos, und von der Kunst, wie man Unterhaltung produziert, hat er bestimmt einiges zu lehren.

SVEN HANSEN



Markgräfin mit echten Chardins: Caroline Luise von Baden mit ihren ältesten Söhnen, nach einem Ölbild von Joseph Melling (1759). Aus der Karlsruher Ausstellung FOTO: KATALOG

Karlsruhe stellt Caroline Luise von Baden vor

Kein Adieu von Goethe

Unter den fürstlichen Frauen des 18. Jahrhunderts hat es etliche von hohem Geist und Gemüt gegeben, es sei nur an Maria Theresia und an Katharina von Rußland erinnert. Neben ihnen, die sich nicht nur als Herrscherinnen ausgezeichnet haben, gab es manche andere, die weniger im Licht der Geschichte stehen. Und es wird immer wieder das Bemühen des einen oder anderen historischen Liebhabers sein, solche Gestalten aus der Vergessenheit herauszuholen. Ob sich das für unser ohnehin beschädigtes Geschichtsbewußtsein lohnt, das ist die Frage.

Sie stellt sich angesichts der badischen Caroline Luise (1723–1783), einer gebürtigen hessen-darmstädtischen Prinzessin, die im Schloß zu Karlsruhe, wo sie als Gattin des Markgrafen Carl Friedrich von Baden-Durlach jahrzehntelang residierte, mit viel liebenswürdigem Aufwand dem Publikum vorgestellt wird. Was der frühere Leiter der Kunsthalle Karlsruhe, Professor Jan Lauts, 1980 in seinem Buch über die Markgräfin erzählend-beschreibend, mit Akribie, Detailkenntnis und Feinfühligkeit vorbrachte, wird nun mit einer nicht allzu umfänglichen Ausstellung illustriert, die nicht ohne (weiblichen) Charme ist.

Es wäre ungerecht, wollte man angesichts dessen, was hier aus den verschiedensten Sparten menschlicher Interessen, aus Künsten und Wissenschaften zusammengetragen wurde, die Frage nach dem Gewinn des Unternehmens verneinen. Aber wer sich mit Caroline Luise einläßt, muß sich darüber klar sein, daß er hier keinen großen historischen Boden betritt, sondern einen reizvollen, teilweise wie ein Antiquitätenkabinett zärtlich verstaubten Nebenschauplatz.

Die Ausstellung zeigt vieles aus der Umgebung der Markgräfin, aber ihr persönlicher Lebenskreis wird nur angedeutet. Da gibt es ein Pastell von Liotard, das sie – noch in Darmstadt – an der Staffelei sitzend zeigt: ein lustiges kleines Mädchen, adrett und ein wenig pummelig, mit runden Apfelbäckchen und starker Sinnlichkeit um die Mundwinkel. Man denkt: die platzt vor Neugier! Und dieser Eindruck täuscht nicht. In einem Altersbild, dreißig Jahre später, findet sich dies alles wieder – aber man erschrickt, was daraus geworden ist. Die Leiden des Lebens, die ungezählten Schwangerschaften, aus denen nur drei Kinder am Leben blieben, haben diese Züge nicht umgeprägt.

Caroline Luise war eine vielseitig interessierte Frau. Sie nahm Anteil an den naturwissenschaftlichen und medizinischen Erkenntnissen ihrer Zeit, studierte das Linnesche System, sammelte Münzen und aparte Marmorstufen, beteiligte sich an allerlei wirtschaftlichen Unternehmungen und dilettierte (höchst begabt!) in der Pastellmalerei.

Ihr Hof war in seiner etwas ärmlichen Verfassung – trotz allen Schielens nach Versailles – kein Musenhof. Goethe mokierte sich über die Karlsruher Verhältnisse, Klopstock, den man zu binden hoffte, verschwand eines Tages ohne Abschied. Die treffendste Kennzeichnung der neugierigen „Emanze", wie man die Markgräfin heute wohl titulieren würde, schrieb Lavater ironisch in sein Tagebuch: „Die Vielwisserin und Vielfragerin von Baden."

Daß sie Bilder sammelte, stets auf Qualität bedacht, ist ihr bleibendes Verdienst: Die herrlichen Chardins in der Karlsruher Kunsthalle bezeugen es. (Bis 20. Nov; Katalog 15 Mark)

HEINRICH WIEGAND PETZET

In Berlin fand der 24. Volkskunde-Kongreß statt

Lichter der Großstadt

Der Veranstaltungsort Berlin gehört schon zum Programm: „Großstadt – Aspekte empirischer Kulturforschung" lautet das Thema des 24. Deutschen Volkskunde-Kongresses. Mehr als 500 Teilnehmer haben sich zu der Tagung, die bis zum 30. September dauern wird, angemeldet. Die Wahl des Themas signalisiert bereits eine aktuelle Öffnung des Forschungsprogramms der Volkskunde. Dieser Wissenschaft hing lange Zeit das Image von Gamsbart und Lederhose an, weil die sogenannten „urtümlichen" Wurzeln allein bei der Landbevölkerung gesucht wurden. Inzwischen ist längst anerkannt, daß die Großstadt auf den verschiedensten Gebieten wie Mode, Vereinswesen, Witz, Spielformen, Liedern ihre eigenen Formen von Volkskultur entwickelt, die genauere Untersuchungen lohnen. Dabei ist bemerkenswert, daß die Volkskundewissenschaftler sich der Unzulänglichkeit und gelegentlich falschen Assoziationen ihres Fach-Titels durchaus bewußt sind. „Empirische Kulturwissenschaft", „Europäische Ethnologie" oder „Kulturanthropologie" sind nur einige Versuche der Umbenennung – ganz zufriedenstellen können sie nicht.

Vorträge und Diskussionen des Kongresses behandeln Themen wie „Folklore in der Großstadt" (etwa das „Populäre Singen"), „Kinderwitze", „Volksbräuche" und „Stadtteilkultur". Ein Berliner Referent befaßt sich unter dem Titel „Teddy-Boys und Ledermänner" mit einem sozusagen „modischen" Motiv.

Die „Nahrungsvolkskunde in der Großstadt" schließt Fragen der häuslichen Vorratshaltung, Grundnahrungsmittel und Krisennahrung ebenso ein wie die Betrachtung bürgerlicher Kochbücher, der Wochenmärkte und Restaurants. Solche weitgespannten Untersuchungen versprechen eine sehr lebendige Antwort auf „Zarathustras vernichtende Kritik an der großen Stadt", von der Professor Hermann Bausinger als Vorsitzender der veranstaltenden Deutschen Gesellschaft für Volkskunde zu Beginn des Kongresses sprach. In Berlin selbst – das gehört zu den Kuriosa am Rande – hat die Volkskunde, im Gegensatz zu anderen großen deutschen Universitäten, keinen festen Platz an den Hochschulen; sie wird schon seit Jahrzehnten vernachlässigt.

Die „DDR" hat den beiden namhaften Ostberliner Wissenschaftlern Wolfgang Jacobeit und Ute Mohrmann, die als Referenten angekündigt waren, die Ausreise nicht genehmigt. Auch bereits angemeldete Volkskundler aus Ungarn und Polen schickten kurzfristig entsprechende Absagen. Als Grund werden intern der „Kongreßort Berlin" und die Unterstützung der Veranstaltung durch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz genannt.

PETER HANS GÖPFERT

JOURNAL

Ein Jugendwerk von Raffael identifiziert

rwz, Varese

Die Direktorin des Mailänder Museums, Poldi Pezzoli, hat ein kleines beiderseitig auf Goldgrund bemaltes Prozessionskreuz, das bisher Pinturicchio zugeschrieben wurde, als ein Jugendwerk Raffaels erkannt. Exakte Untersuchungen, vor allem mit dem Reflektographen, der die Grundzeichnung unter der Farbschicht untersucht, führten zu dieser sensationellen Entdeckung, die in einem der letzten Studienkongresse in diesem Jahr der Feiern zu Raffaels 500. Geburtstag vorgetragen und diskutiert werden soll. Das Kreuz, das erst im März 1983 durch das Testament der Margherita Visconti Venosta dem Museum vermacht wurde, ist vorher nie öffentlich gezeigt und wissenschaftlich untersucht worden.

Beethoven-Sonate wiederentdeckt

dpa, Duisburg

Eine in Vergessenheit geratene Sonate Ludwig van Beethovens ist von dem Musikwissenschaftler Harro Schmidt, Professor an der Universität Duisburg, wiederentdeckt und identifiziert worden. Sie war lange Zeit für eine unechte Bearbeitung gehalten worden. Es handelt sich bei der Sonate für Cello und Klavier um eine Zweitfassung des Streichtrios Opus drei in Es-Dur, die 1807 entstand und die Opuszahl 64 trägt.

Fleckenstein soll in Moskau inszenieren

dpa, Göttingen

Der Intendant des Deutschen Theaters in Göttingen, Günther Fleckenstein, ist in einem Telegramm des Moskauer Akademischen Künstlertheaters zu einer Inszenierung des Stückes „Die Juristen" von Rolf Hochhuth in die Sowjetunion eingeladen worden. Am Deutschen Theater in Göttingen waren mehrfach Stücke Hochhuths, darunter „Die Juristen", uraufgeführt worden.

Japaner profilieren sich bei Xenakis-Wettbewerb

AFP, Paris

Beim ersten internationalen Kompositionswettbewerb unter Leitung von Jannis Xenakis in Paris lagen vor allem die Japaner ganz vorn. Bei dem Wettbewerb für Musiker unter 35 Jahren mit Kompositionen für Klavier und Klarinette mit und ohne Orchesterbegleitung, errang Kunitaka Kokaji den ersten Preis für Klavier solo, im Fach Klarinette der Schweizer Michael Jarrell. Mit weiteren Preisen wurden der Italiener Fabio Maestri (Klarinette solo), Kasuko Yoshida (Klavier und Orchester) und Masanori Kasai (Klarinette und Orchester) ausgezeichnet.

Vandalismus in Pariser Ausstellung

AFP, Paris

Dreizehn Gemälde und zwei Skulpturen sind in der Ausstellung „Grands et jeunes d'aujour d'hui", die derzeit im Grand Palais zu sehen ist, von Unbekannten mit Zigaretten versengt worden. Der Schaden wird nach ersten Ermittlungen auf 250 000 Franc beziffert. In der Exposition sind die Werke von 4980 in Frankreich lebenden Künstlern ausgestellt.

Kurt-Schwitters-Preis für Robert Filliou

dpa, Hannover

Der im vergangenen Jahr zum ersten Mal verliehene Kurt-Schwitters-Preis der Stadt Hannover ist dem Franzosen Robert Filliou überreicht worden. Mitte nächsten Jahres ist in der Sammlung Sprengel des hannoverschen Kunstmuseums eine große Filliou-Ausstellung geplant, die auch in Paris und Bern zu sehen sein wird. Der Franzose verbindet Elemente der Objektkunst mit denen der Zeichnung, der Malerei und der Skulptur, der Schrift und des Wortes.

KULTURNOTIZEN

„Aus Holz gemacht", eine Ausstellung in der Festung Ehrenbreitstein bei Koblenz, wird bis zum 6. November verlängert.

Steuererleichterungen hat der Staatschef Mitterrand den französischen Schriftstellern versprochen.

Gustave Dorè" wird in einer Ausstellung im Reutlinger Rathaus noch bis zum 30. Oktober gezeigt.

Eine chinesische Bücher- und Dokumentenausstellung über die Aufnahme der Werke von Marx und Engels in China zeigt das Karl-Marx-Haus in Trier ab Oktober.

„Populäre Kunst der Vereinigten Staaten" heißt eine Ausstellung, die im Altonaer Museum in Hamburg am 4. Oktober eröffnet wird.

„Meister des englischen Aquarells" aus dem Victoria-und-Albert-Museum London werden bis zum 31. Oktober im Palazzo Braschi in Rom gezeigt.

Pariser Modezar baute Peking einen Tempel

Von A. GRAF KAGENECK

Die Pariser Blätter schwiegen sich merkwürdigerweise aus über einen westlichen Besucher in Peking, der zur gleichen Zeit wie der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger die Tür zum himmlischen Palast durchschritt, um den Großen des roten China seine Reverenz zu erweisen. Pierre Cardin, ein unauffälliger Riese, hatte, wie üblich keine Journalisten mit auf die Reise genommen. Aber während der Amerikaner militärische hard-ware, Panzer, Raketen und Flugzeuge aus dem Arsenal der USA an den Mann zu bringen suchte, kam der Franzose mit ungleich friedfertigeren Angeboten: Am Morgen hatte er in den Gärten des Himmelspalastes, unweit des Marco-Polo-Center, das erste westliche Restaurant in der Hauptstadt des Riesenreiches eröffnet. Es trägt den traditionsreichen Namen „Maxim's", wie sein Vorbild in der Pariser Rue Royale. Und es bemüht sich wie sein westliches Ebenbild, die Küche Frankreichs auch im Lande einer der besten Küchen der Welt beliebt zu machen.

Pierre Cardin ist ein mutiger Mann. Im Alleingang hat er sich zum ungekrönten König der Pariser Mode aufgeschwungen, ungeachtet aller Anfeindungen, die den wenig geliebten, verschlossenen, zuweilen mürrischen Selfmademan umgaben. Nur seine Leute gingen und gehen für diesen



Er verheiratete Haute Couture mit Haute Cuisine: Pierre Cardin.

Mann, dem alles, was er anfaßt, mit Leichtigkeit zu gelingen scheint, durchs Feuer. Und nun will er der Welt beweisen, daß westliches Know-how und Marketing westliche Finesse und Lebensart durchaus auch in der sozialistischen und sogar in der besonderen Spielart der asiatisch-sozialistischen Welt existieren können. Eine doppelte Herausforderung.

Vor vier Jahren, im Sommer 1979, fuhr Pierre Cardin, begleitet von seinem Export-Direktor, zum ersten Mal nach China. In Peking, einer damals noch sehr verschlossenen Stadt, wollte er ein Schaufenster zum Westen aufstoßen. Bei den Außenhandels-Verantwortlichen stieß er auf überraschend starkes Interesse. Zwei Jahre später eröffnete er im Marco-Polo-Center im Herzen der Stadt in einer alten Pagode einen „Show-room", in dem er die Produkte seines Hauses ausstellte.

Im selben Jahr, in welchem Cardin sein Modezentrum in Peking eröffnet hatte, kaufte der rastlose Business-Mann das altehrwürdige Restaurant „Maxim's" in Paris, um es vor Vergessen und Verfall zu retten. Inzwischen ist es ihm sogar gelungen, es neuem Glanz entgegenzuführen.

Cardin beschloß, nun auch seinem Modezentrum in Peking einen Gourmet-Tempel anzuschließen. Er ließ sorgfältig ausgesuchte chinesische Köche aus Peking nach Paris kommen und weihte sie unter der Stabsführung seines Pariser Restaurant-Direktors Charles Hourdry in die Geheimnisse der französischen Küche ein. Fünf Monate lang wurden sie in der unterirdischen Küche des „Maxim's" in der Rue Royale Nummer 3 getrimmt. Und siehe, da erwies sich, daß Chinesen besser französisch kochen als Franzosen. Einige wollten gleich dableiben. Aber sie wurden unter Aufbietung fürstlicher Löhne wieder in ihr Heimatland zurückkomplimentiert.

Dort schwingen sie nun den Kochlöffel, zum höheren Ruhme Frankreichs und der französisch-chinesischen Freundschaft, ungeachtet eines immer noch schreienden Mißverhältnisses in der beiderseitigen Repräsentation. Rund 500 chinesischen Restaurants in Paris steht nur dieses einzige französische Lokal in Peking gegenüber. Aber es ist ein Lokal, das es „in sich hat": Wie der Durchschnittspreis eines Pekinger Maxim's-Menüs von 130 Franc (in Paris ist es das Doppelte) von einem Chinesen bezahlt werden soll, der durchschnittlich 70 Franc im Monat verdient, bleibt einstweilen auch Pierre Cardin und seinen Mitarbeitern schleierhaft.



„Maxim's" in Peking wurde ein Ebenbild des Schlemmertempels in der Pariser Rue Royale. FOTO: UPI

Arzt ließ Lebensmüde sterben: Freispruch

dpa, Krefeld

Mit einem Freispruch endete gestern der Strafprozeß gegen einen 63 Jahre alten Krefelder Arzt, der im November 1981 eine 76jährige, zum Tod entschlossene Patientin nach einem Selbstmordversuch mit Medikamenten sterben ließ. Entgegen der Staatsanwaltschaft gelangte das Landgericht Krefeld zu der Auffassung, dem Mediziner sei weder eine „Tötung auf Verlangen durch Unterlassen" noch eine versuchte Tötung nachzuweisen. Mit dem Urteil entsprach das Gericht dem Antrag der Verteidigung; der Anklagevertreter kündigte sofortige Revision an.

Nach den Feststellungen der Kammer, deren Vorsitzender Dieter Hoberg betonte, nur die „rein juristische" und nicht die „sittlich-moralische" Betrachtung des Falles habe eine Rolle gespielt, wußte der Angeklagte lange vorher von den Selbstmordabsichten seiner schwer herzkranken Patientin. Angesichts der offensichtlich schweren Vergiftung sei der Angeklagte zu dem Schluß gekommen, jede Hilfe wäre zu spät. Gleichzeitig habe er überlegt, daß für den Fall einer lebensverlängernden Intervention schwere Folgeschäden zu befürchten seien.

Giftalarm in Mailand

AP, Mailand

Wegen einer aus einem umgestürzten Tankwagen ausgetretenen Giftwolke blieben auch gestern weiter alle Straßen in einem sechs Quadratkilometer großen Bereich am nordwestlichen Stadtrand Mailands für den Verkehr gesperrt. Der Tankwagen mit 23 Tonnen Chlorschwefelsäure war am Dienstag auf einer Autobahnauffahrt umgestürzt.

25 Tote bei Zusammenstoß

AP, Belgrad

Mindestens 25 Menschen sind gestern bei einem schweren Zugunglück auf einem unbeschrankten Bahnübergang nahe der kroatischen Stadt Gospic ums Leben gekommen. Ein mit Pendlern und Schülern besetzter Bus wurde im Nebel von einem Personenzug gerammt.

Jackpot gewonnen

dpa, Hannover

Den Jackpot im Spiel 77 hat ein 20jähriger Bundeswehrsoldat aus einem Ort in der Nähe von Hannover geknackt. Der 20jährige, der zur Zeit seinen 15monatigen Wehrdienst bei einer Flugabwehrbatterie leistet, gewann 3 555 555,40 Mark.

„Nicht repräsentativ"

dpa, Berlin

Der Zentralverband des Kraftfahrzeuggewerbes hat die Ergebnisse des jüngsten Werkstatt-Tests der Berliner Stiftung Warentest als „nicht repräsentativ" zurückgewiesen. Allerdings gebe es am Ergebnis der Untersuchung „nichts zu beschönigen", die eingebauten Fehler hätten gefunden werden müssen.

ZU GUTER LETZT

„Bayern Dixie – vom Faß" Anzeige aus der Münchener „Abendzeitung"

Sechslinge ließen sich nicht geheimhalten

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Nur knapp drei Tage ließ sich trotz aller Sorgfalt das Geheimnis halten: Am vergangenen Sonntag brachte in der Hamburger Universitätsklinik eine 28jährige Krankenschwester Sechslinge zur Welt. Obwohl die Eltern und die Ärzte strengstes Stillschweigen über die erwartete Mehrlingsgeburt wahrten, wurde die Sensation ausgeplaudert: Zwei Mädchen und vier Jungen wurden per Kaiserschnitt geboren. Die Kinder sollen zwischen 1120 und 1440 Gramm wiegen; lediglich der Winzling des Sextetts brachte bei der Geburt 760 Gramm auf die Waage. Behörden und Klinik wollten allerdings gestern mehr als die Tatsache der Geburt nicht bestätigen.

Dennoch wurde bekannt, daß drei Kinder in der Universitätsklinik Eppendorf versorgt werden. Drei Babys wurden in die Spezialabteilung des katholischen Kinderkrankenhauses Wilhelmstift im Hamburger Osten gebracht. Die Einrichtung hatte vor einigen Jahren bereits untergewichtige Drillinge erfolgreich aufgepäppelt.

Ursache für den sechsfachen Kindersegen war eine Hormonbehandlung, zu der sich das Hamburger Ehepaar nach mehrjähriger Kinderlosigkeit entschlossen hatte. Schon während der Schwangerschaft wurde klar, daß die Krankenschwester und der kaufmännische Angestellte nicht nur mit einem Kind rechnen konnten. Und unmittelbar vor der Geburt hatte man sich auf Vierlinge eingestellt. Nach rund 40minütiger Geburt hatte der Oberarzt Jürgen Ritschke dann sechs Babys auf die Welt geholt, die dritte Sechslingsgeburt in Deutschland. 1965 wurden in München sechs Babys geboren, sie waren aber nach der Geburt gestorben. Und vor einem Jahr brachte eine 26jährige Frau in Hildesheim Sechslinge zur Welt, von denen aber nur drei Kinder überlebten.

Statistisch kommt eine Sechslingsgeburt einmal unter drei Milliarden Geburten vor. Fünflinge gibt es einmal auf hundert Millionen Geburten.

Hormonbehandlungen bei Kinderlosigkeit haben – allerdings nur bei bestimmten Hormonen – die Möglichkeit einer Mehrlingsgeburt erhöht. Der mehrfache Kindersegen bringt neben gesundheitlichen Risiken während Schwangerschaft und Geburt für Mutter und Kind aber auch eine Menge von Problemen. Aber auch dabei gibt es inzwischen Unterstützung – bei einem Verein für die Eltern von Mehrlingskindern (siehe WELT vom 18. 8. 83).

Vom „Chopper"-Spuk blieb nichts als Schweigen

Im Prozeß gegen Zahnarzthelferin reden nur die Gutachter

PETER SCHMALZ, München

Daß der Geist weht, wo er will, zählt seit geraumer Zeit zum politischen Allgemeingut, das Franz Josef Strauß stets dann beschwört, wenn er ein Wörtchen gegen den Zeitgeist formulieren will. Daß aber Geister nur dann reden, wenn sie wollen, wird dieser Tage zu einer neuen und leidvollen Erfahrung für Jugendrichter Benno Hurt im Regensburger Amtsgericht. Seit Montag hat er es mit den vielleicht nicht gerade größten, aber doch immerhin bekanntesten deutschen Geistern zu tun, die ihn aber nicht für würdig halten, ihn in ihre phänomenalen Geheimnisse einzuweihen. „Chopper" und seine irdischen Produzenten schweigen den Richter an.

Claudia Judenmann, 17 Jahre jung, kräftig geschminkt und adrett gekleidet, sitzt wegen Vortäuschung einer Straftat und wegen Beleidigung vor Gericht. Sie soll zumindest eine, wenn nicht die Stimme „Choppers" gewesen sein, die in der Praxis des Zahnarztes Kurt Bachseitz in einem kleinen Ort bei Regensburg aus Spucknapf, Telefon, Wasserhahn und Toilettenschüssel krächzte und polterte. Aber Claudia, die auf dem Höhepunkt der „Chopper"-Welle sogar zum Mikrofon gegriffen und für 20 000 Mark Honorar ein „Chopper"-Liedchen geträllert hatte, scheint es die Sprache verschlagen zu haben: Nach den Angaben zur Person verweigerte sie jede weitere Aussage.

Aber auch Kurt Bachseitz, der nach als „Choppers" Entlarvung seine Praxis geschlossen und mit seiner Frau Margot verdächtigt wird, „Chopper" erhebliche vokale Hilfestellung geleistet zu haben, hat das Schweigen als Tugend entdeckt: Als Zeugen vor Gericht verweigern auch sie die Aussage, was ihnen nach dem Prozeßrecht zusteht, da gegen sie ebenfalls eine Anklage läuft.

Somit versäumen die lauernden Fotografen und Reporter, die zum Schutz der jungen Angeklagten vom Prozeß ausgeschlossen sind, nicht allzu viel und können sich wenigstens am unheimlich starken Andrang des Zahnarztes erfreuen. Um den Blitzlichtern der Öffentlichkeit zu entkommen, klettert der 61jährige im Gerichtssaal auf einen Stuhl und springt durchs offene Erdgeschoßfenster in den Hof.

So ganz schweigsam, wie Claudia und ihr einstiger Lehrherr sich nun unter den Augen des Gesetzes geben, waren sie in letzter Zeit allerdings nicht. Noch kurz vor Prozeßbeginn hatte Bachseitz einem Reporter der „Bild"-Zeitung in den Block diktiert: „Ich schwöre beim Leben meiner Kinder und Enkel, daß wir die Chopper waren." Er meinte damit sich und seine Frau.

Den ganzen Spuk, so sagt er, habe Claudia produziert. Sie allein soll es gewesen sein, die aus der Toilette röhrte: „Nimm den Arsch weg, ich kann nichts sehen", die aus dem Spucknapf krächzte „Mach's Maul zu".

Weil aber so viel Geisterspuk aus zarter Mädchenkehle kaum zu erklären ist, stellt Bachseitz seine Verteidigung auf parapsychologische Füße. „Manchmal", sagt er dem Reporter, „glaube ich, daß der Teufel in Claudia war. Ihre tiefe Baßstimme, wenn sie als Chopper durch meine Praxis schrie – das schafft kein Mädchen ohne überirdische Hilfe ..."

Aber die nunmehr schweigsame Claudia hatte ebenfalls geraume Zeit vor der Verhandlung die ihr angelasteten „Chopper"-Qualitäten bestritten. Sie habe nur mal „zurückgechoppert", wenn wieder mal die Stimme aus dem Waschbecken dröhnte.

Wenn Chopper vor Gericht nun doch noch zu Wort kommt, so verdankt er das nur der modernen Technik: Gutachter werden mit Textbeispielen aus den 17 Tonbändern, auf denen die Geisterstimme der Nachwelt erhalten ist, zu belegen versuchen, woran auch der Staatsanwalt glaubt: Das Trio aus der Praxis war der leibhaftige Geist. Sollte sich Claudia zu einem Geständnis durchringen, ließ Richter Hurt schon erkennen, könnte sie mit einem Freispruch rechnen. Andernfalls gibt's wohl einen Jugendarrest.

Schweigt trotz versprochenen Freispruchs: Claudia Judenmann FOTO: TEUTO-PRESS

Des „Wurzelmanns" Computer-Coup im Casino

A. v. KRUSENSTIERN, New York

Als Constantin G. Econopoulos, wegen seines kurzen (1,55 Meter) und gedrungenen Körperbaus „Wurzelmann" genannt, in Harrah's Casino in Reno (US-Bundesstaat Nevada) an einem Spielautomaten 1,7 Millionen Dollar (rund 4,5 Millionen Mark) gewann, gab es zunächst Champagner satt. Dann richtete das Casino routinemäßig eine Anfrage an die Polizei in des Wurzelmanns Heimatstadt San Francisco, und die Antwort machte die Casino-Manager nachdenklich: Mr. Econopoulos war wegen Einbruchs mehrfach vorbestraft.

Die Manager luden den Wurzelmann ein, als Gast des Hauses zunächst in einer Luxus-Suite des Casino-Hotels Urlaub zu machen. Econopoulos nahm die Einladung freudig an. Während er in seiner Luxus-Suite schwelgte, untersuchten Fachleute den Spielautomaten, konnten aber keine Unregelmäßigkeit feststellen. Dann, zwei Tage nach dem großen Gewinn, verschwand der Wurzelmann unbemerkt aus seiner Pracht-Suite. Die Casino-Manager, denen die Angelegenheit immer spanischer vorkam, alarmierten die Glücksspiel-Kommission des Staates Nevada, aber auch den Herren von der Kommission fiel nichts Gescheites ein.

Als Tage später ein Börsenmakler bei der Bank anfragte, ob es mit dem Scheck seine Richtigkeit habe, ließen die Casino-Manager alle Schecks sperren und baten Mr. Econopoulos um Rückruf. Zwei Stunden später rief der Wurzelmann zurück und erklärte sich zu einem Gespräch in Houston bereit. Ein Mitglied der Glücksspiel-Kommission machte sich sofort auf den Weg. Nach anfänglichem Zögern begann der Wurzelmann auszupacken. Seine Auftraggeber, erklärte er, hätten auf ihn nicht bekannte Weise das Computer-Hirn, das die Automaten steuert, manipuliert. Er selbst habe nur gespielt.

Econopoulos ließ sich überreden, als „Gast" der Kommission nach Nevada zurückzukehren. Für eine Verhaftung lag auch kein Grund vor. Selbst für die Verhaftung seiner Hintermänner, die er der Kommission nannte, fehlte die Grundlage. Wer glaubt schon, so argumentierten deren Anwälte, der Aussage eines mehrfach Vorbestraften.

Die Glücksspiel-Kommission und die Staatsanwaltschaft von Reno sind immer noch damit beschäftigt, angestrengt über den Fall nachzudenken – bisher allerdings ohne Ergebnis. (SAD)

Liverpool hofft auf Hilfe von den singenden Helden

Ehrenbürgerschaft für Beatles soll Kassen klingeln lassen

FRITZ WIRTH, London

Eine Stadt – arm, verfallen, blatternarbiges Gesicht – will sich ins Gespräch bringen. Vor einem halben Jahrhundert war sie das „Kontor Großbritanniens", die Stadt des Handels, der Seeleute und des Fernwehs. Vor 20 Jahren brachten sie die Beatles ins Gespräch, seit ein paar Jahren tuen es nur noch die Balltreter des FC Liverpool.

Der Rest ist Schweigen. Gelangweiltes, gelähmtes, bedrücktes Schweigen, zuweilen unterbrochen von jähen Ausbrüchen der Gewalt. Vor zwei Jahrzehnten begann der große Exodus. Die Händler, die Industrien, selbst die Beatles zogen gen Süden. Geblieben sind Arbeitslosigkeit, die höchste im Lande, die die Ruinen einer einst großen Vergangenheit im zerfallenen Dockland und Erinnerungen.

20 Jahre hat es gedauert, bis die Stadtväter von Liverpool begriffen, daß diese Erinnerungen ein Kapital sind. 20 Jahre lang grollten sie den Beatles. „Die haben hier das große Geld gemacht und ließen sich dann nie wieder blicken", klagten sie verletzt. Jetzt jedoch sind sie entschlossen, aus diesen Beatles selbst das große Geld zu machen. In diesen Tagen trugen sie den drei verbliebenen Volkshelden aus dem Mersey-Land die Ehrenbürgerschaft an.

Nostalgie? Einkehr? Späte Wiedergutmachung und Friedensschluß? Kaum. Hier wird vielmehr die Vergangenheit vermarktet, um eine öde und problematische Gegenwart etwas attraktiver zu machen. Denn das verlassene und leicht verlodderte Liverpool möchte im nächsten Jahr zum Zentrum des europäischen Tourismus werden.

Eine späte Einsicht

Zu diesem Zweck wurden 300 000 Bäume ins verlassene Hafengebiet direkt am Ufer des Mersey gepflanzt, Millionen Kubikmeter Erde bewegt, Hallen gebaut und Seen angelegt. Liverpool rüstet sich zur Großen Internationalen Gartenbau-Ausstellung, der ersten in Großbritannien. Es soll ein Fest werden, das das legendäre „Festival of Britain" des Jahres 1951 in den Schatten stellt. 120 Millionen Mark läßt man sich dieses Fest kosten. 3,5 Millionen Gäste werden erwartet, um zumindest die Hälfte dieser Unkosten wieder einzubringen, doch nun befürchtet man plötzlich, daß Bäume und Blumen allein nicht ausreichen, Liverpool für das Jahr 1984 attraktiv zu machen. So schloß man denn seinen Frieden mit den vier berühmtesten Söhnen dieser Stadt. Dahinter steckt der Versuch, das Blumen-Festival mit einem Beatle-Festival zu verquicken und auf diese Weise eine finanzielle Katastrophe zu verhindern.

Vorgartenerde nach Dallas

Es ist eine späte Einsicht. Die Amerikaner haben Memphis, Tennessee, zu einem Elvis-Presley-Schrein gemacht und damit Millionen kassiert. In Liverpool dagegen rissen die Stadtväter den „Cavern Club" in der engen Mathew Street, wo vor 20 Jahren das Beatle-Wunder begann, einfach ab und setzten ein Parkhaus an seine Stelle.

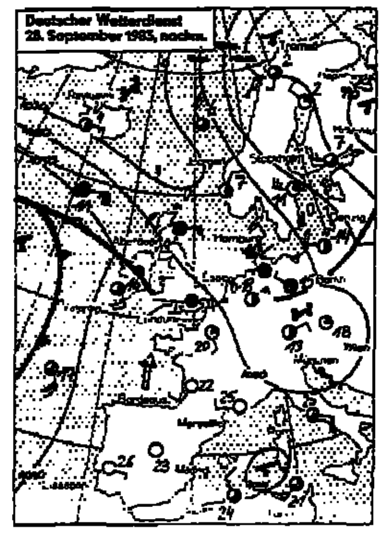
Man könnte den Stadtvätern zugute halten, daß dieser Starkult um die vier sehr reich gewordenen armen „Liverpudlians" fragwürdig sei. Die schlichte Wahrheit jedoch ist: die Stadt hat heute nicht viel mehr vorzuweisen, um fremde Touristen anzulocken.

In den letzten Jahren haben sich einige Privatleute der Vermarktung des Beatle-Kultes angenommen. Sie haben ein Beatle-Museum eingerichtet und veranstalten „Mystery-Tours" auf den Spuren der Beatles, fahren an deren Schulen vorbei, die sie einst mit begrenztem Erfolg besuchten, trinken an den gleichen Theken ein Bier, an denen es angeblich die Beatles schlürften und rollen an ihren Geburtshäusern entlang, was den neuen Besitzern nicht immer sehr gefällt, denn oft genug springen Kultjünger aus den Mystery-Tour-Autos, dringen in ihre Vorgärten ein und schürfen Beatle-Erde in Plastiktüten, um sie mit nach Tokio, Frankfurt und Dallas heimzubringen.

Sehr viel professioneller jedoch geht die Plattenindustrie zu Werke. So plant die Firma „Emi" in den nächsten Jahren genau jeweils 20 Jahre nach der Uraufführung den jeweiligen Beatle-Song des Jahres neu als Einzelplatte herauszubringen. Für das Jahr 1984 wäre dann jene Platte neu fällig, die den plötzlich sehr Beatle-bewußten Stadtvätern und ihrer Gartenbau-Ausstellung als nachdenkliches Motto dienen könnte: „Can't buy me love."

WETTER: Frühherbstlich

Wetterlage: Der Norden und Nordosten Deutschlands wird von einem Tiefausläufer gestreift, während die anderen Gebiete im Einflußbereich eines Hochs über Südosteuropa verbleiben.



Vorhersage für Donnerstag:

Gesamtes Bundesgebiet: Im Norden des Bundesgebietes wolkig bis stark bewölkt, aber nur vereinzelt etwas Sprühregen. In den anderen Gebieten vormittags Nebel. Sonst tagsüber meist sonnig. Tageshöchsttemperaturen im Norden um 19 Grad. Im Süden 21 bis 25 Grad C. Tiefsttemperaturen zwischen 13 Grad im Küstenbereich und 4 Grad in Süddeutschland. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Andauer des freundlichen zu Frühnebel neigenden Herbstwetters.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	29°
Bonn	22°	Kopenh.	14°
Dresden	16°	Las Palmas	25°
Essen	18°	London	17°
Frankfurt	21°	Madrid	23°
Hamburg	16°	Mailand	22°
List/Sylt	14°	Mallorca	26°
München	19°	Moskau	16°
Stuttgart	19°	Nizza	26°
Algier	24°	Oslo	12°
Amsterdam	16°	Paris	20°
Athen	27°	Prag	20°
Barcelona	25°	Rom	25°
Brüssel	17°	Stockholm	11°
Budapest	21°	Tel Aviv	30°
Bukarest	23°	Tunis	21°
Helsinki	7°	Wien	18°
Istanbul	22°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.20 Uhr, Untergang: 18.04 Uhr, Mondaufgang: 23.02 Uhr, Untergang: 15.20 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Neue Deutsche Welle schwappt in die USA

DW. New York

Nachdem die „Neue Deutsche Welle" auch in die Hitparaden der USA, „charts" genannt, geschwappt ist, widmete jetzt die gesetzte „International Herald Tribune" einem Phänomen Aufmerksamkeit, das sie noch vor einigen Jahren eher als einen „Widerspruch in sich" apostrophiert sah: „German Rock". Auf den Kamm jener Welle stellt der Autor James M. Markham derzeit Udo Lindenberg, Nina Hagen, Spliff, Nena, BAP und Peter Schilling, die allerdings alle schon bessere Zeiten gesehen haben.

Das Geheimnis des Erfolges, so jedenfalls scheint es sich im Lande Elvis Presleys zu offenbaren, hatte mal wieder mit der Sprache Goethes zu tun. Eben jene nämlich habe man von ihrem „Pomp" und ihren „rauhen Kanten" befreit, sie dafür mit etwas Slang und Szene-Jargon verziert. War die Sprache vorher hart und klumpig, gerade recht für kitschige sentimentale Liebeslieder, so war es, immer getreu Markham, Udo Lindenberg, der als erster in Deutschland nicht mehr die Beatles oder die Rolling Stones in Englisch nachäffte, sondern deutsche Worte fand, die zum straffen, dichten Tempo des Rock paßten. Beispiel: „Alles klar auf der Andrea Doria."

Eine ganz ähnliche Entwicklung sei auch in der „DDR" zu beobachten, seitdem das Regime die englischen Hits mit einem Bann belegt habe. Dort allerdings müßten die Texte für anti-amerikanische Stichelein herhalten. Aber auch die neuen Barden in der Bundesrepublik Deutschland seien alle mehr oder weniger dem linken Spektrum zuzuordnen. Eine unerfreuliche, aber nur kurzlebige Erscheinung („ein Nazi-Moment der Neuen Deutschen Welle"), die Gruppe „Breslau", sei schnell von der Kölner Gruppe BAP mit dem Titel „Kristallnacht" gekontert worden. Abgesehen von den Kölnern und dem Grünen Lindenberg („ein finster und unheimlich aussehender Geselle") halte man es aber lieber unpolitisch. So sagte etwa Nena („99 Luftballons"): „Ich kann nicht auf der Bühne stehen und irgendeine Ideologie repräsentieren. Wir wollen nur Spaß haben auf dieser Welt."

Der Autor stieß jedoch auf den Spuren der neuen deutschen Musik auch auf etwas mehr Tiefgang. Manfred Präcker, Baßgitarrist der Gruppe „Spliff" („eine der aufregendsten und innovativsten Gruppen") diktierte ihm in die Feder: „Ich fühle mich als deutschsprechendes Mitglied eines Europa ohne Grenzen."

Jenen „Tribune"-Lesern, denen es beim Blick in die „charts" entgangen ist, daß für einige Vertreter der deutschen Welle längst auch die Schranken zum gelobten Land fast jeden Gesangkünstlers gefallen sind – so wie für Peter Schilling mit seinem „Major Tom" –, ihnen sagt es der Spliff-Gitarrist noch einmal deutlich: „Wir alle haben einen großen Traum – in Amerika zu spielen."

Erfreulicherweise hat der Autor hier noch nicht aufgegeben, ein bißchen mehr hinter der neuen Welle zu suchen und stieß dabei auf die Gruppe BAP, die mit ihren kritischen Texten im kölschen Dialekt im ganzen Land Freunde hat. Gründer Wolfgang Niedecken gestand in Englisch mit kölschem Akzent: „Ich bin froh, daß ich in meiner eigenen Sprache singen kann. Wir werden nicht englisch singen, weil es ja auch eine schreckliche Vorstellung ist, einen Amerikaner kölsch singen zu hören ..."

LEUTE HEUTE

Job von der Tante

Jackie Kennedy (54) will ihrem Neffen Robert Kennedy jr. (28), der sich zur Zeit in einer Klinik in Süd-Dakota vom Heroin entwöhnen läßt, helfen. Sie verschaffte ihm einen Job beim New Yorker Verlag Doubleday. Jackie selbst arbeitet seit Jahren bei Doubleday. Bevor er von dem Angebot Gebrauch machen kann, muß Bobby allerdings möglicherweise ins Gefängnis. Er steht unter Anklage des Heroinbesitzes, und die Höchststrafe beträgt zwei Jahre Haft.

Musiker an der Spitze

Ein Pianist und Komponist ist der Reichste aller Amerikaner. Sein Vermögen wird auf 2,2 Milliarden Dollar (etwa 5,8 Milliarden Mark) geschätzt. Das Geld hat er allerdings nicht als Musiker verdient, sondern geerbt. Der Glückliche heißt Gordon Peter Getty (48), lebt mit Frau und vier Kindern in San Franzisko und ist der Sohn des Ölmilliardärs John Paul Getty.



Spitzengagen

Die Film-Gagen in Hollywood steigen weiter – Beispiel Sylvester Stallone: Er kassiert jetzt die Rekordsumme von zwölf Millionen Dollar für einen einzigen Film, den er im kommenden Jahr drehen soll. Er liegt damit weit über den anderen Spitzenverdienern, die es aber pro Film auch auf vier bis fünf Millionen Dollar bringen, und das sind: Robert Redford, Dustin Hoffman, Burt Reynolds, Barbra Streisand. John Travolta dagegen rechnet bisher „nur" mit drei Millionen Dollar.

Heimkehrer

Tom Jones (43), walisischer „Tiger mit Sex in der Stimme", hat Heimweh nach dem „green green grass of home". Auf seiner ersten England-Tournee seit zehn Jahren sagte der Kalifornien-Auswanderer jetzt in London: „Es ist wunderbar, wieder hier zu sein, und die Wahrscheinlichkeit, daß ich für immer zurückkomme, ist groß."